

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Der Pyrrhussieg

Vor zehn Jahren wurde die von den Regisseuren der Konterrevolution zum „Tag der Einheit“ erklärte Annexion der sozialistischen DDR mit deren formeller Einverleibung durch die kapitalistische BRD abgeschlossen. Im gewohnten Ritual werden einmal mehr die „Architekten“ und „Helden“ von 1989/90 ihren Pyrrhussieg feiern. In schwülstigen Festreden wird man seine „Segnungen“ preisen. Bei der „Show“ darf sich „das Volk“ als Kulisse tummeln.

Für uns Kommunisten ist das düstere Datum ein Anlaß, Bilanz zu ziehen, die Dinge beim Namen zu nennen und zu sagen, was damals wirklich geschah; was der Untergang des ersten Sozialismus auf deutschem Boden für Folgen hatte und noch haben wird.

Eins steht fest: Bei allem stereotypen Brimborium läuft es diesmal anders als in den vergangenen Jahren. Gemeint ist hier nicht das Gezerre vor und hinter den Kulissen um einen Auftritt des offiziell abgehalfterten und daher zu gesenkten Preisen erhältlichen Kanzlers der schwarzen Kassen, um dessen Aufpolierung sich Gregor Gysi so intensiv bemüht. Die politische Landschaft ist einfach anders. Das Bewußtsein der ostdeutschen Bürger hat sich mit zunehmenden Abstand zur nicht unverschuldeten „Befreiung“ von Volksmacht und Volkseigentum, von sozialer Sicherheit, garantierter Vollbeschäftigung, kostenloser Bildung, umfassender Gesundheitsfürsorge und beschirmtem Frieden verändert und geschärft. Die Zeit der billigen Bananen-Euphorie und des Pfeifens auf schwer Errungenes gehört der Vergangenheit an. Selbst die Medien können nicht umhin festzustellen, daß „die meisten keinen Grund zum Feiern sehen“. Die Mehrheit betrachtet sich als „dauerhafter Verlierer“. Daran hat Schröders frech und professionell in Szene gesetzte Image-Tour durch das „Beitrittsgebiet“ nichts geändert. Auch im Westen erntet „das Volk“ längst die bitteren Früchte des Fehlens der DDR. Die Motive der Frustration mögen diesseits und jenseits der Elbe unterschiedlich sein, aber die Illusionen sind auf beiden Seiten verflogen. Sicher trüben Konsumideologie, Reisetaumel und

Autobesitzerstolz noch immer den Blick vieler bei uns, doch der hochgepriesene „Sozialstaat“ - in gewisser Hinsicht ein Spiegelbild der DDR - wird immer mehr demontiert.

Selten ist mit verwirrten Gefühlen und diffusen Wünschen der Menschen so Schindluder getrieben worden wie in diesem Jahrzehnt. Heinz Kamnitzer hatte recht, als er 1994 schrieb: „Wer glaubt, die Einheit der Nation bringe stets Segen, liegt voll daneben ...“. Und: „Wer verfiel dem Wahn, ist erstaunt, was kam ...“.

Die Annexion der DDR - ein gigantischer Raubzug der Banken und Monopole - führte zur völligen Restauration des Kapitalismus. Staat und Gesellschaft wurden total zerschlagen. Freedom and democracy blieben auf der Strecke. Die „Kriminalisierung“ der DDR nahm den Bürgern ihre Identität. Millionen Biographien wurden in den Schmutz gezogen. Es wuchs nicht zusammen, „was zusammengehört“. Im Gegenteil, die unsichtbare Mauer zwischen den beiden deutschen Nationen ist heute höher als je zuvor.

Zugleich verstärkt sich die Ahnung, daß vor zehn Jahren ein verhängnisvoller Prozeß in Gang gesetzt wurde. Die Art und Weise, wie sich das „vereinte“ Deutschland vor der Welt definiert, weckt böse Erinnerungen. Die Annexion der DDR war nur der Ausgangspunkt für die Annexion Europas. Die Grundrichtungen „europäischer Integration“ unter deutscher Führung zeichnen sich ab. Noch wird der Begriff „Großmacht“ vermieden, auch wenn man schon nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat greifen möchte. Aber die geografische Lage im Zentrum des Kontinents dient als Legitimation für eine „besondere Rolle“. Der bewußt heruntermanipulierte Euro-Kurs läßt die deutsche Exportwirtschaft boomen. Weltpolitische Macht ihrer Banken und Konzerne ist Trumpf. Auch die militärische Variante bleibt im Blickfeld. Die Liquidierung des Sozialismus in der DDR machte Deutschland wieder zum kriegführenden Staat, zum Aggressor. SPD und Grüne können sich diese Feder an den Hut stecken. Inzwischen wird

Fortsetzung auf Seite 2



Der Pyrrhussieg	S. 1
„Ich glaube an die alten Götter...“	S. 2
Volkshaus oder Kuckucksei?	S. 3
Von der Sprachlosigkeit zum Parteiputsch	S. 4
Revisionismus ist die Hauptgefahr	S. 5
„Fräulin Inge“ und das Schlüsselwort	S. 6
Als Brzezinski den polnischen Papst erfand	S. 7
Heilige und Generäle	S. 8
Was geschah in der Barentssee?	S. 9
Der Kanzler „bei uns“ zu Besuch	S. 10
Verlust des Heimatgefühls	S. 11
Wird aus dem Saulus ein Paulus?	S. 12
Anatomie eines Kraken	S. 13
Nur eine italienische Angelegenheit?	S. 14
Marxismus-Leninismus in Afrika	S. 15
Volksdemokraten im Aufwind	S. 16
Neues Programm beschlossen * 4. Parteitag der KP der Slowakei	S. 16
Viren beim „Rotfuchs“?	S. 17
Solidarität mit den FARC!	S. 17
Am Rande bemerkt	S. 18
Poesie ist Liedhaftigkeit des Tuns	S. 18
Der Brief des Vorsitzenden	S. 19
Leserbriefe	S. 19
Aus für Lilien und Nachtigallen?	S. 23
Anzeigen und Infos	S. 24

Fortsetzung von Seite 1

die Bundeswehr in eine Interventionsarmee für globale Zwecke umgewandelt. Nationalismus mit faschistoiden Zügen formiert sich, wird in Bereitschaft gehalten. Diese Tendenzen sind systemimmanent.

In der Gesellschaft der BRD entsteht ein Gemisch von Befindlichkeiten, das besorgniserregende Entwicklungen möglich macht. Nicht nur Kommunisten, auch andere Demokraten läßt das schaudern. Einige aber möchten um jeden Preis in diesem Deutschland „ankommen“. Wir nicht! Dabei waren wir keine „vaterlandslosen Gesellen“, wie man die Revolutionäre früher stigmatisierte. Nicht wir haben die Nation zweimal in einem Jahrhundert ins Unglück gestürzt. Und nicht wir haben Deutschland 1949 gespalten. Adenauer und seine Kumpane wollten zunächst lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb. Wir haben ihnen mit der Gründung der DDR geantwortet. Sie war - Verkörperung eines neuen, besseren Deutschland - unser sozialistisches Vaterland; wir dienten ihm als Patrioten. Bürger der BRD wurden wir durch einen legalistisch getarnten Gewaltstreich - durch Auslieferung und Annexion. Doch 1990 hat die Schlange einen Igel gefressen, wie es ein Mann der Literatur formuliert. Sie hat ihn nicht verdaut. Es war ein Pyrrhussieg.

Meine Gedanken sind andere als die der Regisseure jener „Einheitsfeiern“, mit denen man uns nun überschüttet. Dieses Deutschland ist nicht die Lösung. Es ist perspektivisch von tödlicher Gefahr für die Völker Europas. Die Frage nach einer veränderten Gesellschaft wird immer brennender. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ bleibt eine zwingende Notwendigkeit. Deshalb ist unser Tag nicht der 3., sondern der 7. Oktober. Die DDR und ihre Errungenschaften leben in den unausweichlichen Kämpfen der Zukunft weiter. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne den Roten Oktober, ohne jenes Land, das er hervorbrachte. Auf unsere Niederlage werden eines Tages neue Siege folgen. Dabei haben wir keine Illusionen. Die Verhältnisse sind kompliziert genug. Der Feind hat uns weit zurückgeworfen. Doch wer unseren Glauben an den Sozialismus als „nostalgische Träumerei“ oder „traditionalistischen Rückbezug“ (Roland Claus, PDS) abtun will, dem antworten wir mit dem Dichterwort: „Wenn ihr mir nicht glaubt - was tut es? Die Zukunft kommt gewiß!“

Dieter Itzerott

Mikis Theodorakis bekennt sich zu seinen Überzeugungen

„Ich glaube an die alten Götter ...“

Wenn Mikis Theodorakis, der am 29. Juli 75 Jahre alt wurde, aus seinem Arbeitszimmer in der Odos Epiphanou Nr. 1 tritt, um auf dem Balkon inmitten von Kakteen und Blütenstauden eine Zigarre zu rauchen, liegt ihm die Stadt Athen zu Füßen und die Akropolis vor Augen.

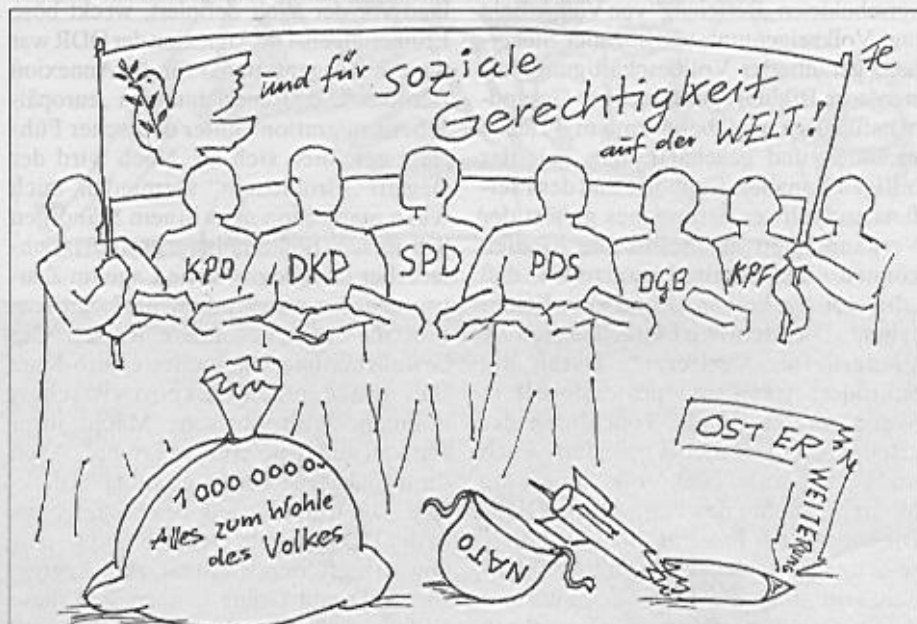
„Ich glaube noch immer an die alten Götter“, bekennt er dann. Und erzählt wenig später stolz, daß ihm die Cohiba kürzlich mit herzlichem Gruß von „meinem Freund Fidel Castro“ übersandt worden ist. Dies sind die grellen Schlaglichter, mit denen Theodorakis sein Weltbild ausleuchtet: Ungefragt berichtet er von dem SED-Politbürokraten Hermann Axen, den er bei seinen häufigen Besuchen einst als intelligenten Gesprächspartner schätzengeliebt habe. Wehmütig erinnert er sich an die DDR, in der durch die Garantie des Arbeitsplatzes und des Lebensunterhaltes eine „höhere Moral“ möglich gewesen sei. Und bitter beklagt er eine „amerikanische Invasion“, die der europäischen Kultur ihren „Film- und Musikmüll“ aufzwingen wolle. Dabei blitzen seine Augen angriffslustig in die Runde: Wer wirft den ersten Stein? (...) Mit großer Geste dirigiert der Überzeugungstäter seine Rede, die zwischen dem unübersehbaren Scheitern der linken Ideale und seinem unverdrossenen Glauben an eine sozialistische Alternative pendelt. „Ich singe Politik und denke Musik“, hatte er einmal versprochen und stets gehalten. Seine von Haft und Folter überschattete Biographie, die den unbedingten Freiheitsdrang als Antrieb aller politischen und kreativen Tätigkeit beglaubigt, hat zwar ihren physischen Tribut gefordert. Unerschüttert jedoch steht Theodorakis zu seinen Irrtümern und Überzeugungen. (...) Vehement verteidigt er sein Schweigen nach der Nie-



Mikis Theodorakis

derschlagung des „Prager Frühlings“ 1968: „In Athen standen amerikanische Panzer zur Unterstützung der Militärdiktatur. Wie sollten wir gegen die Sowjetunion protestieren, die unsere einzige Hoffnung war?“ Solche Sätze glaubt man einem Mann, der für seine Überzeugung auf der berüchtigten Gefängnisinsel Makronissos saß und nach einer gewaltsam beendeten Demonstration in einer Leichenhalle aufwachte, der als Folge seiner Haft unter Tuberkulose leidet, und der selbst das sprichwörtliche „Arkadien“ nur als Ort der Deportation kennt.

Aus: „Grafschafter Nachrichten“, eingesandt von Lisel und Heinz Deymann, Nordhorn



Eine Vision unseres Grafikers Arno Fleischer: Wenn Arbeiter zusammenstünden ...

Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert.

Zum 51. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik

Volkshaus oder Kuckucksei?

Im Juni 1999 interviewte die Historikerin Dr. Katharina Lange Nationalpreisträger Dr.-Ing. Wladimir Rubinow, einen der Baumeister des Palastes der Republik. Der bekannte Architekt - Absolvent der renommierten Pariser Schule der Schönen Künste - stellte dem „RotFuchs“ das interessante Material zur Verfügung, aus dem wir Auszüge veröffentlichen.

Lange: Sie setzen sich innerhalb des „Ver eins zur Erhaltung des Palastes der Republik“ für die Rettung des Bauwerkes ein. Was bewegt Sie zu Ihrem Engagement?

Rubinow: Erstens gehöre ich zu der kleinen Gruppe von Fachleuten in Deutschland bzw. Europa, die der Praxis und Theorie kultureller Zentren und Theaterbauten den größten Teil ihrer beruflichen Laufbahn widmeten. Deshalb meine ich, mir ein objektives und sachliches Urteil über die Problematik „Palast der Republik“ erlauben zu können. Zweitens handelt es sich bei dem Palast der Republik neben dem „Centre Pompidou“ in Paris um eines der ersten modernen Volkshäuser am Ende des 20. Jahrhunderts in Europa. Die Regierung der DDR wünschte damals eigentlich die Errichtung eines Kongreßzentrums, also einer Monokulturstätte. Es ist ein bedeutendes Verdienst des Architekten Prof. Graffunder, daß es ihm gelungen ist, seine Auftraggeber zu überzeugen, stattdessen eine Mehrzweckkulturstätte mit vielfältigen funktionellen, räumlichen, technologischen und technischen Merkmalen und der sozial-kulturellen Wirksamkeit eines Volkshauses zu bauen. Man nennt das auch eine polyvalente kulturelle Einrichtung.

Lange: Aber es gibt noch weitere Gründe für Sie.

Rubinow: Ich denke an die Politisierung der Debatte um den Palast. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß allein der Fakt, daß diese für Deutschland einmalige Einrichtung von der DDR gebaut wurde, ausreicht, um mit aller Macht dagegen zu polemisieren. Daß es sich bei dem Palast zudem um eine vom Publikum angenomme-

ne, beliebte und somit gut funktionierende, wirksame Kulturstätte handelte, scheint eher Wasser auf die Mühlen der Abrißbefürworter zu sein. Natürlich wird das so offen selten dargestellt. Hingegen wird die notwendig gewordene Asbestsanierung als Vorwand genutzt, um über gezielt lancierte Falschinformationen die öffentliche Meinung vom Erhalt des Gebäudes abzukehren. In einem Artikel der in München erscheinenden Zeitschrift „Facility Manager“ formuliert Prof. Dr. Klaus Wever diesbezüglich ironisch: Der Palast der Republik, „dieses wahrliche Kuckucksei des anderen deutschen Staates im Nest der Bundesrepublik ...“

Lange: Gegner des Palastes kritisieren die Architektur des Gebäudes; andere suchen eine moderne Nutzung; dritte lehnen den Palast radikal ab und wollen das alte Schloß wiederaufbauen.

Rubinow: Daneben gibt es auch noch eine Gruppe von Menschen, die gegen den Palast ist, aber eigentlich nicht weiß, warum. Nach einer Art Pawlowscher Reflex scheint sie auf laufende Gerüchte zu reagieren und sich den jeweils tonangebenden Abrißbefürwortern anzuschließen. Der seit nunmehr zehn Jahren zwangsweise stillgelegte Palast spricht eine eigene Sprache. Ständige Verzögerungen bis zum Beginn der Asbestsanierung, zwischenzeitliche Vernachlässigung des Gebäudes und massive Manipulationen sollen die Weichen zur Liquidierung des Baus stellen.

Lange: Die Nutzung des Hauses spielte in den Diskussionen eine große Rolle ...

Rubinow: Der Bau knüpft an das sozial-kulturelle Erbe der Volkshäuser der frühen SPD des 19. Jahrhunderts an. Hätte man sich gleich nach der „Wende“ ehrlich und mit Fachkompetenz dem Nutzungsproblem gewidmet, wäre uns vielleicht die „Kuckucksei-Diskussion“ erspart geblieben. Es ist entsetzlich, was einem diesbezüglich seit Jahren in Versammlungen, Talkshows, Medien, sogar im Haushaltsausschuß des Bundestages - im Juli 1995 war ich dort anläßlich einer

Anhörung zum Thema als Experte geladen - zugemutet wird. Kaum mit Wissen belastet, dafür aber selbstsicher und arrogant, treten da Leute mit Doktoren- und Professorentiteln auf, Politiker, aber auch Mode- oder sogenannte Stararchitekten und präsentieren scheinbar besonders attraktive Nutzungsvarianten - Platitüden, in mehr oder weniger geschickter Rhetorik verpackt.

Von Kenntnissen zur Problematik der Polyvalenz keine Spur.

Lange: Wer ist Ihrer Meinung nach überhaupt in der Lage, fundiert zum Palast Stellung zu nehmen?

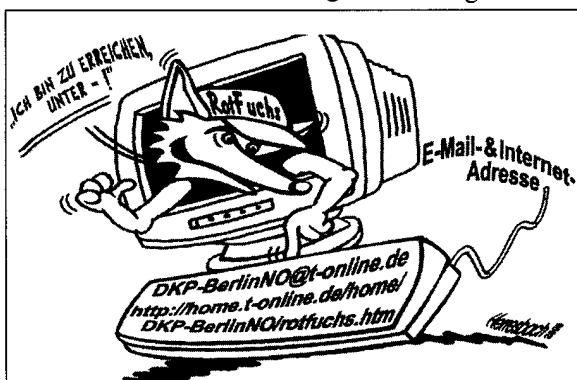
Rubinow: Zuerst das Publikum, das den Palast erlebt hat. Seit der Eröffnung 1975 bis 1990 zählte er 70 Millionen Besucher. Noch heute zehrt ein Großteil von der Vielfalt der Erlebnisse und Aktivitäten, die dort stattfanden. Die Erinnerungen werden oft emotional vorgetragen. Es war interessant, anregend, lustig oder traurig, man hat sich wohlgefühlt, konnte kommunizieren, war unter Gleichgesinnten ... Das Publikum hat von seinem Volkshaus profitiert. Die Meinungen sind ziemlich einhellig.

Lange: Was halten Sie von Überlegungen, das alte Schloß wiederaufzubauen?

Rubinow: Es gibt den Vorschlag des Herrn von Boddin, Geschäftsmann aus Hamburg, einen Vorschlag, den er Schloßwiederaufbau nennt. Sein Konzept ist einfach. Mit Hilfe von Sponsoren, die er möglicherweise gefunden hat, will er das historische Schloß, zumindest aber den Schlüterschen Teil, wiederaufbauen lassen. Allerdings ist zweifelhaft, daß seine Sponsoren nur aus Liebe zur Geschichte Milliarden investieren, was eine echte Schloßrekonstruktion kosten würde, also in ein Geschäft, wofür ein Profit nicht garantiert werden kann. De facto reduziert sich die ganze Aktion auf die Errichtung Schlüterscher Teilfassaden, hinter denen kommerzielle Freizeitangebote aufwarten.

Lange: Es gibt eine Gruppe von Menschen, die den Palast der Republik mit der Begründung ablehnt, daß er nicht „schön“ und deswegen für den repräsentativen Standort nicht geeignet sei.

Rubinow: Die Entscheidung, das nach der Sprengung der Schloßruinen funktionslos gewordene traditionelle historische Gelände mit einem Hauptvolkshaus des Landes zu bebauen, halte ich für die beste Alternative. Keine andere Einrichtung wäre in der Lage, diesem Standort die kulturelle, gesellschaftliche Wirksamkeit und die notwendige urbane Ausstrahlung zu sichern. Aus gesellschaftlichen Gründen wurde der Schloßplatz als Standort für den Palast der Republik gewählt. Er avancierte zur meistbesuchten kulturellen Einrichtung nicht nur Berlins, sondern der ganzen DDR. Er zählte bis zu 13 000 Besuchern pro Tag und bis zu 4,5 Mio im Jahr. Ein gut funktionierendes Theater rechnet hingegen mit durchschnittlich 150–250 000 Gästen pro Jahr.



Zerschlagung der SED - erstes Ergebnis der Konterrevolution

Von der Sprachlosigkeit zum Parteiputsch

In Nr. 31 des RF veröffentlichten wir den ersten Teil des Vortrags des Genossen **Ernst Heinz** zu dem Thema „Warum die SED trotz ihrer Niederlage die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung war“. Wir bringen heute den zweiten Teil

Bekanntlich erwies sich die Zerschlagung der SED als das erste Ergebnis der Konterrevolution von 1989. Darauf waren wir nicht gefaßt, und so hätte auch ich das nicht für möglich gehalten. Wußten wir denn nicht, daß der Feind sein Feuer vor allem auf die Partei richtete, die das Haupthindernis war, das er überwinden mußte, um unseren Staat zerschlagen, unser Land einverleiben, unsere Errungenschaften vernichten zu können? Wußten wir nicht, daß die DDR fallen würde, wenn ihre führende Kraft, die SED, die Unterstützung der Massen verlore? Sahen wir nicht, daß gerade das geschah?

Wir erlebten es und wollten es doch nicht wahrhaben. Es war ein verzweifelter Bemühen, den Prozeß aufzuhalten, der nach dem 7. Oktober 1989 schon überhaupt nicht mehr zu stoppen war, mochten wir, die Funktionäre der Partei, uns auch in Menschenketten am Alex mischen, mit den Leuten auf der Straße, den Arbeitern und Ingenieuren in den Betrieben diskutieren, um noch bis in den November und Dezember hinein den Versuch zu unternehmen, zu retten, was schon nicht mehr zu retten war.

Die Sprachlosigkeit, die Führungslosigkeit hatten 1989 bereits zu lange gedauert und dabei der anderen Seite das Feld überlassen. Sie hatten - all unseren selbstformulierten Anforderungen an Einheit, Reinheit und Geschlossenheit zum Hohn - in der Partei selbst begonnen. Sonst wäre es den Gysi, Brie, Bisky usw. nicht möglich gewesen, in einem innerparteilichen Putsch die Führung an sich zu reißen und aus der SED - vorsichtig ausgedrückt - eine andere Partei zu machen. Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 erklärte Hans Modrow: „Laßt diese Partei, die sich auf Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl beruft, laßt diese Partei nicht zerbrechen, nicht untergehen, sondern macht sie sauber und stark! ... (Hans Modrow. Souveräne DDR. In: Materialien des Außerordentlichen Parteitages der SED PDS, Dietz Verlag Berlin 1990, S. 5)

Nun, was real folgte war die Umwandlung der SED in eine reformistische, nicht-marxistische Sammelpartei von Linken, aus der die Kommunisten, die ihr angehören, heute bereits verdrängt werden sollen.

Das Wesen des „Wandels der SED zur PDS“ bezeichnet H. Groschopp in „Utopie kreativ“, Heft 117, Seite 161 ff.) als Ende der Weltanschauungspartei! Endlich erkenne man an, daß gesellschaftliche Entwicklungen nicht wissenschaftlich erklärbar seien (das ist meine Quintessenz seiner

Darlegung); vielmehr gelten nun die Pluralität von Ansichten - welche von verschiedenen Antworten auf eine Frage ist mehrheitsfähig? Etwa nach dem Motto: Wollen wir doch darüber abstimmen lassen, ob 2 x 2 wirklich 4 ist, oder spricht sich die Mehrheit nicht etwa für 3 oder 5 aus? Es ist natürlich kein Zufall, daß sich Groschopp auf Bernstein beruft, und irgendwie scheint es folgerichtig, daß er dann das übrigens nicht näher charakterisierte Phänomen „Demokratischer Sozialismus“ nur noch ethisch begründen kann; er spricht es offen aus, wie die SPD im Godesberger Programm, zu dessen Begründung ja auch die Bergpredigt des Jesus von Nazareth und die Kant'sche Ethik herangezogen wurden - neben Marx natürlich. Groschopp feiert in seinem Artikel das Ende der Leninschen Parteitheorie. Das aber heißt: Die Arbeiterklasse des Wissenschaftlichen Sozialismus zu berauben und zugleich der Partei, die ihn mit der Arbeiterbewegung verbindet. Gerade das ist der Zweck der Übung.

Die PDS ist heute eine Partei, die es einem schwermacht, sozialistische Zukunftsvorstellungen zu vermitteln. Oft ist mir, der ich selbst noch ihr Mitglied bin, die Frage gestellt worden: Läßt sich überhaupt sagen, wie unter ganz anderen Bedingungen künftig Sozialismus einmal aussehen, wie sozialistisches Eigentum funktionieren wird, wie staatliche Tätigkeit noch stärker praktisches, aktives Handeln der Bürger selbst sein kann? Einige sagen: Wenn wir lediglich erklären würden, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein, daß er eines Tages durch den Sozialismus abgelöst werden wird, dann reichte das doch aus - alles Weitere sollten wir getrost unseren Urenkeln überlassen. Das hieße aber, mindestens Dreierlei außer Acht zu lassen: Erstens eine exakte Definition des Sozialismus, nämlich die von Marx, Engels und Lenin, was bedeuten würde, jenen das Feld zu räumen, welche als Sozialismus weiß Gott was verkaufen und sei es die Moderne von Gysi und Brie. Zweitens die Erkenntnis, daß die Zeit nicht automatisch für uns arbeitet; es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir verbreiten. Drittens die Überlegung: Unser Sozialismus-Versuch stellt doch - so tragisch die erlittene Niederlage auch ist - eine Fundgrube an Erfahrungen dar! Und wie die Pariser Commune Lehren, positive wie negative, vermittelt, ohne die weder die marxistisch-leninistische Revolutions- und Staatstheorie noch deren Verwirklichung seit 1917 möglich gewesen wären, so birgt unser Sozialismus positive und negative Erfahrungen, auf denen kommende Generationen - unter ganz anderen Bedingungen - aufbauen werden.

Also müssen die gesammelten Erkenntnisse heute analysiert werden. Also muß der Kampf für einen sauberen Sozialismus-Begriff jetzt geführt werden - und zwar kompromißlos. ... Vieles wird sich sicher erst im weiteren Verlauf der Entwicklung klären lassen. Aber be-

antworten wird all diese Fragen auch in Zukunft nicht irgendwer, sondern nur eine mit der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus ausgerüstete Partei Leninschen Typs.

Was die aktuelle Aufgabe betrifft, unter den Verhältnissen der heutigen BRD gegen den Friedensunwillen des Systems und den massiven Sozialabbau seit 1990 für erreichbare Verbesserungen der Lage der Menschen auf- und einzutreten, so ist es unsere Pflicht - vor allem die der PDS, die über parlamentarische wie außerparlamentarische Mittel verfügt -, hier nicht nachzulassen. Nur haben begrenzte Verbesserungen und Reformen immer zwei Gesichter: Sie wirken zugleich systemerhaltend, wenn nicht sofort die Frage gestellt wird, die Brecht so formulierte: Gut, das ist der Pfennig, aber wo ist die ganze Mark? Es wird für die PDS tödlich sein, wenn sich ihre Führer weiter unter dem Motto „Ankommen in der BRD“ mit dem imperialistischen System arrangieren, und wenn jene unter uns, die das nicht zuzulassen gewillt sind, mundtot gemacht oder ausgetrieben werden.

Genossen, erlaubt mir abschließend ein persönliches Wort. Wie Ihr alle habe ich in den Jahrzehnten des Kampfes der SED viel erlebt und hervorragende Genossen kennengelernt. Bei Willi Marlow und Nikolai Janzen habe ich erstmals vom Marxismus gehört, dann als junger Genosse am 17. Juni 1953 in der Greifswalder Straße gesehen, wie Franz Fischer die Arbeiterinnen des Werkes „Fortschritt II“ mit geduldigen Argumenten und die Provokateure vor dem Betrieb mit Pflastersteinen bediente; neben Aenne Saefkow saß ich bei wichtigen Beratungen im Parteikativ; am 13. August 1961 sicherten die Kampfgruppen der Arbeiterklasse auch bei uns im Prenzlauer Berg, wo ich später viele Jahre

1. Kreissekretär der Partei war, die Staatsgrenze gegen den Feind. ... Ich habe erlebt wie aus jungen Arbeitern, denen wir in den 50er Jahren noch helfen mußten, den zum „Abzeichen für gutes Wissen“ der FDJ erforderlichen Wandzeitungsartikel zu Papier zu bringen, Diplomingenieure und Technische Direktoren wurden, aus Webern und Zimmerleuten Pionierleiter und Schuldirektoren, aus Fräsern und Drehern gebildete Offiziere der NVA und des Ministeriums für Staatssicherheit.

All das war für mich die Partei, und das bleibt so. Aber ich habe auch erlebt, wie sich Funktionäre von den Massen entfremdeten und uns am Ende verrieten. Die letzten Jahre mußte ich unter einem Schabowski arbeiten.

„Licht und Schatten“ überschrieb Dieter Itzerott seinen „RotFuchs“-Artikel. Hans Heinz Holz drückte es in der Diskussionstribüne zum DKP-Parteitag (UZ 31. 3. 00) sinngemäß so aus: Wenn sich theoretische Präzision und Konsequenz mit den Erfahrungen des Klassenkampfes im Kapitalismus und denen des Aufbaus des Sozialismus verbinden, kann daraus eine handlungsstarke und attraktive kommunistische Partei erwachsen.

Aus dem Leben unserer Gruppe

Revisionismus ist Hauptgefahr

Mit einer Minute schweigenden Gedenkens ehrten die Teilnehmer der Versammlung am 22. August den verstorbenen Genossen Michael Benjamin von der Kommunistischen Plattform in der PDS.

Einer Empfehlung des Parteivorstandes folgend behandelte die Gruppe Lenins Werk „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Grundfragen wie die Teilnahme an bürgerlichen Parlamenten, die Arbeit in reformistischen Gewerkschaften und die Haltung zu Kompromissen standen im Mittelpunkt. Trotz der Urlaubszeit hatten sich zahlreiche Mitglieder und Gäste eingefunden, zumal die Thematik nicht wenige aktuelle Bezüge auch zur Diskussion in der DKP bot.

Man muß dem Referenten **Dr. Hans-Günter Szalkiewicz** bescheinigen, daß er den Stil der Verflechtung Leninscher Gedanken mit der gegenwärtigen Auseinandersetzung bis zum Schluß seines einstündigen Vortrags durchhielt. So etwa, als er auf den Abschnitt über die Haltung der Bolschewiki zum Parlamentarismus einging und dabei zu kritischen Bemerkungen aus der DKP-Gruppe Nordost in Bezug auf die Beteiligung an der vorjährigen Kreuzberger Kommunalwahl Stellung nahm. Die Meinungen der Kritiker, die taktische Bedenken hatten, mit den Auffassungen der durch Lenin gerügten „linken Kommunisten“ zu vergleichen, sei eine Argumentationsmethode, die auch einem Genossen wie Robert Steigerwald nicht gestattet werden könne.

Ein Grundgedanke des Referats galt dem internationalen Gewicht der Erfahrungen der russischen Kommunisten. Der Redner zitierte Lenin, daß „auf Westeuropa das anzuwenden“ sei, „was es in der Geschichte und der heutigen Taktik des Bolschewismus an allgemein Anwendbarem gibt, was darin von allgemeiner Bedeutung und allgemeiner Gültigkeit ist. ... einige Grundzüge unserer Revolution (haben) nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht allein russische, sondern internationale Bedeutung“. Eingehend setzte sich Günter Szalkiewicz mit auch in der DKP vertretenen Auffassungen auseinander, wonach diese Erfahrungen für uns nicht mehr relevant seien und der Leninismus gewissermaßen eine russische Spielart des Marxismus darstelle. „Wer Lenins Auffassungen von der Allgemeingültigkeit der Erfahrungen der revolutionären proletarischen Partei revidieren will, soll auch mit aller Deutlichkeit von Revisionismus sprechen“. Lenins Hinweise über den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Bekämpfung „linken“ Sektierertums und dem Kampf gegen den rechten Opportunismus wurden hervorgehoben. In diesem Zusammenhang ging der Referent auf ein aktuelles Bildungsmaterial der DKP zur Arbeit in den Gewerk-

schaften ein, wo die Bekämpfung des Opportunismus der DGB-Führer als Forderung zu vermissen sei. „Vielleicht wird eine solche Position für konstruktiv gehalten“. Dann wandte sich Günter Szalkiewicz Defiziten in der programmatischen Diskussion zu. Er erinnerte daran, daß seit den Programmatischen Thesen des Mannheimer Parteitags (1993) kein weiteres Dokument der DKP entstanden sei, das die dazu geführten Debatten auch nur in annähernder Tiefe wiedergegeben hätte. Im Gegenteil: Die vom 14. Parteitag beschlossene Diskussion des „Sozialismus-Papiers“ sei ohne erkennbaren Grund abgebrochen worden. Zur Entwicklung und Festigung der Partei kämen wir nur durch konsequente Klärung politisch-ideologischer Positionen, durch Entscheidung über die geltenden theoretischen Grundlagen vor allem zum Parteikonzept, zum Sozialismus-Konzept und zur Definition des heutigen Imperialismus. Dieser Prozeß sei stets im Zusammenhang mit der Praxis des täglichen Kampfes zu sehen. Auch die Gruppe Nordost müsse sich bemühen, dies stärker zu beachten.

In der Diskussion, an der sich sieben Genossinnen und Genossen beteiligten, wurden - dem Thema und dem Referat angemessen - überwiegend prinzipielle Fragen behandelt. Als erster sprach **Walter Florath**: „Der Radikalismus ist die Kinderkrankheit im Kommunismus, aber der Revisionismus ist die Krankheit geschlagener Kommunisten“, sagte er. Der Revisionismus sei nach der erlittenen Niederlage die größere Gefahr für die Partei. Dann erzählte er mit launigem Unterton, wie ihn Karl Mewis, damals 1. Sekretär der Berliner SED-Landesleitung, vom Sektierertum ab- und ihm - dem Parteisekretär der Humboldt-Universität - beigebracht hätte, kleinbürgerliche Intellektuelle nicht mit dem Klassenfeind zu verwechseln, sondern für gemeinsame Aktionen zu gewinnen.

Hartwig Strohschein meinte, „man sollte öfter mal Lenin lesen“. Er verglich den geordneten Rückzug der Bolschewiki im Jahre 1905 mit dem chaotischen Zerfall der SED Ende 1989. Der Parteiputsch von Gysi wäre in einer Partei von Leninschem Typ nicht möglich gewesen. „Wann hörten die SED und andere kommunistische Parteien auf, die Kriterien einer marxistisch-leninistischen Avantgarde zu erfüllen?, fragte er, bevor er sich der massenpolitischen Arbeit und der Mitgliederwerbung zuwandte. Unsere Aktivitäten in der GBM, der Volkssolidarität, der Antifa, im Solidaritätskomitee und anderen Organisationen böten gute Ansatzpunkte für die Bekämpfung der Resignation und die Stärkung der DKP. Wir sollten jede Möglichkeit nutzen, um die Zersplitterung der Kommunisten in Deutschland abzubauen. Zur Verbreitung unserer Auffassungen vor-

allem auch unter der Jugend sollten wir uns konsequenter des Internet bedienen; immerhin hätten sich in den letzten Monaten 530 Surfer auf diesem Weg über Nordost und den „RotFuchs“ informiert.

Klaus Steiniger verglich unsere Situation mit der Zeit von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, als es darum gegangen sei, den wissenschaftlichen Sozialismus und die Arbeiterbewegung miteinander zu verbinden. Diese Herausforderung bestehe erneut. Deshalb seien anspruchsvolle Veranstaltungen und der „RotFuchs“ so wichtig. Er plädierte für solidarischen Umgang in der DKP - ohne Kompromisse in ideologischen Fragen, wie es Lenin gefordert habe.

Jürgen Thiele bezweifelte die Möglichkeit ergiebiger Diskussionen mit solchen Genossinnen und Genossen, die sich öffentlich gegen den Begriff und Inhalte des Leninismus gewandt hätten.

Michael Czech bedauerte aus heutiger Sicht, daß er 1992 aus der Gewerkschaft ausgetreten sei. „Wir müssen jede noch so geringe Chance - darunter auch die Verteilung von Flugblättern vor dem Werktor - nutzen, um wieder in die Betriebe zu kommen.“

Bruni Steiniger kritisierte die bereits kursierende Parole, es werde auch bis zum 16. Parteitag noch kein neues Programm geben. Zur Klärung der Fronten halte sie die Erarbeitung und Diskussion eines in sich geschlossenen Programmentwurfs für dringlich und unverzichtbar.

Aus meinem **eigenen** Beitrag: Die Leistung der Gruppe Nordost erschöpfe sich keinesfalls im „RotFuchs“ und in niveauvollen Versammlungen, wie manchmal behauptet werde. Fast alle von uns arbeiteten in außerparlamentarischen Zusammenhängen und mühten sich dort nach Kräften, das noch immer starke, aber diffuse linke Potential politisch wirksam zu machen. Leider werde dieses Engagement in der Bezirksorganisation kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn als Parteiarbeit gewertet. Zum Brief von Heinz Stehr: Dort habe der Vorsitzende die groteske Behauptung aufgestellt, ausgerechnet der „RotFuchs“ verhindere den Zustrom neuer Mitglieder zur DKP. Das sei die Methode „Haltet den Dieb!“ Der enorme Mitgliederverlust der Partei in den letzten drei Jahren (dessen Ursachenanalyse dem Vorstand auf dem Parteitag leider nicht abverlangt worden ist) hätte aber nicht im Osten - dem Hauptverbreitungsgebiet unserer Zeitung - stattgefunden.

Abschließend bestätigte Klaus Steiniger die Entschlossenheit der Gruppe, im Sinne des Appells des 15. Parteitags für die Stärkung der DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu wirken.

Frank Mühlefeldt

Warum heute die Theorieverbreitung auf den ersten Rang gehört

„Fräulein Inge“ und das Schlüsselwort

Unlängst vertraten Genossen in einer Diskussion vehement den Standpunkt, die vom „RotFuchs“ ausgehende Darlegung theoretischer Grundfragen sei völlig überflüssig, ja sogar schädlich: Heutzutage komme es vorrangig auf sicht- und hörbares Agieren an. Jüngere Leute verstünden die „gehobene Sprache“ der Nordostberliner DKP-Zeitung ohnehin nicht. Wir müßten doch in der Wahl der neuen Generationen auf diese zugehen und sie so für die Partei werben. Nun wendet sich der „RotFuchs“ in erster Linie an Leser, die schon einmal etwas „von der Sache vernommen“ haben, was ihn für die tägliche Straßenaufregung sicher ungeeignet erscheinen läßt - dazu gibt es andere Materialien.

Mich erinnert das Ganze an eine Episode aus meiner Jugend. „Fräulein Inge“, die während des Krieges zeitweilig bei uns wohnte, schenkte mir ein Lesezeichen. Darauf stand: „Wissen ist Macht“. Das begriff ich nicht. Macht war für mich Polizei, waren „unauffällige Herren“. Nach dem Krieg erfuhr ich, daß „Fräulein Inge“ illegal bei uns gelebt hatte und in Wirklichkeit die Beauftragte des ZK der KPD Charlotte Bischoff war. Jetzt erhielten diese drei Worte für mich einen politischen Inhalt und wurden zu einem bedeutsamen Anstoß für das Fragen, Lesen, Nachdenken. Und so kam es, daß ich mit anderen jungen Leuten ins KPD-Haus von Berlin-Köpenick „stürmte“. Wir wollten unseren Wissensdurst stillen. Dort gab es heiße, erregte Debatten - auf marxistischer Grundlage. Unsere Alltagssprache reichte dazu nicht aus. Keiner hat uns für die Partei „geworben“, aber viele der Beteiligten wurden zwei oder drei Jahre später Mitglieder der SED. Heute ist die Lage noch komplizierter als 1945/46. Damals half der Sieg über den Hitlerfaschismus bei der Erkenntnis der Weltzusammenhänge. Nun aber trommeln Lügen, Halblügen und Plattheiten unentwegt auf die Köpfe ein. Die kommunistische und Arbeiterbewegung ist - sieht man von den verbliebenen sozialistischen Staaten, wo nach wie vor ein großes Potential konzentriert ist, einmal ab - nicht nur zahlenmäßig schwächer als 1945, sie ist auch ideologisch weitaus zersplitterter. Es fehlt in vielen Fällen der verlässliche Kompaß. Denn der wissenschaftliche Sozialismus ist in etlichen Ländern Europas wieder von der Arbeiterbewegung getrennt, und nicht wenige seiner Erkenntnisse sind gestrigen Kampfgefährten verlorengegangen.

Wie kommen wir aber aus dieser Krise heraus? Durch Agitation? Durch Aktionismus? Durch Übergang zur Tagesordnung? Durch Reden und Schreiben in modisch-flachen Neuwörtern?

Selbstverständlich müssen wir die Stimme erheben und uns zeigen, wo wir nur können. Zum Beispiel wäre die DKP an der Spitze

der Januar-Demonstration zu den Gräbern von Karl und Rosa weit besser wahrnehmbar als am Ende der Kolonne. Aber eine vordergründige, einseitig auf „Sichtwerbung“ und die Erhöhung der Mitgliederzahl ohne qualitative Kriterien gerichtete Parteiarbeit ist für die Überwindung des gegenwärtigen Tiefs der Bewegung nicht geeignet. Wissenschaftlichen Sozialismus kann man eben nur wissenschaftlich betreiben! Es ist unmöglich, Fragen zu beantworten, ohne die Hintergründe und Zusammenhänge zu kennen! Wie erklären

wir z. B. das „Verschwinden“ von 2,3 Millionen SED-Mitgliedern? Wo sind sie geblieben? Wieviele von ihnen könnten wieder aktiviert werden?

Was also sollte im Vordergrund der Tätigkeit einer kommunistischen Partei in der gegenwärtigen Periode der siegreichen und verfestigten Konterrevolution, in einer Zeit der Verwirrung nicht nur der Volksmassen, sondern auch vieler Kommunisten und Sozialisten stehen?

Lenin gibt uns den Hinweis (1902!): „Unseres Erachtens verpflichtet die Krise des Sozialismus alle halbwegs ernsten Sozialisten gerade dazu, der Theorie gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden ...“ Und: „Unseres Erachtens verliert eine revolutionäre Richtung, wenn die Theorie fehlt, ihre Daseinsberechtigung und ist unweigerlich, früher oder später, zum politischen Bankrott verurteilt.“ (LW 6/180) Damit wendet sich Lenin gerade gegen jene „Leute, die auf die Lösung von Streitfragen der sozialen Theorie verzichten“. (ebenda)

Das kann auch heute nicht anders sein: Bevor wir als Agitatoren wirksam werden können, müssen wir in der Theorie besser Bescheid wissen. Deswegen darf man theoretische „Zirkeltätigkeit“ als ein Element der Neuformierung von kommunistischen Kadern nicht mit Sektierertum durcheinanderbringen. Auch hierzu gibt Lenin (1906) einen wichtigen Hinweis: „Konterrevolutionäre Perioden ... erwecken den Wunsch, die revolutionären Parteien umzumodeln.“ Er wendet sich damit gegen die Losung: „Die Partei muß eine Massenpartei sein“. (LW 11/240)

Noch ein dritter Hinweis Lenins aus dem Jahre 1920 trifft heute ins Schwarze: „Solange es sich darum handelt ..., die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar Zirkel mit alledem Zirkelwesen eigenen Schwächen sind hier nützlich.“ Aber: „Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen ... von Millionenarmeen ... zum letzten entscheidenden Kampf

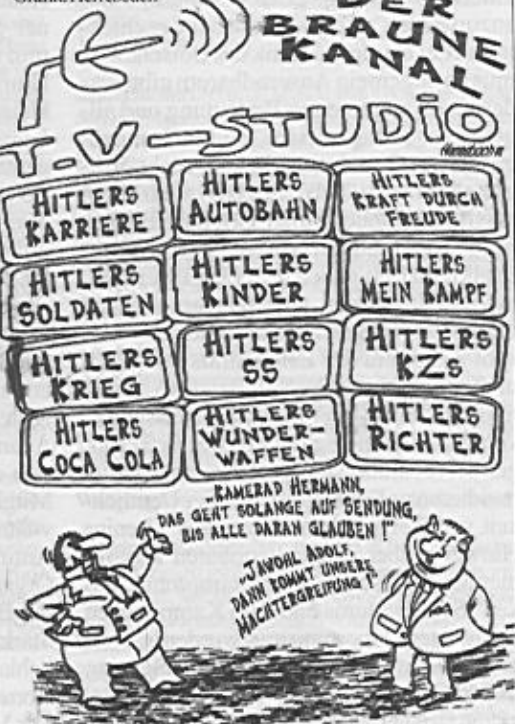
handelt, so kann man allein mit propagandistischer Gewandtheit ... nichts ausrichten.“ (LW 31/81)

Das ist deutlich: Um die revolutionäre Partei zu stärken, brauchen wir zuallererst eine klare marxistische Position in den wichtigsten Fragen, müssen wir uns gegen das „Ummodelln“ wehren. Das bisweilen einer Alibifunktion gleichkommende verbale Bekenntnis zu Marx, Engels und Lenin reicht hier nicht aus. Damit ist man noch kein Marxist-Leninist. Zu den wichtigsten Fragen zähle ich die Befreiung von allen Illusionen, mit Hilfe der Instrumentarien der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus kommen und ihn gewissermaßen konfliktfrei, ohne eine lange, sehr komplizierte und widerspruchsvolle Umgestaltungsperiode aufbauen zu können; die Zurückweisung aller Verdrehungen und Verleumdungen bisheriger Ergebnisse der sozialistischen Revolution in der DDR und anderen Ländern, ihres humanistischen Gehalts, ihrer wahrhaften Demokratie bei gleichzeitiger Einordnung ihrer Schwächen und Mängel in diesen gewaltigen (nicht vollendeten) Umgestaltungsprozess; die Analyse der „neoliberalen“ inner- und der faschistischen Tendenzen des Imperialismus andererseits sowie der revolutionären Kräfte der Welt und der Möglichkeiten ihrer Mobilisierbarkeit.

Im DKP-Mitgliedsbuch steht der Satz: „Wer die Welt verändern will, muß sie erkennen.“ Einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten - das sind der Daseinszweck und das Hauptanliegen des „RotFuchs“.

Norbert Pauligk

Grafik: Herresbach



Über Rückblicke, bei denen man nach vorne schaut

Als Brzezinski den polnischen Papst „erfand“

Auch an Retrospektiven kann man erkennen, wes Geistes Kind jemand ist. So haben rund um den

3. Oktober Rückblicke verschiedenster Art auf das jüngste Jahrzehnt Konjunktur. Jeder - ob Freund oder Feind des gesellschaftlichen Fortschritts - betrachtet die Dinge aus seinem Blickwinkel, von seiner Klassenposition.

Übrigens - wir sind Zeitgenossen nicht der ersten konterrevolutionären Restaurationsperiode. Erinnert sei an die langandauernde, den 30jährigen Krieg einschließende Gegenreformation nach der grausamen Niederschlagung der bäuerlichen und bürgerlichen Aufständischen vor allem Mittel- und Südwestdeutschlands ab Mai 1525. Erinnert sei an die Restauration der feudalen Kräfte in Europa nach Napoleons Sturz und dem Wiener Kongreß von 1815. Erinnert sei an ähnliche Perioden der Wiederherstellung der Herrschaft geschichtlich alter Klassenkräfte nach 1849, nach 1918 und nach 1945 im Westen Deutschlands. Erinnert sei daran, daß im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 konstatiert wurde: „Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst (des Kommunismus) verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“ (MEW 4/461)

Es ist ein Trugschluß anzunehmen, in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft gäbe es nur Einmaliges, das heute ist und morgen nicht wieder sein wird (Nietzsche und der Irrationalismus werden wieder wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts massenhaft unter die Leute gebracht!); ebenso unsinnig ist die Behauptung, es existierte nur Chaos, da bestünden weder Regelmäßigkeiten noch Gesetzmäßigkeiten!

Ein historischer Rückblick bekräftigt die Richtigkeit der Erkenntnis von Marx und Engels, daß sich nicht nur in der übrigen Natur, sondern auch in der Geschichte der Menschheit nach gewisser Zeit immer wieder bestimmte gleichartige, allgemeine, wesentliche, notwendige innere Zusammenhänge herausbilden und feststellen lassen, nachdem man in den grundlegenden Bereichen oder Ebenen der Gesellschaft (d. h. vor allem in den ökonomischen, sozialen und politischen) im Wesentlichen gleiche Bedingungen schuf oder entstehen ließ. Und betrachtet man die Strategie und Taktik der Ausbeuterklassen, so kann man sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, sie hätten (im Unterschied zu manchen „Sozialisten“) die wichtigsten Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin durchaus studiert! Man denke nur an die systematische Zerschlagung des Staats- und Wirtschaftsapparates der DDR nach 1989/90!

Vielleicht kann man das Wesen der Umwälzungen des vergangenen Jahrzehnts nicht richtig begreifen, wenn man nicht noch mindestens weitere zehn Jahre zurückgeht?!

An die genannte Stelle aus dem „Manifest“

wurde ich nämlich erinnert, als jüngst der Papst sein 20jähriges Pontifikat feierte und dabei offen zugab, in der Bekämpfung der sozialistischen Gesellschaft sein Lebensziel gesehen zu haben. Zuvor war er Kardinal in ... Polen! An seiner Inthronisation nahm als USA-Vertreter nicht zufällig Präsident Carters Chefsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski - der „Erfinder“ des polnischen Papstes und einer der Chefdesigner des Exports der Konterrevolution - teil. Und noch ein 20jähriges Jubiläum wurde gerade begangen: Die Gründung der „ersten freien Gewerkschaften“ in Polen („Solidarnosc“). Ihr Führer sagte, man habe von Anfang an für „Demokratie“ gekämpft - und meinte damit wie alle Ideologen der Bourgeoisie die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Einer der wenigen Arbeiter, die auf der Werft in Gdansk jetzt noch tätig sind, erklärte demgegenüber enttäuscht, man habe für Demokratie gekämpft und an ihrer Stelle Elend bekommen. Und was war da noch? Im Januar 1981 wurde Reagan 40. Präsident der USA und forcierte das antikommunistische Langzeitprogramm der NATO mit seiner Parole vom Kampf gegen das „Reich des Bösen“ - die UdSSR. Dieses Konzept unterstützte die schon 1979 gewählte britische Premierministerin Thatcher durch den Auftrag an den britischen Geheimdienst, jene Kräfte in der „2. Reihe“ der KPdSU-Führung - darunter Gorbatschow - auszumachen, die man mittelfristig zur Umwandlung der sowjetischen Gesellschaft „gewinnen“ könne. Ende 1982 beschloß die sozialdemokratisch geführte BRD-Regierung die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen.

In der sozialistischen Staatengemeinschaft wurden damals leider keine Orientierungen entwickelt, die auf einer gründlichen und selbstkritischen Analyse der realen Lage beruhten. Breshnew starb im November 1982; sein Nachfolger, der fähige, aber schwerkranke Andropow amtierte nur gut ein Jahr als Generalsekretär der KPdSU. Innen- und außenpolitisch wurden die UdSSR und die vom Revisionismus geschwächte Partei ihrer objektiven Führungsrolle in der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht mehr gerecht. Das verschärfte sich dramatisch, nachdem Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU geworden war - ein Mann, der heute erklärt, er sei schon immer Sozialdemokrat gewesen und habe in der Beseitigung des Kommunismus sein Lebensziel gesehen.

Außenpolitisch bemühte sich die DDR-Regierung in jener Zeit vor allem um eine Entspannung der verschärften Lage. Ihrer Wirtschaft wurden außer erhöhten Militärausgaben große Anstrengungen zur Entwicklung neuer Technologien abverlangt. (Im Südosten Erfurts entstand z. B. ein neuer Komplex für Mikroelektronik mit allen Infrastrukturen). Hinzu kam ein hoher Erdölpreis, der die Deviseneinnahmen reduzierte.

Wozu diese Rückschau? Ist das nicht Schnee

von gestern? Keineswegs. Die Retrospektive erleichtert den Blick auf das Morgen. Sie zeigt uns: Das vergangene Jahrzehnt und sein - wie nun auch vielen DDR-Bürgern, die es 1989 nicht glauben wollten, klar geworden ist - unheilvoller Beginn waren von langer Hand vorbereitet worden. Zur Preisgabe durch die Führungsmacht der sozialistischen Staatengemeinschaft kamen eigene Fehlorientierungen und Versäumnisse hinzu.

Dem deutschen Finanzkapital übergaben die irritierten und gekonnt verführten DDR-Bürger, die am 18. März 1990 nicht sozialistisch wählten, ihr Volkseigentum als wichtigste Grundlage für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit. Denn es war nicht der Bundestag, sondern die „Volkskammer“ der DDR, die schon im Juni 1990 beschloß, das Volkseigentum zu privatisieren. Danach - Grenzhöhe und eigene Währung waren schon preisgegeben - konnte die geschichtlich beispiellose Kolonisierung des annektierten östlichen Landesteils durch das deutsche Finanzkapital einsetzen.

Und was lernen wir deutschen Kommunisten aus solchen Rückblicken? Wird von uns die neue Lage, die sich seit 1990 im nun von Deutschland dominierten Europa herausgebildet hat, tiefgründig genug erfaßt? Ist es da nicht kontraproduktiv zu dem vom 15. Parteitag beschlossenen Kurs, wenn führende Vertreter der DKP vor Mitgliedern aus dem Osten erklären, künftiger Sozialismus möge hoffentlich besser werden als der vergangene? Müßte, wenn die wiederholt vernommene Bemerkung denn zuträfe, der Sozialismus in der DDR habe den Kampf westdeutscher Kommunisten belastet, deren Zahl nach dem 3. Oktober 1990 nicht sprunghaft gewachsen sein? Internationale Analysen besagen, daß mit der Niederlage des Sozialismus in Europa die gesamte Linke, die nationaldemokratische Befreiungsbewegung und die Friedenskräfte einen schweren Rückschlag erlitten haben. Also kann doch der unter nicht gerade günstigen historischen Bedingungen zwischen 1917 und 1989 errichtete reale Sozialismus nicht die schlechtesten Wirkungen für den Menschheitsfortschritt gehabt haben!?

Und ganz konkret: Enthalten nicht Beiträge wie der Artikel von Bernhard Majorow (RF 31/3) und die Stellungnahme der Gruppe Berlin Nordost zum Vorschlag des Parteivorsitzenden, den „RotFuchs“ künftig außerhalb der DKP erscheinen zu lassen, konstruktive Denkanstöße, um aus dem Tal herauszukommen, in dem wir uns befinden? Ich hatte in den letzten Jahren den Eindruck, daß sich die DKP gerade mit dem „RotFuchs“ - einem Brillanten im Brillantring gleich - der Öffentlichkeit von einer ihrer besten Seiten präsentiert; nämlich theoretische Klarheit über Vergangenheit und Zukunft zu gewinnen, zu vermitteln und zu nutzen.

Eike Kopf

Als Parteisekretär im „Karl-Liebknecht-Werk“ (4)

Heilige und Generäle

Eines Morgens standen drei große Kerle im Parteibüro des „Karl-Liebknecht-Werkes“, Erzgebirge. „Horch mal drauf, Genosse Sekretär, wir gäh'n nicht zur Volksabstimmung, wir sind heilig!“ Im Mai 1951 hatte die Volkskammer beschlossen, eine Volksbefragung über die Remilitarisierung der BRD und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durchzuführen. „Wir gäh'n auch zu keinen Wahlen“, betonte der „Heilige“.

Was waren das für welche? Infolge der großen Not, des Elends im Erzgebirge hatten sich, wohl schon im 19. Jahrhundert, vielerorts Sekten gebildet, die Familiengruppen, manchmal die Bewohner kleiner Dörfer umfaßten. Von den offiziellen Kirchen waren die Probleme der Menschen nicht gelöst, das Elend nicht beseitigt worden, obwohl der Pastor immer wieder dafür betete, die Frau des Bergmanns Schubert möge von ihrem Leiden geheilt und wieder fähig werden, die vielfältige schwere Hausarbeit zu bewältigen. Und da hatte der Lindner Schorsch ihre Krankheit besprochen, die Hand aufgelegt, mit ihr zusammen gebetet - nun war sie wieder gesund! So hatten sich die Sekten verbreitet.

„Na gut“, sagte ich, „aber was tut Ihr denn für den Frieden?“ „Wir beten für den Frieden, ist doch klar!“ „Aber wie? Herr, erhalte den Frieden?“ „Sicher doch!“ „Damit schiebt Ihr die Verantwortung Gott zu. Ihr müßt beten: 'Herr, gib mir die Kraft, den Frieden bis zum äußersten zu verteidigen!'“ Das war damals unsere Losung, natürlich ohne „Herr“. „Das ist gut, machen wir gleich am Sonntag!“

„Sag mal, bist Du nicht der Bieler Wilh vom 4. Revier? Und hast Du nicht zwei Fehlschichten?“ „Also, die arbeite ich raus, diesen und nächsten Sonnabend fahre ich Doppelschichten!“ Hätte ich mich in eine Debatte über Religion und Politik einlassen sollen? Zwei Doppelschichten, das waren 16 Kubikmeter Steinkohle, und es kam auf jede Tonne an, um die DDR zu stärken und ihre Friedenspolitik zu unterstützen.

Außer den Heiligen - guten, anständigen Bergleuten - hatten wir auf dem Schacht seit einiger Zeit auch noch die „Generäle“. So nannten die Bergarbeiter die Strafgefangenen aus Zwickau wegen der gelben Streifen an ihren grauen Hosen. Sie waren nicht erfreut, als die Häftlinge auf dem Schacht eingesetzt wurden. Es waren meist Fälle von Nachkriegskriminalität, Diebstähle, Schiebereien und dergleichen. Sie hatten drei, fünf Jahre aufgebürmt bekommen. „Und wir ham wohl läb'nsänglich!“

knurrten die Bergleute. „Was ist besser, wenn die in ihren Zellen Tüten kleben oder wenn sie Kohle brechen?“ „Na ja ...“

Die „Generäle“ wurden auf besonders zuverlässige Brigaden aufgeteilt, arbeiteten gut, es lohnte sich! Sie bekamen bei Normerfüllung ein Drittel ihrer Strafe erlassen, also drei Jahre Haft, zwei Jahre vor Kohle, dann wieder frei. Und sie erhielten gleichen Lohn für gleiche Leistung wie andere auch. Davon wurden ihnen natürlich die Haftkosten abgezogen, die Instandsetzung der Baracken, in denen früher Kriegsgefangene gelegen hatten, die Gehälter der Wache usw. Sollten das die Steuerzahler aufbringen? Dann der Familienunterhalt. Schließlich wurde ein Teil des Lohnes einbehalten, erst bei Entlassung ausgezahlt, damit sie nicht ohne einen Pfennig dastünden und gleich wieder klauen mußten. Einmal in der Woche kam die HO in ihr Lager, mit allem, was damals zum Angebot gehörte, außer Alkohol und Werkzeugen. Am meisten wurden Zigaretten gekauft, Kaffee, auch Musikinstrumente! Im Lager entstand eine Band, wie das heute heißt. Sonntags konnten die „Generäle“ - ohne Aufsicht - mit ihren Familien, die sie besuchten, spazieren gehen. In den Hainen und auf den Wiesen sah man die Grauuniformierten mit den Streifen an den Hosen. War eine Baracke gerade leer, blieb auch mal ein „General“ mit seiner Frau drin ...

Aber es gab auch viel Zoff unter den „Generälen“. Der Hauptmann der Volkspolizei, der das Lager leitete, hatte davon die Nase voll. Er konnte verständlicherweise die Ursachen der Streitereien nicht durchschauen, wurde belogen, ordnete an, ein Lagerkomitee zu bilden, eine Art Selbstverwaltungsorgan. Es sollte ihn unterstützen. Ich sagte, ich würde gerne mal mitkommen und mir das ansehen. „Kannst Du. Aber misch Dich nicht ein, Du kennst die Brüder nicht!“ Ich versprach es. Da saßen wir nun beide am Kopfende eines langen Tisches, rechts und links wohl jeweils sieben oder acht „Generäle“, uns gegenüber, am anderen Tischende einer, der sah wirklich recht übel aus. Die ganze Zeit setzte er ein höhnisches Grinsen auf.

Der Hauptmann fragte nach Namen, Haftdauer, Beruf, Grund der Verurteilung. Die meisten waren „unschuldig“. Sie hatten nichts als andere auch getan, waren bloß erwischt und verurteilt worden, was ungerecht sei. Einer sagte: „Hab Strümpfe gemaust, in Kamms (Chemnitz), in meiner Fabrik“. Ein anderer langweilte uns mit einem Vortrag über seine Leistungen beim Wiederaufbau, hätte auch Marx gelesen,

das „Kapital“. Ich fragte: „Alle fünf Bände?“ Er: „Sicher doch!“ „Aber es gibt nur drei!“

„Und was ist mit Ihnen?“ fragte der Hauptmann den Grinsenden am Tischende. „Hab mei' Fraa hingemacht. Kam von der Front in Urlaub, da lag sie mit 'nem andern im Bette. Hab'ch 'n Messer genomm'“. „Und nach dem Krieg?“ „Da sind wir raus und haben Züge angehalten.“ „Wie denn das?“ Mit 'ner Waffe. Haben das Geld und die Sachen von den Leuten eingesammelt.“ Er war der einzige Ehrliche unter den „Generälen“, hatte ja nichts zu verlieren und kannte alle Tricks. Der Hauptmann ernannte ihn zum Lagerältesten.

Seitdem herrschte Ordnung unter den „Generälen“, eigentlich hätte der Hauptmann gehen können. Er blieb natürlich. Die „Generäle“ blieben auch. Keiner haute nach dem Westen ab. Die meisten harrten auch später auf dem Schacht aus. Buchhalter wieder, bei dem die Abrechnung nie gestimmt, oder Schuldirektor wie jener, der Mädchen angefaßt hatte, konnten sie sowieso nicht wieder werden. Und auf dem Schacht war der Verdienst gut, die Bergmannsrente hoch, auch gab es genügend Bergmannswitwen mit kleinen Häuschen, die wieder einen Bergmann wollten, egal, ob er früher mal was anderes gemacht hatte.

Walter Florath

ARMIN STOLPER

DIE FÜNF ROTEN HUNDERTER



ERNST BUSCH
HELENE WEIGEL
KARL V. APPEN
WOLFGANG HEINZ
HANS OTTO



Eine Neuerscheinung aus der Feder unseres Lesers Armin Stolper. Spotless-Reihe Nr. 124. Preis 9,90 DM, ISBN 3-933544-41-6

Fregattenkapitän a. D. Prof. Dr. Hans Fischer zum Untergang der „Kursk“

Was geschah in der Barentssee?

Ein großes Unterwasserschiff ist gesunken. Von der Besatzung hat niemand überlebt, fast 120 Seeleute fanden den Tod in der Barentssee. Dieses tragische Ereignis war im Westen wochenlang Thema der antikommunistischen Medien aller Schattierungen, Ausgangspunkt einer beispiellosen antirussischen Kampagne, die den Eindruck vermittelte, daß die einstigen Bekämpfer der Sowjetunion ihren Haß auch auf das heutige Rußland übertragen haben. Um die Bedeutung des Verlustes der „Kursk“ für die russische Marine plastisch zu machen, sollen hier zunächst einige wichtige technische Daten genannt werden: Das Atom-U-Boot gehört zum Projekt 949 A (NATO-Bezeichnung: Oscar-II-Klasse); Bauzeit 1990-1994; Indienststellung am 23. 5. 1994; Länge 154 m; Breite 18,2 m; Tiefgang 9,0 m; Druckkörperdurchmesser 8,5 m aus 50 cm Titanlegierung; Wasserdrängung über Wasser 10 800 t; unter Wasser 13 600 t; Höchstgeschwindigkeit über Wasser 18 kn (33 km/h); unter Wasser 29 kn (55 km/h); Bewaffnung: 24 Mittelstreckenraketen, 8 Bug-Torpedorohre. Der Verlust dieses Schiffes gibt Anlaß zu vielfältigen Spekulationen. Ich möchte mich auf die mir zugänglichen offiziellen Quellen stützen und meine eigenen seemännischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen.

In der Barentssee fand eine normale Übung der russischen Nordmeerflotte statt, mit Über- und Unterwasserschiffen. Zu den Übungselementen gehörte wahrscheinlich die Erprobung neuer oder weiterentwickelter Torpedotypen. Die „Kursk“ fuhr offenbar auf Seerohrtiefe, d. h. der Kiel des Schiffes befand sich ca. 30 m unter der Wasseroberfläche. In Seerohrtiefe und bei einer Wassertiefe von ca. 100 m im Übungsgebiet wird das Fahrzeug mit schätzungsweise 10 kn (18,5 km/h) gefahren sein. Diese Geschwindigkeit garantiert eine sichere und stabile Fahrt. Was geschieht unter solchen Umständen bei einem plötzlichen Wassereintrich von mehreren hundert Tonnen am Bug oder über eine größere Länge mitschiffs?

Das Schiff sinkt selbstverständlich und neigt sich unkontrolliert bugwärts. Wieviel Zeit bleibt für ein Steuermanöver, insofern die Kommandozentrale noch funktionstüchtig ist? Kann das Schiff nicht abgefangen werden, so prallt es nach 30-40 s mit der Trägheit einer Masse von 13 600 t und beachtlicher Geschwindigkeit auf dem Meeresgrund auf. Jeder versteht, daß sofort verheerende Zerstörungen am Schiffskörper auftreten; daß weitere Kammern geflutet werden, Außenverbindungen wie Wellentunnel, Luken, Torpedorohre, Kühlwassersystem und dergleichen undicht werden; daß die Innenluft entweicht mit

den bekannten tragischen Folgen für Besatzung und Schiff. Auch die beste, hervorragend ausgebildete, auf solche Ereignisse vorbereitete Besatzung mit erfahrenen und nervenstarken Kommandeuren dürfte hier machtlos sein.

Nun steht die zentrale Frage: Wie könnte es zu einem plötzlichen und massiven Wassereintrich gekommen sein?

Auf einer Pressekonferenz in der russischen Staatsduma nannte der ehemalige Chef der sowjetischen Seekriegsflotte, Held der Sowjetunion Flottenadmiral Tschernabin, drei glaubwürdige Versionen für den Schiffsuntergang:

1. eine schwere Kollision mit einem Unterwasser- oder Überwasser-Schiff;
2. die Detonation eines oder mehrerer Torpedos im Innern des Schiffes;
3. ein rasches Tauchmanöver, um einer drohenden Kollision auszuweichen.

Zur Version 1: Die Barentssee war und ist neben dem Ochotskischen Meer das wichtigste Gebiet für antisowjetische/antirussische strategische U-Boot-Spionage der NATO, insbesondere der USA. Man muß davon ausgehen, daß bei Flottenübungen immer Aufklärung betrieben wird, um die Strategie und Taktik des tatsächlichen oder potentiellen Gegners zu erforschen, neue Techniken kennenzulernen und eigene Strategien zu überprüfen. Diese Aufklärung erfolgt mit kosmischen Mitteln, mit Flugzeugen, mit Überwasserkraften und mit Unterwasserschiffen.

In einem Buch amerikanischer Journalisten „Jagd unter Wasser - die wahre Geschichte der U-Boot-Spionage“ (Bertelsmann-Verlag, ISBN 3-570-00425-2) sind zahlreiche Fälle bekanntgewordener Kollisionen zwischen amerikanischen und sowjetischen/russischen U-Booten ausführlich und mitunter reißerisch beschrieben. Die Autoren schätzen ein, daß es im Verlauf des Kalten Krieges zu Dutzenden von U-Boot-Unfällen kam, von leichten Karambolagen bis zu schweren Beschädigungen. Ich halte es für möglich, daß auch diesmal eine gravierende Kollision stattfand. Natürlich wird so etwas so lange geleugnet, bis unwiderlegbare Beweise vorliegen.

Zur Version 2: Im Bereich der Hochtechnologien kommt es immer wieder zu technischem Versagen infolge nicht vollständiger Beherrschung der entsprechenden Vorgänge - beispielsweise in der Raumfahrt, in der Luftfahrt und auch unter Wasser. Jeder ehrliche und interessierte Mensch weiß das und kennt zahlreiche Fälle, die sich durchaus nicht im „maroden“ Rußland ereignet haben. Im übrigen sind die amerikanischen U-Boot-Totalverluste überwiegend auf Torpedoversagen (Überhitzung/Feuer im Rohr; zielsuchende Rückläufer) zurückzuführen. Wer einmal die Sprengung eines Torpedokopfes miterlebt hat,

weiß um die ungeheure Energie heutiger Sprengstoffe. Wenn sich in den Rohren der „Kursk“ Torpedos gemäß der ausgewiesenen Bewaffnung befanden, dann muß von einer Sprengstoffmasse (TNT oder Derivate) von 350-600 kg je nach Torpedotyp ausgegangen werden. Der Untergang des Schiffes wäre dann die Folge der Explosion eines oder mehrerer Torpedos gewesen. Zur Version 3: Sollte „plötzlich“ ein Über- oder Unterwasserfahrzeug erkannt worden sein, das sich auf Kollisionskurs befand, dann hat der „Nichtausweichpflichtige“ ein „Manöver des letzten Augenblicks“ eingeleitet. Offensichtlich reichte für ein typisches U-Boot-Manöver - das Abtauchen - die Wassertiefe aber nicht aus. So weit zu den möglichen Ursachen des U-Boot-Verlustes, der in mancher Hinsicht auch als Spiegelbild der durch die Konterrevolution in Rußland eingetretenen Lage und der Entwicklungen unter Gorbatschow und Jelzin betrachtet werden kann. Doch zu den politischen Aspekten des Ereignisses werde ich mich in einer der nächsten Ausgaben des „RotFuchs“ äußern.

Die Zeitschriften „offensiv“ und „RotFuchs“ laden zu einer großen gemeinsamen Konferenz „**Imperialismus und antiimperialistischer Kampf im 21. Jahrhundert**“ für den **28./29. Oktober 2000** nach Berlin, ehemaliges ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, ein. Referenten und Diskussionspartner aus dem In- und Ausland. Rechtzeitiges Kommen sichert Plätze. Kulturprogramm. Bufett. Veranstaltungsbeginn am **Sonntag: 10.30 Uhr**, am **Sonntag: 9.00 Uhr**.



An der Konferenz nimmt die Witwe und Kampfgefährtin von Pierre Mulele, **Léoni Abo**, aus Kongo teil. Ihr Mann, Minister der Regierung des unvergessenen Patrice Lumumba, setzte nach dessen Ermordung den Widerstandskampf gegen die Agenten des Imperialismus bewaffnet fort. Hier das schon in der letzten Ausgabe versprochene Foto.

Über Schröders Inspektion der „blühenden Länder“

Der Kanzler „bei uns“ zu Besuch

In Cottbus, wo der Besucher aus dem Westen gefragt wurde, warum aus Neu-Sechsländ (fünf Länder plus Berlin, der Hauptstadt der DDR, was immer vergessen wird, obwohl der Kanzler in unserem Staatsratsgebäude residiert) nur zwei Mannschaften in der Fußball-Bundesliga spielen, schloß dieser nach tiefeschürfenden Erklärungen mit der Freudschen Fehlleistung: „Weil BEI UNS mehr Menschen leben“. Jetzt wissen wir's: „BEI UNS“ - das ist der Westen. Folglich sind wir die Ausgegrenzten, eine Kolonie, weshalb der „Spiegel“ auf seiner Titelseite ausnahmsweise wahrheitsgemäß den Bundeskanzler als Kolonialherrn mit Tropenhelm und in Herrscherpose durchs feindlich unterworfen Land stolzieren ließ. Schließlich sind wir „Chefsache“.

Lange genug hat er auf eine ausgedehnte Inspektion verzichtet. Aber in zwei Jahren stehen Wahlen vor der Tür. Und da auch die Eingeborenen wählen dürfen, kam eine Wahlreise auf die Tagesordnung. So setzte der Kanzler sein Dauerlächeln bis zur Kiefernspitze auf und verkündete allerorten (ein bißchen spät) zwischen Vogtland und Ostsee, alles werde nun besser (nur darf es nichts kosten).

In unserem Bad Elster jubelten ihm Kurgäste aus den westlichen Bundesländern zu. Irgendwo küßte er eine Weinkönigin. In Jämschwalde versprach er den noch verbliebenen Kumpeln „Solidarität“ und schwor, die Braunkohle sei „ein Stützpfeiler der Energieversorgung“; zwei Tage später wurde regierungsseitig verkündet, daß einige Braunkohlegruben im Westen geschlossen werden müßten. Um viele halb leerstehende Wohnblöcke versagte ersich Besuch, Händeschütteln und tröstende Versprechungen. Er verzichtete auf den Rundumblick über verrottende Betriebe, die Frau Breuel hingeworfen hat (wie es Amerikas Deutschlandhasser Morgenthau einst forderte, was in Potsdam durch Stalin verhindert wurde). Nun richtet sie in Hannover mit Rückendeckung ihres früheren Landesherren Schröder ein neues Chaos an, wenngleich die EXPO-2000-Pleite an ihre Treuhand-Hinterlassenschaft nicht herankommt. Da der Kanzler wegen seiner Propagandareise vierzehn Tage lang nicht in der Hauptstadt weilte, war der Pulk filmender und schreibender Journalisten in Berlin abkömmlich und konnte Grinsen, Händeschütteln, Freundschaftsbekundungen und Kritik je nach Weisung der Organisatoren der Schröder-Show beschreiben oder verschweigen. Unzählige Bundesgrenzschützer und Polizisten in Uniform und Zivil sicherten diesmal nicht Neonaziaufmärsche, sondern die Kanzlerkohorte.

Zum Glück fiel der Prozeß gegen die Mörder von Alberto Adriano in den Reiseplan und so wurde flugs in Dessau eine Kranzniederlegung organisiert. (Der Besuch eines Konzentrationslagers war nicht vorgesehen.) Das Hallenser Urteil bot Gelegenheit für das

Kanzlerwort, die Jugend in den „nun befreiten Ländern“ möge „zum Kampf gegen rechtsextreme Gewalt bereit“ sein. Zweierlei vergaß der Kanzler, der sofort nach seiner Rückkehr vor den Revanchistenverbänden der Vertriebenen sprach: Er selbst hatte 1997 in BILD AM SONNTAG Neonazis in ihren Axel-Cäsar-Springerstiefeln ermutigt: „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell!“ Und dann schürte er Ängste vor einer „Welle von Verbrechen aus dem Osten“.

Heute ist dieser gefährliche Osten nähergerückt: „Die Rechtsextremen aus der DDR!“ Nun waren die Täter aus Dessau 26, 16 und 16 Jahre alt. Vor zehn Jahren, als die Mauer (auch „Antifaschistischer Schutzwall“ genannt) fiel, waren die Täter also 16 und 6. Woher hatten sie wohl ihre verwerfliche Gesinnung, da seit zehn Jahren die Freie Deutsche Jugend, Jugendklubs, Lehre, Arbeitsplatz, soziale Sicherheit und Antifaschismus abhanden gekommen sind?

Schröder umschiffte peinlich die „Errungenschaften der Wende“: Leerstehende Neubauten, die von Arbeitslosigkeit und Abwanderung künden. In Wolfen wurden anstelle von 40 000 verlorenen „56 neue Arbeitsplätze geschaffen“. Gab es dort nicht einmal einen Betrieb namens ORWO? Bitterfeld mit einer Arbeitslosigkeit von 25% und 10 000 Menschen, die abgewandert sind?

Wittenberges stellvertretender Bürgermeister hatte vor Reisebeginn gewarnt, ausschließlich „Sonnenseiten“ zu besuchen. Vergeblich. Daß seit 1989 das große Nähmaschinenwerk samt allen wichtigen Betrieben der Stadt Frau Breuel und deren Gleichgesinnten zum Opfer gefallen ist, daß das Reichsbahn-Ausbesserungswerk nur noch einen Bruchteil der einst Beschäftigten zählt - wen interessiert's?

Hinter Elbe und Werra (vom Westen aus gesehen) gibt es nur Deutsche II. Klasse. Dieser Osten bewegt den Kanzler „einen feuchten Kehrlicht“, schrieb eine diesseitige Journalistin. Und das alles ist keine „von allen Ossis angestimmte Jeremiade“. UNSER Kanzler kam dem Chaos gefährlich nahe. Aber er war auf Wahlreise und fuhr wissentlich vorbei.

Natürlich durften Bürgermeister und Betriebsratsvorsitzende ein paar Klagen und Wünsche vorbringen - einige wenige sogar im Fernsehen. Aber sie gingen in organisiertem Jubel, Trubel, Heiterkeit unter. Statt Antworten gab es Autogramme. Vielleicht versprach der Besucher sogar Abhilfe. Aber wer glaubt schon einem Kanzler der Bosse? Und dazu einem Reisenden in Sachen FREIER WAHLEN? Hat Schröders Partei nicht 1990 kräftig dabei mitgemischt, „die ersten freien Wahlen in der DDR“ zu kaufen?

Welche Freiheit haben sie uns gebracht? „Trau keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast“, hat mal ein wissender Insider gesagt. Doch selbst, wenn man Zahlen eines

„Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e. V.“ in Zweifel ziehen darf, sollte einiges zu denken geben: 14% der Befragten sagen, daß es ihnen vor zwei Jahren schlechter ging, 23% bewerten ihre Entwicklung als Abstieg, 59% der 18-59-jährigen befürchten für die Zukunft Verschlechterungen. Die soziale Situation halten 62% für „weitgehend ungerecht“. Nur 21% fühlen sich als Bundesbürger. Sie betrachten sich in erster Linie als „Ostdeutsche“, dabei beziehen sie sich auf „spezifische Lebenserfahrungen“ und die „inzwischen regierungsamtliche Politik der Akzeptanz und Begründung von Ungleichheiten“. Und das Ergebnis einer anderen Umfrage: In der DDR wurden Kinder in Krippen, Kindergärten und Horten erzogen, für jedes war ein Platz da. An den Schulen gab es keine Gewalt und kein Rauschgift. Schulabgänger erhielten eine Lehrstelle, Lehrlinge wurden nach Abschluß der Ausbildung übernommen. Es gab keine Arbeitslosigkeit. Jeder erhielt zum Monatsende für das Geleistete seinen Lohn. Zahlungsmoral war kein Problem. Die DDR konnte ihre Bürger zu 80% selbst versorgen. Heute werden Erzeugnisse für 200 Milliarden DM mehr verzehrt als produziert. Im Gesundheitswesen gab es keine Zuzahlungen. Die Kriminalität war bedeutend geringer; kaum Banküberfälle oder Gewaltverbrechen, keine Millionenbetrügereien. Altersheime kosteten den Senior 12 DM im Monat (jetzt DM 3 500 und mehr). Beim Straßenbau brauchten die Anlieger keinen Pfennig zu bezahlen (heute bis zu 40 000 DM). Viele Menschen haben aus Überzeugung gewissenhaft und nach geltendem Recht für ihren Staat gearbeitet, darunter Grenzsoldaten, Angehörige der Sicherheitsorgane, Richter und Staatsanwälte, Funktionäre (heute von einer Sieger- und Willkürjustiz inhaftiert und als „Kriminelle“ diffamiert, von Medien verleumdet). Soldaten der Nationalen Volksarmee haben niemals Krieg geführt.

Hat UNSER Kanzler das nicht gewußt? Hat er daran gedacht und deshalb zwei Wochen seines Urlaubs geopfert - für eine Reise durch die „blühenden Länder“?

Schröder fuhr durch „seine“ DDR, um „Volksverbundenheit“ zu bekunden. Es ging ihm um Wahlstimmen, derer er bedarf, um gegen die aufholende CDU zu bestehen. Doch: Diesem System, seinem Kanzler, seiner SPD und seiner „Opposition“ keinen Mann, keinen Groschen und kein Kreuz auf dem Wahlzettel.

Karl-Eduard von Schnitzler

Lieber Kled, nach Deinem Unfall senden wir Dir herzliche Genesungswünsche ins Krankenhaus.
Dein „Rotfuchs“-Kollektiv

Ostdeutscher Kolonialstatus leitet Wasser auf die Mühlen der Neonazis

Verlust des Heimatgefühls

Nachdem sich angesichts von Bombenanschlägen auf jüdische Mitbürger aus Rußland, brutalen Morden an farbigen Einwohnern unseres Landes und hiesigen Obdachlosen die anschwellende Schmutzflut des Rechtsradikalismus nicht länger durch Verschweigen und Verdrängen bewältigen läßt, haben Politiker und Medien mit der „Ursachenforschung“ begonnen. Man würde schnell fündig, orientierte man sich an den Worten des Philosophen und Soziologen Max Horkheimer: „Wer nicht vom Kapitalismus reden will, sollte vom Faschismus schweigen.“ Doch die ganze Debatte ist ja ohnehin nur ein Schattenboxen mit dem Ziel, die wirklichen gesellschaftlichen Ursachen nicht offenbar werden zu lassen. Schließlich darf man die Grundlagen des Systems, von dem man lebt, nicht in Frage stellen! So wird wieder einmal die altbekannte Methode angewendet: An „Rechts“ ist „Links“ schuld! Der rechtskonservative Historiker Ernst Nolte rechtfertigte die Verbrechen des Faschismus als „nachvollziehbare Reaktion auf den vorausgegangenen Terror der Bolschewisten“. Zwar stellten die bürgerlichen Parteien durch ihre Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933 Hitler einen Blankoscheck zur Errichtung seiner Diktatur im Inneren aus - die sozialdemokratische Reichstagsfraktion segnete seine imperialistische Außenpolitik dann am 17. Mai 1933 nicht weniger willfährig ab, und anschließend sang man gemeinsam mit den Nazis das „Deutschland-Lied“, aber schuld am Untergang der Weimarer Republik sind nach offizieller heutiger Lesart die Kommunisten. Diese befanden sich zum Zeitpunkt der beiden Abstimmungen bereits in der Illegalität und in den ersten Konzentrationslagern. Nimmt es bei dieser Geschichtsfälschung Wunder, wenn für die heutigen Erscheinungen des Rechtsradikalismus in den annektierten ostdeutschen Bundesländern die seit nunmehr zehn Jahren nicht mehr bestehende DDR verantwortlich gemacht wird?

Dabei gibt es durchaus Zeitgenossen, die sich nicht scheuen, die wahren Ursachen klar zu benennen. So erklärte z. B. der Trierer Soziologe Prof. Bernd Hamm am 18. August in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, viele Leute im Osten hätten „seit der Vereinigung mehr und mehr das Gefühl der Kolonisierung“. Die seit 89/90 aus der alten BRD gekommenen Inhaber von Schlüsselpositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen würden als „Westkommissare“ empfunden, was auf den unteren Ebenen ein Gefühl der Demütigung und Entmündigung provoziere. In einer solchen gesellschaftlichen Atmosphäre sei es nicht verwunderlich, wenn junge Männer mit fehlender Lebensperspektive zur Entwicklung von Gewalt ritualen neigten.

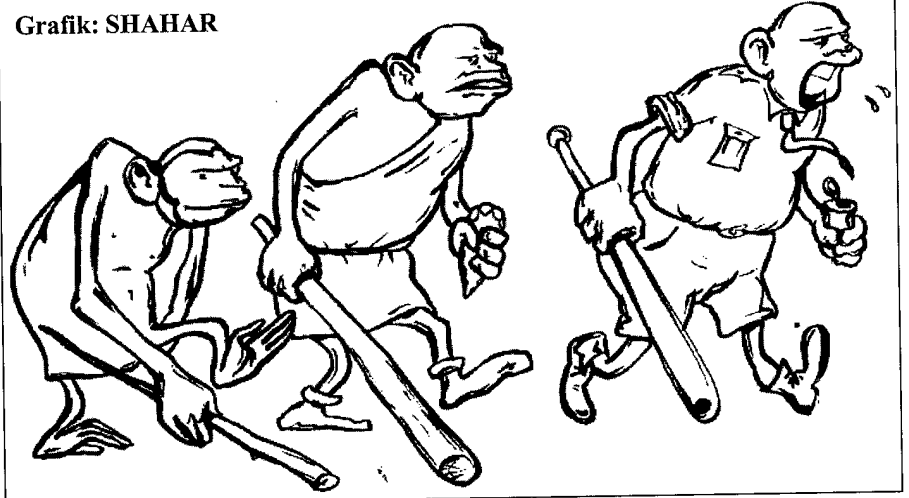
Obgleich die „Frankfurter Allgemeine“ in ihren redaktionellen Beiträgen fleißig die abgenutzten Klischees vom „verordneten Antifaschismus“ im „Obrigkeitsstaat DDR“ als Erklärungsmuster für heutigen Rechtsradikalismus bemüht, gibt sie in Leserbriefen auch anderen Meinungen Raum. So, wenn die Redaktion am 16. August Mathias Gemeinhardt aus Berlin einen „Verlust des Heimatgefühls“ beklagen läßt: „Ich war während meiner Ausbildung in der DDR selbst in mehreren Betrieben mit Gastarbeitern tätig und kann mich an kein fremdenfeindliches Vorkommnis erinnern, wohl aber an eine freundlich-kollegiale Atmosphäre. Leider haben inzwischen viele Ostdeutsche das Gefühl, Verlierer der Einheit zu sein, in ihren emotionalen Grundbestand eingegliedert. Dahinter steht weniger eine nachweisbare materielle Bedürftigkeit als vielmehr der Eindruck, sich dauerhaft mit weniger begnügen zu müssen. Nicht eine rechte Gesinnung ist in Ostdeutschland generationsübergreifend, sondern dieses Gefühl. Bevor sich nämlich die Ostdeutschen vom Ideal des kollektiven Eigentums verabschieden und mit der Schaffung von Privatvermögen befassen konnten, hatte sich die Geldflut von westdeutschen Konten schon ins Land ergossen und den Einheimischen oft die Hände gebunden. Es ist für die Jugendlichen unerträglich, die Eltern so ohnmächtig zu erleben. Deshalb sehen sie sich in der Pflicht, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Wenn die Betriebe schließen und die neuen Eigentümer zahlreicher Immobilien, alle Rechte besitzend, irgendwo im Westen sitzen, geht subtil ein Stück Heimat verloren.“ Wesentlich schärfer ging bereits am 11. August FAZ-Leser Dr.-Ing. Christof Ehrler aus Bischofswerda mit den Ergebnissen von zehn Jahren „Einheit“ ins Gericht: „Seit der Wende hat die hiesige Bevölkerung eine geradezu dramatische Zerstörung aller traditionellen Werte erlebt: Autorität der Erziehung, Ehrfurcht vor Alter und Erfahrung,

Wertschätzung von Familie und Gemeinschaft, Rücksicht und Bescheidenheit, Pflichtbewußtsein. Heute ernten Bürger, selbst hier in der Lausitz, wo noch vor Jahren Jugendliche jeden Älteren, auch den Fremden, von sich aus zu grüßen pflegten, am hellen Tage auf dem Markt nur Spott und Gelächter, falls sie es wagen sollten, Junge etwa wegen des rücksichtslosen Versperrens des Bürgersteigs zu verweisen.

Drogen an den Schulen, Sex, Gewalt und Verbrechen aller Art als Unterhaltung in den Medien, eine erstochene Lehrerin und Brandstiftungsserien rundum, dazu zwanzig Prozent Arbeitslosigkeit mit steigenden absoluten Zahlen; über allem jedoch ein regierungsamtliches Reden von 'Aufschwung'. Nicht wir hier haben die eine Gesellschaft tragenden Werte zerstört. Vom Westen her kam die gesellschaftliche Auflösung ...“ Man darf wohl davon ausgehen, daß der Schreiber dieser Zeilen eher dem bürgerlichen Spektrum zuzurechnen, jedenfalls kein Sozialist in unserem Sinne ist. Um so bemerkenswerter, daß er die Zerstörung der positiven menschlichen Werte, auf die er sich bezieht, nicht etwa dem sozialistischen Gesellschaftssystem der DDR zuschreibt, in dem sie offensichtlich bewahrt und gepflegt worden sind, sondern den zersetzenden Einflüssen aus dem Westen, also dem Kapitalismus. Das ist unzweifelhaft eine klare Benennung der wahren Ursachen der gesellschaftlichen Zerfallerscheinungen im Osten, die den Nährboden dafür abgeben, daß junge Menschen der ebenfalls aus dem Westen, wo NPD und Republikaner schon immer legal waren, eingeströmten braunen ideologischen Flut zum Opfer fallen. Übrigens - es wäre interessant zu wissen, ob die beiden hier zu Wort gekommenen Leserbriefschreiber an die großbürgerliche FAZ in den „Wendejahren“ 1989/90 zu den Trunkenen des damaligen Bananen- und DM-Rausches so mancher „Ossis“ gehörten.

Rolf Vellay

Grafik: SHAHAR



Zu Hintergründen der offiziellen Kampagne gegen den Rechtsextremismus

Wird aus dem Saulus ein Paulus?

Nun also haben wir eine große Neofaschismusdebatte, an der sich von links bis CSU alle beteiligen, um herauszufinden, wie man die gewachsenen neofaschistischen Aktivitäten bekämpfen kann und warum es zu ihnen kam. Aber wollen alle Beteiligten dem Übel wirklich an den Kragen?

Zunächst einmal fällt auf, daß das Wort Faschismus in der Debatte nicht gerade häufig gebraucht wird; lieber sprechen die politischen Parteien von Rechtsextremismus. Zur Partei vom Herrn Haider in Österreich, wegen deren Regierungsbeteiligung das Land von der EU mit Sanktionen belegt wurde, sagt man gar nur, sie sei rechtspopulistisch. Ist das dasselbe wie rechtsextremistisch und dieses wiederum gleichzusetzen mit neofaschistisch, oder existieren da Unterschiede? Keiner sagt es richtig. Man läßt alles ein bisschen offen. Wer weiß?

Apropos EU-Sanktionen gegen Österreich: Wurde dadurch nolens volens eine Großaktion gegen Rechtsaußen in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt, weil es ja als hoffnungsvolle europäische Führungsmacht sauber dastehen will und muß? Oder warum geht es jetzt los, während noch vor gar nicht langer Zeit die Warner vor einer neobraunen Durchsetzung der Gesellschaft unter Hinweis auf die Unerschütterlichkeit der deutschen Demokratie als berufsmäßige Übertreiber abgestempelt wurden!? Vielleicht kann das Bayerns Regierungschef erklären, der jetzt fast den Vorreiter für ein Verbot der NPD spielt.

Bei der Diskussion über die Ursachen des vermehrten Rechtsextremismus kommen natürlich all die schon bekannten Argumente ins Spiel, die richtigen wie die falschen, die wichtigen wie die weniger wichtigen. Die Chefin der EU-Beobachtungsstelle für Fremdenfeindlichkeit hat erkannt, daß sich auf die „rassistischen und fremdenfeindlichen Gewaltakte“ zwei Dinge auswirken: 1. die deutsche Vereinigung, weil „wir es nun mit vielen Menschen zu tun haben, die von 1933 bis 1989 in autoritären Systemen lebten“ und 2. „soziale Ursachen ..., auch die Angst Jugendlicher vor der Zukunft“. Solche Äußerungen wie die von Frau Winkler sind typisch für die Rechtsextremismus-Debatte überhaupt. Nämlich: Auf der einen Seite werden die bösen Vorbilder, die sogenannten autoritären oder totalitären Systeme (Faschismus und „stalinistische Regimes“) benannt und gemeinsam auf die Anklagebank gesetzt, auf der anderen Seite bleibt der Hinweis auf den sozialen Nährboden des Neofaschismus, der keineswegs abgestritten wird, unbestimmt, gewissermaßen systemanonym. Es ist von Arbeitslosigkeit, Armut, Orientierungslosigkeit, von an den

Rand der Gesellschaft Gedrängten usw. die Rede, doch das Wort Kapitalismus fällt nicht oder kaum, obwohl doch der Kapitalismus solche und andere Übel verursacht. Er wird brav geschont, denn noch immer steht die These, Faschismus gedeihe auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung, bei der Bourgeoisie unter Verbot. Diese Aussage ist unerwünscht.

Infolge des Tabus bleibt doch eines gewöhnlich ausgeklammert: Die Tatsache, daß Faschismus nicht nur eine Bewegung von unten, vom Bodensatz der Gesellschaft, von irgendwelchen amoralischen Gesellen gewesen ist, sondern daß die Entscheidung darüber ganz oben fiel. Mächtige aus der ökonomisch herrschenden Klasse beförderten den Faschismus zum staatstragenden System. Die sogenannte Machtergreifung der Hitlerbande, ein gar als „nationale Erhebung“ deklariertes Akt, war ein Hieven in die Regierung. Gegen den Willen der ökonomisch Herrschenden hätte sich der Faschismus nicht durchsetzen können. Das ist heute nicht anders.

Das hat auch das Beispiel DDR gelehrt. Zwar gab es dort neonazistische Grüppchen, rechte Kritiker des Systems, vor denen keine Gesellschaftsordnung gefeiert ist, neofaschistische Nachahmungstäter, „Trittbrettfahrer“, wie man sie in der Kriminalistik bezeichnet, also ein bestimmtes Potential mit unterschiedlichen Beweggründen, aber gegen den verordneten Antifaschismus des Staates war kein Durchkommen. Ja, staatlich verordneter Antifaschismus, ein zur Abwertung der DDR geprägter Begriff, kodifizierter Antifaschismus, ist gerade das, was der Bundesrepublik Deutschland not tut: Eine gesetzlich fundierte entsprechende Haltung des gesamten Apparates (Justiz, Polizei, Streitkräfte, Beamtenschaft), natürlich ebenso der Legislative, aller zugelassenen politischen Parteien und Organisationen. Kurz: Antifaschismus als Kriterium der Demokratie. Das wäre mehr als ein allgemeines Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, denn dieses birgt, wie wir gesehen haben, die Möglichkeit einer Legalisierung rechtsextremer Parteien im Namen eben dieser Grundordnung. Zivilcourage, Aufklärungstätigkeit sind immer wichtig, aber nicht ausreichend; konsequentes Vorgehen gegen neonazistische Gewaltakte ist stets erforderlich, doch zu wenig, wenn Staat und Gesellschaft wirklich des Problems Herr werden wollen. Und es läßt sich auch nicht einfach auf Ausländerfeindlichkeit reduzieren, wie es teilweise Politiker und Medien tun. Diese spielt zwar die Rolle einer Mobilisierungsideologie, aber die orga-

nisierte extreme Rechte will bekanntlich auf mehr hinaus, als nur auf „Ausländer raus!“

Vonnöten wäre also eine Analyse, wo in Staat und Gesellschaft antifaschistische Ansätze vorhanden sind und wo sie fehlen. Auf der Tagesordnung stünden sicher antifaschistische Reformen. Das wäre eine Aufgabe für alle demokratischen Kräfte. Aber wie steht es diesbezüglich mit der sogenannten politischen Klasse, die im Antifaschismus fast schon etwas Kommunistisches wittert, das Wort Antifaschismus auch bewußt aus der Verfassung heraushielt und statt seiner die vage Formulierung wählte „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“ (Art. 139)? Und was ist mit den Wirtschaftsbossen, die sich gar sträuben, Entschädigungen für die ausländischen Arbeitssklaven während des Hitlerfaschismus zu zahlen, die sich Wiedergutmachung nicht verordnen lassen wollen? Hier liegt das Problem dieser Gesellschaft. Der aktive Antifaschismus ist nicht in ihren Grundlagen verankert.

Deswegen droht noch keine neofaschistische Machtübernahme. Sie ist den ökonomisch und politisch Mächtigen gerade jetzt unerwünscht, da andernfalls eine den deutschen Europamachtanspruch störende antideutsche Welle zu befürchten wäre. Auch erhält der Neofaschismus nicht den nötigen Massenzulauf. Noch stehen Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus dagegen, vor allem ist die Krise der Gesellschaft nicht ausgeprägt genug, um größere Zutreiberdienste für die extreme Rechte leisten zu können. Jedoch konnte sich der Neofaschismus in verschiedenen Spielarten etablieren - und zwar bei nur zaghaftem, punktuellen staatlichen Einschreiten, nicht einmal ausreichend für die Glaubwürdigkeit der These, der Staat bekämpfe alles Extremistische, das linke wie das rechte. Und nun? Wird nun eine konzertierte Aktion, angeführt vom Staat, gegen alles Neofaschistische stattfinden? Vermag sich die BRD zu konsequentem Antifaschismus aufzuschwingen? Wir werden sehen, aber Zweifel sind wohl angebracht, ob aus dem Saulus ein Paulus wird.

Fazit: Die deutsche Bundesrepublik ist zwar nicht faschistisch, aber auch nicht aktiv antifaschistisch verfaßt; der Neofaschismus nicht auf dem Weg zur baldigen Macht, aber eben auch nicht ohne Macht.

Dr. Hans Joachim

Aus der Horrorchronik der Deutschen Bank

Anatomie eines Kraken

Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank (DB) für 1999 spricht Bände. Er weist einen Jahresüberschuß („Reingewinn“ nach Abzug der Steuern) von 2,571 Mrd. Euro, also 5,1 Milliarden DM aus. Gegenüber 1998 war das eine Steigerung von 49 %. Derart traumhafte „Ergebnisse“, denen vor allem Börsenspekulationen ohne jeden ökonomischen Hintergrund und andere „virtuelle“ Operationen des Finanzkapitals zugrunde liegen, erklären die enorm gewachsene Macht der nun weltweit herrschenden Großbanken. In einem Begleitschreiben zum Geschäftsbericht 2000 teilte DB-Vorstand Rolf E. Breuer den „sehr geehrten Damen und Herren Aktionären“ mit, daß der Ertrag vor Steuerabzug im 1. Quartal 2000 erneut um mehr als 50 % über dem Vorjahreswert lag. Die Deutsche Bank war allzeit das Rückgrat des deutschen Imperialismus. Heute geben sich ihre Topmanager „ganz zivil“, als ob sie kein Wässerchen trüben könnten. DB, Siemens, Daimler & Co. hätten schließlich „keine andere Wahl“ gehabt, als mit dem Faschismus zusammenzuarbeiten. Tatsächlich waren viele Millionen Mark der „deutschen Wirtschaft“ schon vor 1933 in die Kassen der Nazis geflossen und hatten deren Terrororganisationen so gestärkt, daß ihnen die Macht übergeben werden konnte. Nein, diese „deutsche Wirtschaft“, die dann 1945 im Westen Hälse und Kapital retten konnte, hat vom Faschismus nicht nur profitiert - er war vielmehr IHRE Politik, der Apparat zu deren Durchsetzung der Staat und der Raubkrieg das Mittel zum Sprung aus der Krise in riesige Expansion.

Die DEUTSCHE BANK als mächtigstes Kreditinstitut des deutschen Imperialismus steht dafür beispielhaft: Der entscheidende Mann des DB-Vorstands von Stauff war Initiator der jahrelangen Unterstützung von Hitlers NSDAP durch „Parteispenden“. Die daraus entwickelten vielfältigen Beziehungen und Verflechtungen der DB-Bosse mit Nazi-Bonzen und ihrer Struktur ermöglichten es der Bank sofort nach 1933, ihre Macht auszudehnen und ihr Erweiterungsprogramm enorm anzukurbeln. Dazu diente die Aufnahme zahlreicher faschistischer Funktionäre in Aufsichtsrat und Vorstand. Deren Zahl wuchs mit der Vorbereitung des Raubkrieges und nach seiner Auslösung noch an.

Die DB bereitete diesen Krieg entscheidend mit vor, indem sie dem Nazi-Staat das Geld für seine Aufrüstungsprogramme beschaffte. Sie finanzierte Wehrmacht und Kriegsindustrie. Besondere Bedeutung hatten die Leistungen der DB für den Aufbau der faschistischen Luftwaffe, die Europa von Spanien bis zum Nordkap und von England bis weit in die Sowjetunion verwüstete: Die DB gab Heinkel, Messerschmitt & Co. die Kredite zum Bau der Mordmaschinen. Zahlreiche von der DB kontrollierte Industriekon-

zerne - Daimler-Benz, BMW, Mannesmann, Krauss-Maffei, Hoesch, Siemens, DEA, um nur einige zu nennen - wurden von ihr auf Kriegsproduktion ausgerichtet.

Politisch wirkte die DB entscheidend in jenen Organisationen des deutschen Imperialismus mit, die die Strategien seiner Expansion entwickelten, so im „Deutschen Orient Verein“, in der „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ und im „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag“.

Die DB beteiligte sich an der Vertreibung jüdischer Eigentümer aus der deutschen Wirtschaft. Sie profitierte auf direkte und indirekte Weise von der Konzentration des Kapitals durch „Arisierung“ jüdischen Besitzes, von der erzwungenen Flucht jüdischer Mitbürger oder deren Verschleppung und Ermordung im KZ. Sie nahm die Provisionen der Nazis, denen sie den Kauf jüdischen Eigentums vermittelte, und vergrößerte ihr Imperium durch Einverleibung von Banken und Industriebetrieben.

Mit dem Vordringen der deutschen Faschisten nach Österreich und in die CSR und dem folgenden Raubkrieg Hitlers gegen die Völker Europas begann für die DB jene sprunghafte Auslandsexpansion, auf die ihre Führung skrupellos hingearbeitet hatte. Die DB folgte Wehrmacht, SS, SD und Gestapo in die besetzten Länder, errichtete dort ihre Filialen, eignete sich fremde Banken an und war die Hauptkraft wirtschaftlicher Durchdringung und Ausbeutung. Ein Beispiel für die Langfrist-Perspektive, die ihr vorschwebte, ist die kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion unter DB-Führung gegründete „Kontinentale Erdöl AG“. Das Konsortium erhielt für erhoffte 99 Jahre alle Rechte zur alleinigen Gewinnung und Verarbeitung, zu Transport und Vermarktung des sowjetischen und rumänischen Öls. Beispielhaft ist aber auch, daß Hermann-Josef Abs als DB-Vorstandsmitglied am 19. 11. 1945 wegen Finanzierung von Nazi- und Ustascha-Firmen zusammen mit Komplizen als Kriegsverbrecher von einem jugoslawischen Volksgericht zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde - leider in Abwesenheit.

Die DB führte den Reigen der 2.500 Sklavenhalterbetriebe an, die KZ-Häftlinge und nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter auspreßten. In ihren Stäben, Instituten und Filialen saßen Nazi-Politiker, „Wehrwirtschaftsführer“, deutsche „Herrenmenschen“, auf beiden Seiten der Bankschalter gab es keine zur Vernichtung durch Arbeit bestimmten „Untermenschen“. Die Chefesseln der DB nahmen

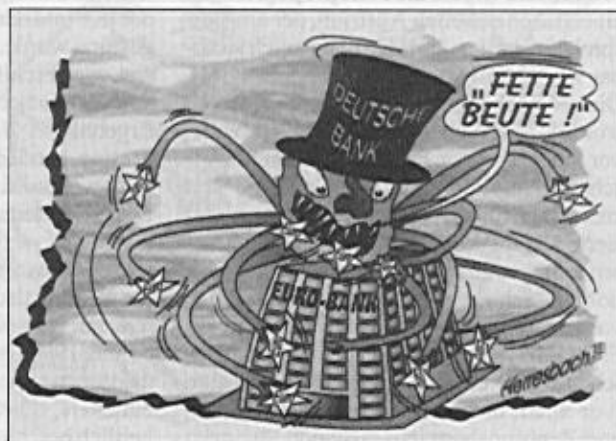
Schreibtischmörder ein, verantwortlich für die schrankenlose Auspowierung zehntausender Frauen und Männer in den von ihr kontrollierten Betrieben. Die DB war eine Zentrale, in der jene Entscheidungen fielen, die Hungertod, Folter und Ermordung in ihrem Firmenimperium bedeuteten. Als Abs in der BRD starb, wurde der Umfang dieses weitverzweigten Reiches an den Traueranzeigen sichtbar: Die Unternehmen, in denen er im Aufsichtsrat oder Vorstand gesessen hatte, füllten mit ihren Annoncen 24 große Zeitungsseiten.

Beherzte Offiziere der USA-Militärregierung untersuchten 1946/47 die Schlüsselrolle der DB im Faschismus. Sie empfahlen die Liquidierung der Bank sowie die Aburteilung der verantwortlichen Mitarbeiter als Kriegsverbrecher. Das Vorgehen dieser Ermittler widersprach jedoch der antikommunistischen USA-Strategie; so wurden sie kurzerhand abgelöst, ihr Bericht verschwand und gelangte erst Jahrzehnte später in der BRD an die Öffentlichkeit. Abs setzte seine 1938 begonnene Karriere an der DB-Spitze fort und wurde zudem engster Berater Konrad Adenauers.

Nur in der SBZ und späteren DDR enteignete man die DB. Und gierig wie 1939 stürmten ihre Expansionsspezialisten 1989 wieder dorthin zurück, nachdem die Liquidatoren des Sozialismus ihnen die Grenzen geöffnet hatten ...

Aber es kann hier nicht nur von der Vergangenheit die Rede sein. Es geht keineswegs allein um die Verbrechen der DB und der „deutschen Wirtschaft“ im faschistisch unterjochten Europa 1933-1945. Für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Versklavten und Verdammten in den gestrigen Kolonien und heutigen Neokolonien des Imperialismus, sind diese Praktiken noch immer tägliche Normalität. Unter denen, die dafür die Verantwortung tragen, steht der Name der DEUTSCHEN BANK mit an erster Stelle.

Werner Hoppe



Wie die Zerstörer der IKP zu Wegbereitern der Faschisten wurden

Nur eine italienische Angelegenheit?

Nahezu alle Gespräche über die politische Lage drehen sich in Italien derzeit um die faschistische Gefahr und die Verantwortung, welche die mehrheitlich rechte Führung der exkommunistischen Partei der Linksdemokraten (DS) für diese Entwicklung trägt. Wird es bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2001 eine Wiederholung des profaschistischen Wahlsieges von 1994 geben? Die in einem sogenannten „Pool der Freiheit“ zusammengeschlossene extreme Rechte konnte damals gewinnen, weil die Herstellung eines breiten antifaschistischen Bündnisses vor allem an der Spalterpolitik der zahlenmäßig stärksten linken Kraft, der sozialdemokratischen Linkspartei - bis 1998 PDS, seitdem DS -, scheiterte. Ergebnis war, daß der größte Kapitalist des Landes, Hitler-Bewunderer und Medienbeherrscher (ihm gehören allein drei private Fernsehsender), Forza-Parteichef Silvio Berlusconi, zusammen mit der Partei des Führers der AN-Faschisten und Mussolini-Verehrers („größter Staatsmann des Jahrhunderts“) Gianfranco Fini sowie Umberto Bossi, dem Chef der rassistischen Lega Nord, welche den Völkermord Hitlers an den Juden noch heute gutheißt, eine rechtsextreme Regierung bilden konnte.

Die FAZ konstatierte am 23. April 1994 genüßlich, daß ein „Tabu des Vergangenheitserbes gebrochen“ worden sei, was „Auswirkungen im ganzen westlichen Europa“ haben werde. Ein gewisser Herr Kohl, der gerade die Millionen Korruptionsgelder für den Machterhalt seiner Partei und seiner Kanzlerschaft einsammelte, lag zwei Monate später, als er Berlusconi zum Staatsbesuch empfing, ganz auf der Linie der „Zeitung für Deutschland“: Er bezeichnete die rechtsextreme Wende in Italien als einen „historischen Augenblick“, billigte die demagogischen Beteuerungen seines Gastes, daß dessen faschistische Koalitionspartner keine Faschisten seien und eine „saubere Weste“ hätten. Ja, er ernannte den Hitlerbewunderer sogar zu seinem Freund. Solche Positionen trugen dazu bei, Prognosen, wie sie die FAZ propagierte, in einen faschistischen Auftrieb, der am Beispiel der Haider-Partei in Österreich sichtbar wurde, umzuwandeln.

Die profaschistische Regierung Berlusconi wurde im Dezember 1994 durch machtvoll, vor allem von der Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC) initiierte und zusammen mit den Gewerkschaften organisierte Kampfkaktionen (Generalstreik, Massendemonstrationen, in Rom mit einer Million Teilnehmern) zu Fall gebracht. Zu den vorgezogenen Parlamentswahlen kam im Frühjahr 1996 dann gegen den profaschistischen „Pool“ eine Koalition der linken Mitte (vor allem aus Linksdemokraten, Grünen und Zentrumsparteien) zustande, die nach

Wahlabsprachen von der PRC unterstützt wurde. Diesem antifaschistischen Aktionsbündnis gelang es, die extreme Rechte an den Wahlurnen zu schlagen. Die Linksdemokraten wurden mit 21,1 % stärkste Partei.

Das linke Zentrum verfügte jedoch allein über keine regierungsfähige Mehrheit und war im Parlament auf die Unterstützung der PRC (8,6 % Wählerstimmen) angewiesen. Auf der Grundlage klarer Vereinbarungen, die sich auf eine Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen und entschiedene Maßnahmen gegen die faschistische Gefahr konzentrierten, unterstützte die PRC diese Regierung zunächst parlamentarisch, ohne in das Kabinett einzutreten. Die Lehren von 1994 wurden indes durch Rom bald in den Wind geschlagen, alle Vereinbarungen blieben unerfüllt. Die Regierung beugte sich den Forderungen des Industriellenverbandes Confindustria und setzte den Sozialabbau fort. Von einer linken Komponente und Schritten gegen die faschistische Gefahr war keine Rede mehr. Die Regierungsschere verschob sich immer weiter nach rechts. Gravierend war das Paktieren der Linksdemokratenführung mit den Lega-Rassisten und den AN-Faschisten, bis zur Unterhaltung offizieller Parteibeziehungen.

Als Interessenvertreter vor allem der Arbeiterklasse und der ärmsten Schichten des Volkes gab es für die PRC im Oktober 1998 nur noch den Ausweg, die parlamentarische Unterstützung für die Regierung aufzukündigen. Eine Handvoll von der DS beeinflusster Reformisten, bezeichnenderweise überwiegend Parlamentarier, die um jeden Preis mitregieren wollten, verließ daraufhin die PRC und gründete unter Führung Armando Cossutta eine sich „Partei der Kommunisten Italiens“ (PdCI) nennende Spalterorganisation, die in das Kabinett eintrat und sich 1999 auch an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien beteiligte.

Angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr wird erneut die anhaltende schwere Krise sichtbar, in welche die italienische Arbeiterbewegung durch die Zerschlagung der IKP und deren Mutation zur Linkspartei gestürzt wurde. Dieser Prozeß begann nicht erst, wie fälschlicherweise - und mit Vorliebe von der deutschen PDS - behauptet wird, im Ergebnis der Niederlage des Sozialismus in Europa, sondern setzte im Zusammenhang mit revisionistischen Entwicklungen in der KPdSU bereits in den 70er Jahren ein. Als Gorbatschow dann 1985 KPdSU-Generalsekretär geworden war, unterstützte er aktiv die reformistische Strömung in der IKP, die nun zur parteibeherrschenden wurde und bereits 1988 die Umwandlung der kommunistischen in eine sozialdemokratische Partei einleitete, was dann im Februar 1991 mehrheitlich beschlossen wurde.

In den folgenden Jahren schwor man nicht nur der gesamten IKP-Vergangenheit ab, sondern warf auch alles über Bord, was noch an revolutionäre Traditionen erinnerte. Auf ihrem jüngsten Parteitag im Januar 2000 verkündete die DS schließlich ihre „zweite Umwandlung“ in eine sozialliberale Partei der Mitte, zu deren Leitbildern nicht mal mehr ein Jospin gehört, dafür aber Bill Clinton, mit dessen Partei man sich in einer politischen Achse verbrüdern möchte. Übrigens ist Italiens DS-Führung in vieler Hinsicht das nachahmenswerte Vorbild für rechte Kräfte in der deutschen PDS-Spitze.

Eines der strategischen Ziele der DS besteht darin, die im Dezember 1991 gegründete PRC

(ca. 100 000 Mitglieder) durch Einführung des Mehrheitswahlrechts als Parlamentspartei zu eliminieren. Nachdem bisher alle derartigen Versuche gescheitert sind, hat sich die DS-Zentrale einen neuen Trick ausgedacht. Für ein erforderliches gemeinsames Wahlbündnis gegen die extreme Rechte stellte sie die Bedingung, die PRC müsse nach einem Wahlsieg in die Regierung eintreten.

Das Anerbieten scheint vordergründig vernünftig, stellt sich bei näherer Betrachtung aber als Manöver zur Ausschaltung der PRC als einziger linker Oppositionskraft heraus. Die Partei würde ihre kommunistische Identität verlieren und in die proimperialistische Regierungspolitik - einschließlich der Billigung künftiger Aggressionen - eingebunden. Die PRC wäre auch verpflichtet, ihre Mitglieder und Anhänger zur Wahl des derzeitigen zentrumskonservativen Ministerpräsidenten Amato, mit dem die DS als Spitzenkandidat antreten will, aufzurufen. Sie würde einem nur noch dem Namen nach existierenden linken Zentrum Stimmen verschaffen, aber den eigenen Anteil aufgrund des eintretenden Gesichtverlustes so reduzieren, daß sie als Wahlpartei möglicherweise von der Bühne verschwände.

Der mehrheitlich in der PRC vertretene Standpunkt besteht kurz gesagt darin, daß man mit rechter Politik die extreme Rechte nicht schlagen kann. Dazu bedürfte es der Absage an die bisherige Politik der Führung der Linksdemokraten und einer echten linken Alternative. Diese müsse mit allen Kräften, die zu diesem Leitmotiv ohne Verwässerung stehen - darunter vor allem mit der linken Opposition in der DS - entwickelt werden. Voraussichtlich im Oktober wird die PRC-Führung über die Haltung der Partei zu den Parlamentswahlen beraten und entscheiden. Es dürfte mehr als unwahrscheinlich sein, daß einige in der Minderheit Befindliche, die mit einer Beteiligung der PRC an einer Regierungskoalition zu derzeitigen Bedingungen liebäugeln, die Chance haben, sich durchzusetzen.

Gerhard Feldbauer

Marxismus-Leninismus in Afrika

Am 11. September 1984 wurde das erste Marx-Denkmal auf afrikanischem Boden in Addis Abeba feierlich eingeweiht. Daß es sich hierbei keineswegs nur um einen symbolischen Akt handeln sollte, unterstrich die Tatsache, daß am gleichen Tag Band I des „Kapitals“ in amharischer Sprache an die Repräsentanten der äthiopischen Parteiführung sowie an Vertreter anwesender Bruderparteien, darunter Erich Honecker, übergeben werden konnte. Damit war das Marx'sche Hauptwerk erstmals in eine afrikanische Sprache übersetzt worden. Schon vorher gab es Übertragungen von Schriften der Klassiker ins Amharische und Oromo, die gebräuchlichsten Sprachen Äthiopiens. Die Übersetzung des „Kapitals“ war zweifellos ein Höhepunkt der Marxismus-Leninismus-Verbreitung in Afrika, die auch dort schon früher, nach der Oktoberrevolution, begonnen hatte. Die Mehrzahl der marxistisch-leninistischen Parteien aber entstand auf dem Schwarzen Kontinent erst nach dem Zweiten Weltkrieg - in engem Zusammenhang mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und der Formierung nationaldemokratischer Befreiungsbewegungen. Dieser relativ späten Parteibildungsprozesse und die mit ihnen verbundene Aufnahmebereitschaft für den Marxismus-Leninismus hatten ihre Ursachen in der gewaltsamen kolonialen Eingliederung Afrikas zunächst in die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und später in die Kapitalkreisläufe des imperialistischen Weltsystems. Der „Jagd auf Schwarzhäute“ - dem Sklavenhandel in der idyllischen „Morgenröte des Kapitalismus“ - fielen schätzungsweise 100 Millionen Menschen zum Opfer. Ganze Landstriche wurden entvölkert. Ständige Kriege, auch zwischen den Stämmen, die Plünderung der Rohstoffe durch die fremden Räuber hatten verheerende Auswirkungen auf den gesamten Kontinent. Die neokolonialistische Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole, durch Weltbank und IWF hindern noch heute die afrikanischen Völker, sich von dieser Hinterlassenschaft zu befreien. Für die Bildung von marxistisch-leninistischen Parteien gab es noch andere historisch bedingte Schwierigkeiten - vor allem das Fehlen einer entwickelten einheimischen Arbeiterklasse in der Mehrzahl der Länder. Hinzu kommt: Der afrikanische Kontinent ist nicht einheitlich. In einer Grobgliederung sind der arabische Norden, die subsaharischen Gebiete, West- und Ostafrika sowie der Süden zu unterscheiden, wobei die Republik Südafrika (RSA) als moderner kapitalistischer Staat eine Sonderstellung einnimmt. Die meisten Länder weisen eine polyethnische Struktur auf. Daraus folgt, daß dort auch jeweils mehrere afrikanische Sprachen nebeneinander gesprochen werden. Linguisten unterscheiden 700 bis 1 000 Sprachen und Dialekte. Daß dadurch der Parteibildungsprozeß und die Verständigung innerhalb von Parteien erschwert sein kann, liegt auf der

Hand. Marxistisch-leninistische Literatur fand zunächst - ähnlich wie in Asien - über das Englische, das Französische und das Portugiesische Eingang, war nur einer dünnen Schicht in Europa ausgebildeter Intellektueller zugänglich. Eine weitere Minderheit stellten Schüler christlicher Missionsschulen und von den Kolonialmächten eingerichteter Colleges dar. Unvermeidlicherweise fand durch die europäischen Einflüsse ein „westlich interpretierter Marxismus“ Eingang in das afrikanische gesellschaftswissenschaftliche Denken. Er barg auch reformistische Ideen und knüpfte nicht immer an die Realitäten des Kontinents an. Um die Volksmassen zu erreichen, mußten die Werke der Klassiker in die am meisten gesprochenen afrikanischen Sprachen übersetzt werden - ein Prozeß, der bis heute (mit Ausnahme der RSA) nicht annähernd abgeschlossen werden konnte. In Betracht ziehen muß man auch den weitverbreiteten Analphabetismus. Im Norden Afrikas, wo in den einstigen französischen Kolonien des Maghreb (Marokko, Algerien und Tunesien) recht frühzeitig von der FKP beeinflusste Parteien entstanden waren, wurde dem Marxismus-Leninismus später ein „arabischer Sozialismus“ entgegengestellt. Seine Verfechter und Theoretiker akzeptierten das Ideengebäude von Marx und Lenin nicht als in sich geschlossene Weltanschauung, sondern lediglich als Methode zur Kritik einzelner Erscheinungen des Imperialismus, als politische Strategie zur Durchsetzung nationaler und sozialer Forderungen. Sein bedeutendster Vertreter war der Ägypter Gamal Abd al Nasser, dessen Ideologie eine die Massen mobilisierende Rolle gespielt hat. Sehr widersprüchlich ist die von Libyens Muammar al-Ghaddafi entwickelte „Dritte Universaltheorie“, die er Mitte der 70er Jahre in seinem „Grünen Buch“ veröffentlichte. Für eine aus Beduinestämmen hervorgegangene Gesellschaft erscheint sie dennoch als interessanter Versuch, einige Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus mit islamischen Moralauffassungen - unter strikter Abgrenzung vom Westen wie vom Kommunismus - zu verbinden. Im größten Teil Afrikas südlich der Sahara besitzen auch heute noch tribalistische Einflüsse (Stammesdenken) ein nicht zu unterschätzendes Gewicht. Nur allzu häufig verflechten sich hier traditionelle Vorstellungen mit marxistisch-leninistischen Begriffen, werden diese im althergebrachten Sinne interpretiert. Wenn archaische Überlieferungen, nach denen Häuptlinge und afrikanische Könige über göttliche Eigenschaften oder Zauberkräfte verfügen sollen, auf Partei- und Staatsführer übertragen werden, kann das zu gravierenden Abweichungen von Normen des Parteilebens führen. (Übrigens nicht nur in Afrika.) Dies war in der 1957 gegründeten Afrikanischen Unabhängigkeitspartei (PAI)

Senegals - der ersten marxistisch-leninistischen Partei im tropischen Afrika - der Fall. Als ihr Generalsekretär Diop göttliche Verehrung für sich in Anspruch nehmen wollte, mußte er abgelöst werden. Auch in Nigeria, wo ebenfalls recht früh eine kommunistische Partei entstand, gab es Stammesprobleme. Die bereits 1921 gegründete Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) gehörte ihrem politisch-ideologischen und theoretischen Niveau nach zu den bedeutendsten Formationen der Kommunistischen Internationale. Sie war schon damals mit KPen Europas, Asiens und Amerikas vergleichbar. Die Hauptwerke der Klassiker lagen in englisch fast vollständig vor, ein großer Teil wurde in Bantu-, Xhosa- und Zulu-Sprachen übersetzt. SACP-Parteiführer wie Joe Slovo, Theoretiker und Publizisten aus Südafrika haben zur Weiterentwicklung und Propagierung der Leninschen Theorie der nationalen Frage Herausragendes geleistet. Dazu gehört vor allem die These vom „Kolonialismus besonderen Typs“, nämlich innerhalb eines entwickelten imperialistischen Staates. Auch in der Auseinandersetzung mit antimarxistischen Strömungen des schwarzen Nationalismus gelangten afrikanische Theoretiker bezüglich der Dialektik von nationaler Befreiung und antikapitalistischem Klassenkampf zu neuen Erkenntnissen. Seit 1959 gab die SACP eine vierteljährlich erscheinende theoretische Zeitschrift „The African Communist“ als „Forum marxistisch-leninistischen Denkens auf dem afrikanischen Kontinent“ heraus. Sie wurde bis 1990 bei Interdruck in Leipzig hergestellt. In den sozialistischen Staaten, nicht zuletzt der DDR, wurden zehntausende afrikanische Studenten ausgebildet, wobei sie neben fachlichen Kenntnissen auch marxistisch-leninistisches Wissen erwarben. Das stärkte besonders solche historisch mit der Portugiesischen KP verbundene Befreiungsbewegungen wie Angolas MPLA und Mocambiques Frelimo, die sich eine Zeit lang als marxistisch-leninistische Parteien verstanden. Hervorzuheben ist besonders auch die solidarische Hilfe Cubas für linke afrikanische Kräfte. Ob das Marx-Monument in Addis Abeba heute noch steht, vermag ich nicht zu sagen. Aber die Übersetzung des „Kapitals“ ins Amharische läßt sich nicht mehr rückgängig machen und wird auch die finstere Zeit der Restauration überdauern.

Ulrich Huar

Leseempfehlung: Lenin: Über unsere Revolution. LW 33/462-465



Wachsende revolutionäre Kraft in Indonesien

Volksdemokraten im Aufwind

Budiman Sudjatmiko (30) ist der Präsident der Volksdemokratischen Partei Indonesiens (PRD). Die letzten vier Jahre hat er in den Gefängnissen des Diktators Suharto und seines Nachfolgers Habibie zubringen müssen. Sechs Monate nach seiner Befreiung führte ihn eine Reise nach Europa. Bei einem Aufenthalt in Belgien gewährte er der Zeitung „Solidaire“ ein Interview, dessen wichtigste Aussagen wir zusammenfassen.

Indonesien sei heute ein Land im Aufbruch. Man könne nicht leicht vorhersagen, wie sich die Ereignisse entwickeln würden. Der Weg zur bürgerlichen Demokratie, die dem Volk politische, soziale und ökonomische Vorteile eröffne, sei von Stagnation bedroht, das Übergangsstadium berge Ungewißheit und Instabilität, erklärte Budiman Sudjatmiko. Die ökonomische Krise habe enorme Ausmaße angenommen. Seit 1997 hätten 40 von 200 Millionen Indonesiern ihre Arbeit verloren. Heute lebten 80 Millionen Menschen unterhalb der Armutsschwelle.

Die derzeitigen Bedingungen begünstigten den Volkskampf. Die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte müßten ihn aber mit einer Vision erfüllen. Erstmals hätten in diesem Jahr zehntausend Werktätige an einer Maidemonstration teilgenommen. Die Organisationen der Arbeiter, der Bauern, der Studenten und anderer Jugendlicher wüchsen stürmisch an. Gegenwärtig vergehe kaum eine Woche ohne Parlamentsbesetzung durch kämpfende Teile der Bevölkerung. Eine Forderung bestehe auch darin, daß die Armee zum Verzicht auf ihr Eingreifen in Arbeitskonflikte gezwungen werden müsse. In den Dörfern besetzten landlose Bauern jene Flächen, die die Suharto-

Clique nach ihrem Staatsstreich in den 60er Jahren an sich gerissen hatte. Den Diktator und seine Komplizen vor Gericht zu stellen und abzuurteilen sei eine allgemeine Forderung. Der Massenkampf habe die Regierung gezwungen, Suharto unter Hausarrest zu stellen. Dessen Parteigänger täten aber alles, um das derzeitige Regime zu destabilisieren. Auf die Frage von „Solidaire“, wie die jetzige Regierung einzuschätzen sei, antwortete Sudjatmiko mit einem Rückblick: 1965 habe Suharto seine „Neue Ordnung“ installiert. Er sei ein Willensvollstrecker der imperialistischen Mächte bei der Zerschlagung der revolutionären Volksbewegung und bei der physischen Ausrottung hundertausender indonesischer Kommunisten oder mit ihnen sympathisierender Armbauern gewesen. Der Westen habe in ihm die beste Garantie gegen die „kommunistische Bedrohung“ gesehen. Unter diesem Schirm sei der Suharto-Clan dazu in der Lage gewesen, sich ungeheure Reichtümer - einen großen Teil des Nationalvermögens - an sich zu reißen. Zugleich habe Suharto, der im Mai 1998 zum Rücktritt gezwungen wurde, als Schutzpatron ausländischer Monopolinteressen gedient. Nach dem kurzen Zwischenspiel des in der BRD ausgebildeten Suharto-Vizepräsidenten Habibie sei aus den Wahlen des Vorjahres Abdurrahman Wahid als Sieger hervorgegangen - ein vom ländlichen Kleinbürgertum unterstützter Moslem. Auch er habe dem auf die Forderungen des Internationalen Währungsfonds reagiert. Die ausländische Vorherrschaft sei noch mehr ausgeweitet worden. Budiman Sudjatmiko berichtete von der Gründung der Volksdemokratischen Union im Jahre 1994, die 1996 in eine Partei umgewandelt

worden sei. Ihr gehörten Studenten, Arbeiter und Bauern an. Als das Suharto-Regime im Juli 1996 die populäre Tochter des früheren Staatspräsidenten Sukarno, Megawati Sukarnoputri daran gehindert habe, die Führung der offiziellen Oppositionspartei PDI zu übernehmen, sei es zu schweren Zusammenstößen gekommen. Das Regime habe mit harter Repression geantwortet. Nur eine Woche nach ihrer offiziellen Gründung sei die Volksdemokratische Partei (PRD) verboten worden. Man habe die gesamte Leitung inhaftiert. Er selbst sei wegen „Subversion“ zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die im Untergrund formierte neue Parteispitze habe man gekidnappt. Einige Genossen seien später freigekommen, andere wurden ermordet oder sind verschollen. Im März 1999 wurde die PRD von den Behörden zugelassen, aber erst im Dezember setzte man ihre Führer auf freien Fuß.

Auf die Frage von „Solidaire“, welcher Unterschied zwischen der PRD und der alten KP Indonesiens (PKI) bestehe, erwiderte Sudjatmiko: „Wir können uns nicht als Kommunisten oder Marxisten-Leninisten bezeichnen, denn deren Auffassungen sind in Indonesien noch immer gesetzlich verboten. Wir qualifizieren unsere Ideologie als revolutionär, demokratisch und sozialistisch. Aber wir sind für die Öffnung und wir akzeptieren frühere Mitglieder der PKI in unseren Reihen. Heute besitzt unsere Partei bereits Sektionen in 54 der 300 Kleinstädte Indonesiens.“ Für den Eintritt in die PRD gebe es strenge Bedingungen. Neue Genossen müßten vor ihrer Aufnahme einen Zyklus der Information und Bildung durchlaufen und Proben ihres Kampftums in Massenorganisationen ablegen. Die junge Partei habe noch enorme Schwierigkeiten, mit der stürmisch wachsenden Volksbewegung Schritt zu halten. „Aber das ist eine Herausforderung, die unseren Mut und unsere Hoffnungen stimuliert.“

K. St.

KP der Slowakei hielt ihren 4. Parteitag ab

Neues Programm beschlossen

Nach einigen Turbulenzen und dem Verrat früherer Funktionäre, die sich inzwischen als Führer bürgerlicher Parteien betätigen, hat sich in der Slowakei die Kommunistische Partei (KSS) neu formiert. Am 15. und 16. September hielt sie in der Landeshauptstadt Bratislava den 4. Kongreß (frühere Parteitage der KP der Slowakei wurden hierbei offenbar mitgerechnet) ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das neue KSS-Programm „Die künftige Entwicklung der Slowakischen Republik“. Im nächsten Jahr wird die KSS den 80. Jahrestag ihrer Gründung begehen. Dazu heißt es in der Einleitung des Dokuments: „Es ist eine Geschichte von Siegen und Niederlagen, von Wahrheit und Fehlern. Aber niemand kann leugnen, daß - unter der Führung der KSS - die Jahre des Aufbaus des Sozialismus zwischen Februar 1948 und dem Regimewechsel 1989 die stürmischste und erfolgreichste Periode in ihrer Geschichte waren.“

Zu dem Jahrzehnt seit dem Sturz des Sozialismus durch die Konterrevolution („Samtene Revolution“) wird bemerkt: „Die KSS stellt die Tatsache in Rechnung, daß die Bürger der

Slowakei nach zehn Jahren Regiertseins durch sämtliche derzeitigen Parlamentsparteien und Bewegungen die Erfahrung gesammelt haben, daß sie im November 1989 betrogen wurden. Die Zeit für eine kühne Präsentation der Partei ist gekommen.“

Die KSS sei davon überzeugt, daß kosmetische politische oder ökonomische Operationen nicht ausreichen, sondern daß es um einen Wechsel des politischen Systems gehe. Die Partei kämpfe für eine Gesellschaft, in der das Prinzip respektiert werde, daß aller Reichtum des Landes den Bürgern gehöre und daß jene die Werte besitzen müßten, die sie auch schufen. „Schlüsselunternehmen und Finanzinstitutionen sind Eigentum des Staates“, heißt es im Programm. Vorgenommene Privatisierungen müßten überprüft und durch Betrug erlangtes Volkseigentum zurückgegeben werden. Zugleich spricht sich das Dokument für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmer, besonders des Dienstleistungssektors, aus. Zur Wiederbelebung staatlicher und genossenschaftlicher Großproduktion in der Landwirtschaft sollten Subventionen für die Erzeugung von Hauptnahrungsgütern bereitgestellt werden.

Das Recht auf Arbeit wird als fundamentales Menschenrecht betrachtet - ebenso wie die unentgeltliche Ausbildung und Gesundheitsfürsorge. In ihrer Nationalitätenpolitik geht die KSS vom Prinzip der Gleichheit aus. Sie bekennt sich zur Völkerfreundschaft und tritt für eine Welt ohne Militärblöcke ein. Deshalb wendet sich die Partei entschieden gegen eine NATO-Mitgliedschaft des Landes.

Die slowakischen Kommunisten wollen sich für das schnellstmögliche Wiedererreichen des ökonomischen Niveaus, das vor 1989 bestand, einsetzen.

Während aus Bratislava optimistische und mobilisierende Signale kommen, verlor die slowakische Nation - nach dem Raub der tschechischen Škoda-Werke durch Volkswagen - nun ebenfalls ihr industrielles Flaggship: Die Ostslowakischen Eisen- und Stahlwerke (VSZ) in Kosice, die als Stolz der sozialistischen Slowakei gegolten hatten, wurden dem nordamerikanischen Konzern U. S. Steel ausgeliefert. Die Operation erfolgte durch ein von Clinton persönlich begrüßtes „Memorandum der Verständigung“ zwischen VSZ, wo der slowakische Staat nur noch einen Minderheitsanteil behält, und dem Stahlriesen aus Übersee. Die Abmachung liefert die lukrativsten Teilwerke des Unternehmens an die Amerikaner aus.

R. F., gestützt auf „Postmark Prague“

Unser Rußlandexperte äußert Bedenken ...

Viren beim „RotFuchs“?

Der „RotFuchs“ tritt für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in unserer Partei ein und hat sich bei seiner Verbreitung Verdienste erworben. Eben deswegen schätze ich diese Zeitung sehr und arbeite dort gern und ehrlichen Herzens mit. Dennoch gibt es nach meiner Ansicht Anzeichen, daß auch bei uns „Viren“ auftauchen könnten.

Nehmen wir folgende Fakten: In Nr. 27 (April 2000) erschien eine „Dokumentation“ über das Leben der Putin-Familie in der DDR. Sie war dem bürgerlichen „Russkij Berlin“ entnommen. Ich habe nicht verstanden, worin der Grund ihrer Veröffentlichung bestand.

In Nr. 30 (Juli 2000) folgte der Artikel des Genossen Karl-Eduard von Schnitzler „Putin allein auf der Treppe von Treptow“. Ich war verblüfft über die „Welle der Solidarität“, die diesem Staatsgast aus einem Rußland entgegen schlug, das fest in die Machtstrukturen der kriminellen mafiosen Kompradorenbourgeoisie eingebunden ist. Mich verwunderte, daß der Artikel aus der Feder eines Kommunisten stammte, vor dem ich - nicht zuletzt wegen seines ausgeprägten Klassenstandpunktes - große Achtung habe. Jetzt schrieb er recht wertneutral: „Ich weiß nicht, wer Putin ist und wohin er steuert ...“

In derselben Nummer des RF erschien ein Interview mit Armeegeneral a. D. Heinz Keßler unter der Überschrift „Moskau wiedererlebt“. Sind Genossen Keßler nicht die Heucheleien und Lügen derer, die selbst aktiv an der Zerstörung der Sowjetmacht, an der Schändung des Andenkens der Helden des Großen Vaterländischen Krieges usw. beteiligt waren, aufgefallen, wie sie bei den „Treffen, Begegnungen ...“ seitens offizieller russischer Gesprächspartner zum Ausdruck kamen? Was für „Menschen unterschiedlicher Herkunft“ äußerten sich denn „einhellig“ so positiv über Putin usw. usf.? Waren darunter auch Deine, meine, unsere kommunistischen Genossen, Genosse Keßler? Konntest Du als Kenner der russischen Sprache trotz aller Abschirmung nicht mit ihnen sprechen?

Natürlich frage ich mich auch: Wo bleibt bei diesen Veröffentlichungen die Verantwortung des Redakteurs unserer marxistisch-leninistischen Zeitung?

Eberhard Bock

P.S. Über die Demonstration und das Meeting, die am 9. Mai in Moskau stattfanden, berichtete damals die kommunistische Presse Rußlands. Obwohl die Ereignisse bereits um einige Monate zurückliegen, füge ich eine ihrer Reportagen zur Information bei. Inzwischen hat Präsident Putin - unmittelbar nach der Heiligsprechung der Zarenfamilie und weiterer 1000 Konterrevolutionäre durch die Russisch-Orthodoxe Kirche - übrigens den St. Georgs-Orden und das St. Georgs-Kreuz - die höchsten militärischen Tapferkeitsauszeichnungen des Zarismus - wiedereingeführt.

Aus dem Bericht der „Prawda Rossiji“ zur 55. Wiederkehr des „Tages des Sieges“ (Nr. 18/17.-23. Mai 2000): ... Jetzt zu den haupt-

sächlichsten Losungen. Ihre Themen wiederholten sich. Viele waren an den neuen Präsidenten gerichtet: „Putin! Das Volk erwartet, daß Du die Oligarchen wegstößt!“ „Putin, mach Schluß mit den Shows - befaße Dich mit Taten!“ „Der Putin-Erlaß über die Immunität Jelzins ist ungesetzlich!“ „Putin! Wenn Du Patriot bist, dann jag das Kreml-Gesindel zum Teufel!“ ...

Zwei Aktionen Putins haben schärfste Mißbilligung hervorgerufen: Die Ratifizierung von „Salt 2“ und „Korrekturen“ am Arbeitsgesetzbuch (Bestimmungen fast wie zur Zarenzeit - E. B.). Die Lösungen hierzu lauteten: „Salt 2 - einseitige Entwaffnung Rußlands!“ „Ratifizierung von Salt 2 - Verrat an Rußland!“ - Nieder mit den Deputierten von Duma und Föderationsrat!“ und auch das war zu lesen: „Nein zum Arbeitsgesetzbuch der Regierung und zum Kodex über den Boden!“ „Wir werden keinen Handel mit dem Boden Rußlands erlauben!“ „Hände weg von der Bauernerde!“ ...

Über die Bedeutung des Sieges, über jene Generation, die ihn errang, sprechen am besten die Worte Marschall Shukows. An sie erinnerte einer der Redner auf dem Meeting: „Der Mensch, der einst große Prüfungen durchlebt und gesiegt hat, wird sein ganzes Leben lang Kraft aus diesem Sieg schöpfen!“ Jedoch ist der Versuch offensichtlich, die Generation der Sieger, ja, auch das ganze Volk zu spalten. General G. M. Titow: „Die jetzige Macht hat das Volk geteilt. Zur ‘Parade’ auf dem Roten Platz haben sie und nicht wir die Leute ausgewählt ...“

„Aber das Bestreben, als einheitliche Familie der Völker zu leben, trifft auf wütenden Widerstand der regierenden Elite“ - das sind die Worte des Duma-Deputierten und Vorsitzenden der Bewegung „Zur Unterstützung von Armee und Flotte“, Viktor Iljuchin, auf dem Meeting. Der Redner fuhr fort: „Ich rufe Euch zur Wachsamkeit auf. Man darf nicht den Worten, sondern muß den konkreten Taten glauben. Aber die Hoffnungen auf radikale Kursänderung werden immer geringer!“ Wachsamkeit - das ist die Forderung des Augenblicks. Gründe dafür gibt es mehr als genug! Und der Vorsitzende der KPRF, G. A. Sjaganow, sagte dazu auf dem Meeting: „Ich bitte Euch, seid auf der Hut! Wenn dieses Programm (das der Regierung - E. B.) durchgeführt wird, bedeutet das den dritten „Plan Barbarossa“. Den ersten „Plan Barbarossa“ - Hitlers Absichten zur Unterjochung der Sowjetunion - hat unsere Armee begraben. Der zweite „Plan Barbarossa“, den die Geheimdienste des Auslands ausheckten, ist durch die Hand Jelzins und Gorbatschows realisiert worden: Das Land ist zerfallen, die Hälfte seiner Ökonomie vernichtet. Der dritte „Plan Barbarossa“ bedeutet die Demontage der Grundlagen, auf denen unser Staat beruht. Es beginnt die verantwortungsvollste Zeit der Nachkriegsgeschichte“ ...

Übersetzung: **Eberhard Bock**

Was steht hinter dem „Colombia-Plan“ des Pentagon?

Solidarität mit den FARC!

Am 30. August war Cartagena in Kolumbien der bestbewachte Ort auf dem amerikanischen Kontinent. 700 Geheimagenten des FBI und der sogenannten Drogenfahndungszentrale DEARiegelten die Stadt hermetisch ab, um USA-Präsident Bill Clintons Staatsbesuch - wie es hieß - „vor Anschlägen der kommunistischen Guerilla zu beschützen“. Ein großer Teil des Landes im Norden Lateinamerikas befindet sich nämlich unter der Kontrolle bewaffneter revolutionärer Volkskräfte. Vor allem die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und der ELN (Ejército de Liberación Nacional) sind hier zu erwähnen. Die FARC - der bewaffnete Arm der KP Kolumbiens - wurden 1964 gegründet, um die arme Landbevölkerung gegen den Terror der Großgrundbesitzerbanden und andere paramilitärische Kräfte der Reaktion zu verteidigen. Seit Jahrzehnten findet in Kolumbien ein Bürgerkrieg statt, bei dem die Armee im Bunde mit rechtsextremistischen Kommandos Härte und Brutalität demonstriert. Unter dem Vorwand, den ausgedehnten Drogenhandel - die etwa 30 Millionen Süchtigen in den USA - rund 8 % der Bevölkerung, erhalten ihren Nachschub nicht zuletzt von der kolumbianischen Rauschgiftmafia - zu zerschlagen, hat das Pentagon seine militärische Präsenz im Norden Südamerikas enorm verstärkt. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem „Colombia-Plan“ der USA um ein Programm zur Vernichtung der revolutionären Volkskräfte. Zu dessen Forcierung hielt sich Clinton in Cartagena auf.

Heute nimmt Kolumbien den dritten Rang unter den Beziehern nordamerikanischer Militärhilfe ein - nach Ägypten und Israel. Wie Alfonso Cano von der Leitung der FARC feststellte, steht sein Land jetzt im Mittelpunkt des Interesses der Vereinigten Staaten. Hunderte USA-Offiziere halten sich dort auf und kontrollieren die Kasernen der kolumbianischen Armee. Minister und Vizeminister der USA begnügen sich die Klinke in die Hand.

Der „Colombia-Plan“ sieht die Bereitstellung zusätzlicher Militärhilfe im Wert von 1,3 Milliarden Dollar vor. Anders ausgedrückt: Es geht um 60 weitere Kampfhubschrauber, die Aufstellung einer Sonderformation für Guerilla-Bekämpfung und die Lieferung chemischer Kampfstoffe. Erst unlängst haben USA-Kriegsschiffe an Flottenmanövern vor der Küste Kolumbiens teilgenommen.

Während die Regierung des Präsidenten Pastrana Friedensverhandlungen mit den FARC vorspiegelt, setzt sie in Wirklichkeit auf eine militärische Lösung. Washington hat Bogota erhebliche Handelsvorteile für den Fall in Aussicht gestellt, daß Pastrana „die Lage unter Kontrolle bringt“. Schon heute beträgt der USA-Anteil am kolumbianischen Export fast 50 %. Allein 1999 erhöhte er sich um mehr als ein Drittel.

Wie die „New York Times“ am 19. August feststellte, „setzen die Vereinigten Staaten die Finanzierung, Ausbildung und Unterstützung einer Armee fort, die Bürger in Massen ermordet und deren Operationen durch paramilitärische Gruppen der Rechten unterstützt werden“.

In der sich zuspitzenden Lage stehen wir deutschen Kommunisten fest an der Seite unserer Genossen der FARC, die gegen die Reaktion und deren Terror kämpfen. Solidarität mit der FARC! Nieder mit dem „Colombia-Plan!“

S. R.

Am Rande bemerkt

□ „Im Augenblick wird der Beweis erbracht, daß sich alles erfüllt, was Marx über Politik und Wirtschaft vorhergesagt hat.“ – meint **Hans-Christian Ströbele** (MdB der „Grünen“) laut ND vom 19. Juli 2000. Hier können wir ihm eigentlich nur zustimmen

□ „Die tiefe Überzeugung **Feliks Dzierzynskis** von der Wahrhaftigkeit des Marxismus-Leninismus und der Sieghaftigkeit der kommunistischen Ideen, seine unbeirrbar internationalistische Haltung, revolutionäre Leidenschaft und nie versiegende Energie, seine Entschlossenheit und Unversöhnlichkeit gegen die Feinde des Volkes und seine Liebe zu den arbeitenden Menschen sind uns Vorbild in unserer verantwortungsvollen Tätigkeit ... Wie er trachten wir danach, unser ganzes Leben in den Dienst der revolutionären Sache der Arbeiterklasse und in den Dienst am Volk zu stellen. Bleibender Maßstab für unsere gesamte Tätigkeit ist sein Ausspruch: „Tschekeist sein kann nur ein Mensch mit kühlem Kopf, heißem Herzen und sauberen Händen.““ Das schrieb Erich Mielke zum 100. Geburtstag Dzierzynskis am 11. September 1977.

Mehr über den ersten Vorsitzenden der Tscheka (und von ihm) findet man in
– Juri German: Schwert und Flamme. Erzählungen über Feliks Dzierzynski. Mit einer biographischen Studie über Dzierzynski („Welch ein Mensch! Welch ein Leben!“) von Friedrich Wolf. Verlag Blick nach Polen, Berlin 1952, 272 S.
– F. Dzierzynski: Ausgewählte Artikel und Reden. Dietz-Verlag, Berlin 1953, 384 S.
– Feliks Dzierzynski. Leben und Wirken in Bildern und Dokumenten. Progreß-Verlag, Moskau 1975, 128 S.
– Zofia Dzierzynska: Jahre großer Kämpfe. Militärverlag, Berlin 1977, 444 S.
– Feliks Dzierzynski. Biographie. Dietz-Verlag, Berlin 1980, 560 S.
– Werner Bauer: Der Schwur. Geschichten über Feliks Dzierzynski. Kinderbuchverlag, Berlin 1985, 160 S.

□ Anlässlich des Todes der Schriftstellerin **Ruth Werner** am 7. Juli möchte ich an zwei ihrer bedeutendsten Bücher erinnern und sie besonders auch den jüngeren RotFuchs-Lesern dringend empfehlen: „Olga Benario“ und „Sonjas Rapport“.

„... Der Entschluß, eine Genossin wie Olga Benario als zentrale Gestalt eines epischen Werkes zu wählen, stellt die Autorin vor schwierige Probleme. Wird es bei der Übereinstimmung zwischen einem realen ‚Helden‘ in der ethisch-gesellschaftlichen Bedeutung des Wortes mit dem literarischen ‚Helden‘ in seiner ästhetischen Bedeutung gelingen, diesen Helden interessant, dem Leser erreichbar, sein Leben nacherlebbar zu machen? So blieben denn auch einige kritische Stimmen nicht aus, die Olga als ‚zu heldenhaft‘ bezeichneten ...

Wie ist es dann aber möglich, daß gerade die Gestalt Olga Benarios in diesem Buch so außerordentlich lebendig wirkt, daß sie trotz der knappen Motivierung ihrer Grundentscheidung, trotz ihrer Wahl als zentrale Gestalt eines Romanes bisher Tausende von Menschen bewegt und erschüttert hat? Wie ist es zu erklären, daß in Dutzende von Stellungnahmen ganz selbstverständlich ein Vergleich mit dem eigenen Leben, dem eigenen Verhalten eingeflossen ist, daß Olga Benario zwar als Vorbild, aber nicht als Heilige oder Märtyrerin empfunden wird?

... Das ist die Entwicklung vom spontanen, stark emotionell beeinflussten Bekenntnis zur Arbeiterklasse zum bewußten, historisch notwendigen und theoretisch begründeten Handeln in ihrem Interesse.“

Marianne Schmidt in NDL 4/1967

„Sonjas Rapport: ein Stück Literatur, das ohne Erfindung auskommt – etwas scheinbar Unmögliches. Ein aufreizend stocknüchterer Bericht, eine Lebensübersicht von enervierender Zurückhaltung. Eine Rekonstruktion aus rekonstruierten Zetteln, eine Erzählkonstruktion mit Lücken, an denen man merkt: Hier hat ein Zettel Asche bleiben sollen und wird es

bleiben. Prosa, die von geheimsten und gefährlichsten Diensten spricht und zuweilen klingt wie Hausfrauenmotiv, Ansichtskartentext und Kindermund-Harmonie. Von Höhepunkten (was manchmal das selbiewie Abstrusist) wird eben in Rapportwendungen Meldung getan.

Das Herzbeben, das zu dieser Kunde von der Kundschafterin Sonja gehört, hat der Leser hinzuzugeben. Und daß Ruth Werner ihn dazu bewegt, halte ich für ein wirkliches Kunst-Stück.“

Hermann Kant in Sonntag 1/1978

Der Rapport Ruth Werners, die zwischen 1934 und 1939 in vier Ländern als Kundschafterin für die sowjetische Auslandsaufklärung gearbeitet hat, wurde von Bernhard Stephan 1981/82 für die DEFA verfilmt.

□ Am 1. Oktober begeht der Schriftsteller **Benno Pludra** seinen 75. Geburtstag. Pludra, Sohn eines Metallformers, ging 1942 zur Handelsmarine, war nach Kriegsende Neulehrer, besuchte 1947/48 die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) in Halle/Saale, schrieb erste Kurzgeschichten und Reportagen, studierte einige Semester Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte; 1950 Redakteur, dann Journalist, seit 1952 freischaffender Schriftsteller; 1964 Erich-Weinert-Medaille, 1966 Nationalpreis. Benno Pludra schrieb einmal: „Die Wahrheit, wissen wir, ist kompliziert ..., der Weg zur Erkenntnis ist schwer. Wir dienen keinem, wenn wir ein Stück davon lassen.“ – ein Motto, das man allen seinen Werken voranstellen könnte!



Illustration von Prof. Max Lingner aus „Ein Mädchen, fünf Jungen ...“ (1951)

Ein Grundanliegen seiner Bücher ist es, darzustellen, wie sich im Prozeß der sozialistischen Persönlichkeitsbildung Humanität und Gerechtigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen entwickeln: natürliche, oft humorvolle Dialoge, Handlungs- und Spannungsdichte, nicht zuletzt präzise Bildhaftigkeit und eine poetische Stimmung zeichnen Pludras Erzählwerk aus, das ihn als einen der wesentlichen Kinder- und Jugendbuchautoren der DDR ausweist. Nach dem erfolgreichen Kinderbuch „Sheriff Teddy“ (1956) schrieb Pludra das Szenarium für den gleichnamigen Kinderfilm (1957, Regie: H. Carow). „Lütt Matten und die weiße Muschel“ (1963, verfilmt 1964 von H. Zschoche) ist unzähligen Leserinnen und Lesern sicher unvergessen, ebenso wie „Die Reise nach Sundevit“ (1965; verfilmt 1966 von H. Carow). Weitere Werke u. a.: Ein Mädchen, fünf Jungen und sechs Traktoren (1951); Die Jungen von Zelt 13 (1952); Ein Sommertag macht keine Liebe (1961, verfilmt von H. Ballmann); Unser Schiff kommt von Kukkeia (1962); Tambari (1969); Wie ich nach Swanetien reisen wollte (1974); Insel der Schwäne (1980, verfilmt 1982 von H. Zschoche); Verkehrte Welt (1984); Windmühle, Windmühle, nimm uns mit! (1987).

Auf die Frage, wie es ihm nach dem Anschluß der DDR an die BRD beruflich gehe, antwortete Pludra 1994: „Ich habe wenig geschrieben, weil ich nicht wußte, was es noch sollte, nachdem unsere Bücher auf dem Müll gelandet waren. Inzwischen ging einiges weiter ..., ich frage mich aber seither, was wird in zwei, drei Jahren aus den gescheiten, lesewilligen Kindern geworden sein, in dieser Dinosaurierzeit?“ W. M.

Erich Köhler über den Charme des menschlichen Verstandes

Poesie ist Liedhaftigkeit des Tuns

Der Literat **Erich Köhler** aus der DKP-Gruppe Niederlausitz hielt die folgende leicht gekürzte Vorrede zur Lesung aus seinem Werk CREDO, zu der er im August eingeladen hatte.

Freunde und Genossen, ich muß Euch mit dieser Vorrede traktieren, denn hier handelt es sich nicht um Politik, nicht um Ökonomie oder Politikökonomie, auch nicht um Naturwissenschaft, sondern um das Höchste, was Menschengestirte hervorgebracht hat. Über den Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen wissen wir Bescheid, wie aber steht es um den Anteil der Poesie?

Eingewisser Johann Heinrich Merck (nachzuschlagen unter Sturm und Drang) sagte 1772 zu Goethe: „Deine unablenkbare Richtung ist es, die Wirklichkeit zu poetisieren; andere suchen, die Poesie zu verwirklichen, und das gibt nichts als dummes Zeug.“ Hatte dieser Goethe ein Schwein! Die Wirklichkeit des 18. Jahrhunderts kannte weder Gaskammern, Atombomben noch bakterielle und chemische Massenvernichtungsmittel, die demnach zu poetisieren gewesen wären.

Gut ein halbes Jahrhundert später stellte Karl Marx fest: „Die Menschheit hat schon längst den Traum von etwas, zu dem sie nur das Bewußtsein haben müßte, um ihn zu verwirklichen.“ Marx schrieb ferner: „Erst muß der Mensch essen, sich kleiden, ein Dach über dem Kopf haben, ehe er sich mit Kunst und Kultur befassen kann.“ Die Arithmetik dieses zwar fälschlich metaphysischen Nacheinandersetzt Poesie an das Ende einer mechanischen Wirkungskette. Die Menschen brauchten nicht erst Flugzeuge, um fliegen zu können, sondern am Anfang stand der Traum vom Fliegen, die Poesie. (...)

Ich habe die ergreifende Ansprache des Pastors Frielinghaus zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Rote Armee, gelesen. In dem Aufrahmen der Tore von Auschwitz und so vieler anderer Vernichtungslager durch sowjetische Panzer steckte eine geballte Ladung von Poesie als Menschheitsraum.

Poesie ist nicht Endglied einer metaphysisch-mechanistischen Wirkungskette, sondern deren bewegendes Integral. Der Rote Stern mußte erst aufgegangen, Menschheitsraum angeträumt werden, ehe die faschistische Barbarei bekämpft werden konnte. Poesie ist nicht geäußerte Befindlichkeit, sondern sittlicher Inhalt von Arbeit und Kampf.

Jene PDS- bzw. SPD-Ideologen, die Erwerbsarbeit als das Höchsterrungene hinstellen, verkleinern Arbeit zum Job ...

Arbeiter ruhn im Funzellicht
die Traufe im Genick
und Lippen, blau vor Kälte
entbieten, daß es gelte:
vier Jahr noch, und an dieser Statt
steht Gorod Sad
die Gartenstadt ...

Mit diesem „Lied vom Kusnetzestroj“ setzt Wladimir Majakowski eine ganz andere Art von Arbeit ins Licht, nach der Leninschen Poetik. Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes!

Poesie ist der Charme des menschlichen Verstandes. Kunstgattungen sind nur diverser Ausdruck desselben. Im Ausstüpfeln immer neuer Ausbeutungsmethoden, immer „effektiverer“ Massenvernichtungsmittel liegt, bei aller Intelligenz, kein Charme, sondern Bestialität.

Bloßer Erwerbstrieb, Arbeit ansich, ist so arm wie unverwirklichte Poesie. Verwirklichte Poesie gerinzt sofort zu krudem Alltag, der Poesie und Arbeit aufs Neue herausfordert.

Als die DDR untergegangen war, kamen die Vulgärmaterialisten und machten aus diesem Untergang ein Rechenexempel. Keiner von ihnen käme auf den Gedanken, daß Volk wie Führung die neue poetische Überhöhung über den kruden Alltag ausgegangen sein könnte.

Poesie ist Liedhaftigkeit des Tuns. Baraller Poesie werden auch die Besserwisser bis in ferne Zukunft keine gesamte deutsche sozialistische Republik herberechnen können.

Poesie hat, wie alle menschliche Erwägung, ihre Dekadenperioden. In der Wissenschaft zeigen sich diese als Hörigkeit der Forscher zu ihren Geldgebern. In der Poesie wird, wie bei Gottfried Benn, Schönheit in Verwesung und Fäulnis entdeckt, oder, wie bei Ernst Jünger, Größe in der Brutalität. Solche ästhetischen Leckereien überwinden den kruden Alltag in Perversion, im Genuß von Verfall und Rückentwicklung. Wehe, wenn solche Dekaden die Massen erfäßt!

Ohne Poesie findet Menschwerdung nicht statt.

Eine Meinung zur Post aus Essen

Der Brief des Vorsitzenden

Genosse Heinz Stehr hat an die Gruppe Nordost geschrieben. Es geht um den „RotFuchs“. Die Kritik ist harsch und in meinen Augen unseriös. Unseriös deshalb, weil die im Brief benannten Angriffspunkte nebelhaft und für den Leser nicht nachprüfbar sind. Es werden Artikel aufgezählt, ohne konkret zu erklären, was an ihnen in ihrer Gesamtaussage oder in Einzelheiten falsch ist. Im Wesentlichen geht es um folgende Beiträge:

1. „Notizen einer Delegierten“

Der Artikel stellt die Wiedergabe jener Einschätzung der Parteitage delegierten Annemarie Mühlefeldt dar, die sie - zum Teil in Anwesenheit von Heinz Stehr - auf Versammlungen der Bezirksorganisation und der Gruppe gegeben hat. Prinzipielle Einwände erhob dort niemand, auch nicht der Parteivorsitzende.

2. „Kernfrage: Bewertung der DDR“

Es handelt sich gewissermaßen um das Protokoll einer Gruppenversammlung mit Manfred Sohn. Abgesehen davon, daß mich die Berichte von Frank Mühlefeldt immer wieder begeistern, weil sie ein so lebendiges Bild vom Geschehen vermitteln, werden hier die Meinungen der Genossen zu wichtigen Problemen dargestellt. Der Beitrag entspricht auch einer früher geäußerten Forderung nach mehr Informationen aus dem Gruppenleben.

3. „Inbürgerlichen Pantoffeln zum Sozialismus?“

In diesem Artikel wendet sich der Autor Norbert Pauligk der überaus wichtigen Frage des Staates und seines Absterbens im Kommunismus zu und setzt sich mit von ihm als irrig nachgewiesenen Aussagen in den „Sozialismus-Vorstellungen“ der DKP auseinander. Er lehnt das darin enthaltene Zugeständnis eines programmatisch oder verfassungsmäßig verankerten Rechts auf organisierte Opposition gegen den Sozialismus zutreffend ab. Er schließt mit dem wichtigen und richtigen Hinweis, daß der Maßstab für die Rechtmäßigkeit der sozialistischen Revolution nicht die bürgerliche Demokratie sein kann.

Wer erwartet, daß sich Heinz Stehr mit diesen Themen befaßt, wartet vergebens. Stattdessen bemerkt er nur: „Einzelne Standpunkte, die sich kritisch zur DKP sehen, noch dazu von Rolf Vellay, nicht Mitglied der DKP, können die notwendige Publizierung der positiven Ergebnisse des Parteitages nicht ersetzen.“

Dazu erscheinen mir einige grundsätzliche Bemerkungen angebracht: Ergebnisse - gleich welcher Art - stehen am Ende einer Wertungskette, und von deren Realität hängt ihre Richtigkeit ab. Was auf keinen Fall ersetzt werden kann, ist die Wahrheit. Die Wahrheit aber ist z. B., daß Rolf Vellay Bergmann war und daß er politisches Geschehen als Arbeiter beurteilt. Kritisch, ja, und vielleicht auch nicht immer frei von Irrtümern, aber stets auf den Erfolg kommunistischer Politik bedacht. Und dieser Mann darf in einer DKP-Zeitung nicht sagen, wie der Parteitag auf ihn gewirkt hat?!

Als „Beweis“ für die „Schädlichkeit“ des „RotFuchs“ führt Heinz Stehr ins Feld, zwei von 40 Teilnehmern einer DKP-Veranstaltung in Schwerin hätten erklärt, „daß der ‘RotFuchs’ und der dort vertretene politische Inhalt für sie ein Grund wären, nicht in die DKP einzutreten“. Niemand in der Gruppe Nordost kennt die beiden und man erfährt auch vom Parteivorsitzenden nichts über die Art ihrer Vorbehalte. Angesichts

unserer historischen Erfahrungen stellt sich die Frage, ob eine solche Ablehnung unbedingt von Nachteil für die DKP, vor allem aber ein Grund zur Korrektur unserer prinzipiellen Auffassungen sein muß. Wenn es der DKP am notwendigen Mitgliederzuwachs mangelt, so dürften die Ursachen wohl weniger im „RotFuchs“ als vielmehr in der Verfassung zu suchen sein, in der sich die DKP befindet. Sie wurde von Gernot Bandur und Dr. Sigmar Eßbach in der Juni- sowie von Matthias Bublitz in der Juli-Ausgabe sehr deutlich beim Namen genannt.

Heinz Stehr empfiehlt der Gruppe, die Frage zu entscheiden, ob der „RotFuchs“ nicht von der DKP abzukoppeln sei, denn er wäre nach seiner Meinung „keine DKP-Kleinzeitung“. Ich gebe zu, unwissend zu sein. Ich weiß nicht, wann eine DKP-Zeitung klein ist und warum sie es sein soll. Für mich ist allein von Bedeutung, ob sie ihrem Charakter nach geeignet ist, sozialistisches Gedankengut zu befördern, begründeten Optimismus zu verbreiten, kurz, der Sache zu dienen. Ich bin mehr als die Hälfte meines Lebens politisch organisiert. Schon rechtzeitig haben mir meine Genossen beigebracht, mich auf das Wesentliche einer Sache zu konzentrieren, mich von Nebensächlichkeiten nicht ablenken zu lassen. Wesentlich am „RotFuchs“ ist, daß er marxistisch-leninistische Positionen vertritt, sich wichtigen tagespolitischen und historischen Prozessen zuwendet und so Bedürfnisse befriedigt, wie die große Zahl seiner ständigen Leser beweist. Er ist eine Zeitung, die Mut macht und nachweislich für etliche Genossen Anlaß war, sich der DKP anzuschließen. Den „RotFuchs“ von der DKP abzukoppeln würde für mich bedeuten: Mich als Mitglied der Gruppe Nordost und damit Träger der Zeitung, als Leser und als Mitautor von der DKP abzukoppeln. Vielleicht empfinden es andere ebenso. Ist eine solche Entwicklung gewollt? Dann wäre der Umgang der PDS mit Gerhard Branster zwar nicht gerade besser, aber auf jeden Fall ehrlicher gewesen.

Gerda Klabuhn



Lieber Genosse Klaus, ich schreibe im Namen unseres Zentralkomitees, um Dir, Bruni und allen anderen Genossen, die Ihr Euch so großzügig um Genossin Anna Pha bei ihrem kürzlichen Berlin-Aufenthalt gekümmert habt, unseren Dank auszusprechen. Anna hat dem Zentralkomitee über die Diskussionen mit Euch und anderen Genossen berichtet, was für uns eine wertvolle Hilfe war, die gegenwärtige Situation in Deutschland und Euren schweren Kampf besser zu verstehen. (...) Wir versuchen, einige Artikel aus Eurer Zeitung „RotFuchs“ (Red Fox) zu übersetzen und werden sie veröffentlichen, sobald die Texte vorliegen. Vielleicht könnt Ihr uns ja gelegentlich bei der Übersetzungsarbeit etwas behilflich sein. (...) Wir haben Euch auf die Übersee-Versand-Liste unserer Zeitung „The Guardian“ gesetzt. Die ersten Exemplare werden Euch in Kürze zugehen.

Wärmste Genossengrüße

Peter Symon, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Australiens, Sidney

Lieber Kurt, einen herzlichen Gruß aus Brüssel! Ich danke für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“ und speziell für die CD-ROM 1/2000. Die Zeitung ist wirklich interessant und kämpft mit all ihren Artikeln für eine prinzipielle Verteidigung des Marxismus-Leninismus. Der proletarische Internationalismus wird in Euren Berichten über den weltweiten Klassenkampf auf hervorragende Weise sichtbar. Daß das an der Spitze der DKP nicht beifällig betrachtet wird, ist schade, aber auch nicht verwunderlich, wenn grundsätzliche Analysepunkte unterschiedlich sind. (...)

Gertrud Bongaerts, Partei der Arbeit Belgiens, Brüssel

Aus dem Strafvollzug Brandenburg meine besten Grüße und meinen herzlichsten Dank für die Übersendung des „RotFuchs“. Eine interessante und zum Nachdenken anregende Zeitung. Die Suche nach einer Richtung, einem linken, zukunftsorientierten Parteiprogramm, die Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Gesellschaft sowie meine Lage im Strafvollzug zwingen einfach zur Beschäftigung mit den von Euch dargelegten Meinungen. Hinzu kommt die Ausgrenzung durch die PDS. Ihr Geschäftsführer Dietmar Bartsch hat erklärt: „Ich gehe davon aus, daß die LEUTE vor Gericht fair behandelt wurden.“ („Die Welt“ zitiert in „jungewelt“ 12/13.8.) In welchem Land lebt dieser Mensch? Recht und Gesetz der DDR werden mit Füßen getreten und „er“ spricht von fair! Wir sind nur noch LEUTE - ausgegrenzt! Ich muß mir also eine neue ideologische und parteiliche Heimat suchen. Vielleicht verhilft mir auch Eure Zeitung dazu.

Mit meinem Dank an Euch verbinde ich meine Grüße an die bekannten und unbekannten Genossinnen und Genossen der DKP für ihre solidarische Hilfe und Unterstützung. Ich bin nicht allein! Briefe, Aufmerksamkeiten, Besuche, gute Wünsche, all das stärkt Mut und Kraft. Ich beklage mich nicht über das Unrecht, es gibt keine Selbstmitleidung, ich kenne die Ursachen und kämpfe mit meinen Möglichkeiten dagegen an. Haltung, Ehre, Moral, Standhaftigkeit, auch meine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof und Eure Zeitung gehören dazu. Danke für Eure Solidarität. Zur Richtigstellung: Ich wurde zu drei Jahren Haft verurteilt.

Herzlichst

Euer „Brandenburger“ Obersta. D. Heinz Geschke, JVA Brandenburg

Meinen Freunden und Genossen kann ich nunmehr mitteilen, daß ich am 1. September 2000 - unter Aussetzung der Restfreiheitsstrafe auf Bewährung - aus der Haft entlassen worden bin. Reche ich die gesamte Zeit der Strafverfolgung, so sind mit dem Vorverfahren, der 82 Tage während der Hauptverhandlung, der Revision und der Haft bis heute acht Jahre vergangen. Wir - meine liebe Frau und ich - haben diese Zeit trotz allem ungebrochen an Geist, Haltung und Einstellung überstanden.

So bleibt mir, zunächst auf diesem Wege allen ein vielfaches herzliches Danke zu sagen, die uns während des Prozesses und der Haft solidarisch begleitet haben. In Sonderheit danke ich den Genossen vom „RotFuchs“ für die stete Übersendung der Zeitung. Sie war mir in der Haftzeit nicht nur interessante Literatur, sondern auch ein Wahrheiten darstellender Begleiter! Dank Euch, den Autoren, den „Machern“.

Harald Ludwig, Berlin

Lieber „RotFuchs“, seit Mitte Juli haben mich meine Frau und die Freiheit wieder im Griff. Ich hatte mich zum Strafantritt selbst gestellt und kam daher in den Genuß des Offenen Vollzugs. (...) Das liest sich gut und sieht auch sehr human aus. Die Wirklichkeit war für mich etwas anders. (...) Ich lag auf einer Zelle mit zwei Betten und hatte während meiner Haftzeit die unterschiedlichsten „Mitbewohner“, darunter Betrüger und Mörder. Solche Menschen trifft man auf der Straße ja auch, man sieht nur den einzelnen Leuten ihre jeweiligen Neigungen nicht an.

Wohl tuend war für mich die Zusendung Eurer Zeitung und der Briefpost, mit der mir Eure Solidarität bekundet wurde. Meine Haftzeit ist mir auch dadurch erleichtert worden. Endlich ist sie vorbei und ich kann wieder beginnen, ein „Mensch“ zu werden. Vielen Dank für alles.

Hans-Werner Schaaf, Berlin

Wir danken dem Genossen Generalleutnant a. D. Harald Ludwig und dem früheren Tschekisten Hans-Werner Schaaf für ihre Verbundenheit mit dem „RotFuchs“ und wünschen ihnen nach der schweren Zeit Gesundheit, Kraft und Mut!

Dieser Tage habe ich den „RotFuchs“ zugestellt bekommen. Ehrlich, ich bin fast aus den Schuhen gekippt. Das ist Parteijournalismus nach meinem Gusto. Nicht, daß ich mit allem einverstanden wäre - aber doch zu 98 %. Das ist irre viel für einen Querkopf wie mich. Klar, daß ich den „RotFuchs“ abonnieren werde. In meinem Umkreis will ich auch mit dem Blatt tingeln gehen.

Heute ist der 75. Geburtstag von Mikis Theodorakis. Ich lese gerade seine Erinnerungen - aufwühlend - höre seine schöne Musik. Fehlt bloß noch eine Pulle griechischer Wein für ein Fest.

Bei Euch gibt es ja nichts zu feiern angesichts der Nazi-Umtriebe. Hier kommen die Roma immer wieder dran. Wird höchste Zeit, daß wir Linken einen Selbstschutz auf die Beine stellen.

Heinz Moll, Prag

Lieber Heinz Stehr, kennt man Dich nicht als ernsthaften Menschen und verantwortungsbewußten Kommunisten, könnte man meinen, Du machst schlechte Scherze und unüberlegte Ausgrenzungsversuche. Dein mir unverständliches Anliegen und möglicherweise auch das weiterer Genossen des Parteivorstandes, den „RotFuchs“ aus der DKP zu vertreiben, verschlägt nicht nur mir die Sprache. Allein der gesunde Menschenverstand läßt fragen: Was habt Ihr Euch dabei gedacht?

Das sind wir ein Häuflein weniger Tausend innerhalb eines über-80-Millionen-Volkes, doch dazu kommen als Sympathisanten, Verbündete, Interessierte und potentielle Mitglieder einige weitere tausend „RotFuchs“-Leser! Es ist doch wohl keine Frage, daß diese Zeitung konsequent antiimperialistische, marxistische und leninistische Positionen vertritt, daß der „RotFuchs“ die geschichtliche Wahrheit über die internationale und deutsche kommunistische Bewegung, über die Sowjetunion und die DDR schreibt. Steht es in Zweifel, daß er viele Genossen im weitesten Sinne erreicht, die oft nach Entwurzelung, Ratlosigkeit und Resignation ihre ideologische Identität und politische Aktivität wiederfinden?

Auf solche Autoren wie - stellvertretend für viele andere genannt - Kopf, Huar, Schnitzler, Florath, Steiniger, Majorow wollt Ihr für die DKP verzichten? Findet Ihr nicht selbst das Argument kleinlich und konstruiert, der „RotFuchs“ ginge nicht genügend auf die Parteibeschlüsse ein? Leistet er nicht hervorragende bildungspolitische Arbeit, die der DKP würdig und angemessen ist? Wieviele Publikationsorgane gibt es noch außerhalb der BRD-medialen Massenverblödung, die den Menschen klassenorientiert die Wahrheit sagen? Habt Ihr auch einmal bedacht, daß es historisch bedingte Unterschiede hinsichtlich Prioritäten und Kampf-formen politischer Arbeit zwischen den Kommunisten der früheren BRD und denen der DDR gibt? Weshalb könnt Ihr den „RotFuchs“ mit seiner Bildungsarbeit nicht gleichberechtigt und gleichschätzbar neben Euren bewährten Kampf-formen wie Gewerkschaftsarbeit, Flugblatttagation und Info-Ständen akzeptieren? Habt Ihr Zweifel an der politischen und ideologischen Kompetenz seiner Herausgeber und Mitarbeiter? Niemand ist im Besitz des Steines der Weisen, doch das politische Alphabet haben sie mit Sicherheit gelehrt!

Lieber Heinz, liebe andere Genossen des PV: Seid Euch bewußt, mit Eurer Ablehnung des „RotFuchs“ entfernen sich viele Genossen und Verbündete innerlich von der DKP. Und der gemeinsame Feind triumphiert ein weiteres Mal.

Dr. med. Regine Fischer, Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen des „RotFuchs“, wir Leipziger Kommunisten solidarisieren uns mit Eurer politischen richtigen Entscheidung, aus unserer gemeinsamen Verantwortung für die Stärkung und Festigung unserer Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage nicht aussteigen. Wir betrachten die „kritischen“ Anmerkungen des Genossen Heinz Stehr als völlig deplaziert. (...) Es kann nicht hoch genug bewertet werden, daß die Genossen von Berlin Nordost und ihr „RotFuchs“ mit klaren kommunistischen Positionen und auf beachtlichem

theoretischen Niveau einen Beitrag zur Diskussion über den 15. Parteitag und die noch offengebliebenen Fragen leisten. Das schließt natürlich eine kritische Haltung ein, sind doch Kritik und Selbstkritik ein Grundgesetz der Entwicklung unserer Partei. Genosse Stehr behauptet, der „RotFuchs“ und die dort vertretenen politischen Inhalte wären für manche ein Grund, nicht der DKP beizutreten. (...) Wir können nur feststellen, daß gerade der „RotFuchs“ eine große Zahl von Sympathisanten, darunter potentielle Mitglieder, um uns geschart hat.

Das Ansinnen von Heinz Stehr, die Gruppe Nordost und deren gewählte Leitung zu veranlassen, den „RotFuchs“ als Zeitung eines „Autorenkollektivs“ herauszugeben, schlägt dem Faß den Boden aus! Das diene nicht der Stärkung der DKP. Wir Leipziger Kommunisten empfinden und begreifen den „RotFuchs“ als wertvolle Anregung für unsere Parteiarbeit. Die August-Ausgabe vermittelt Positionen, die ohne Hast und Ungeduld in der ganzen Partei diskutiert werden sollten.

Nebenbei bemerkt: Die DKP Leipzig hat sich ohne konstruktive Mithilfe des Parteivorstandes selbst entwickelt.

DKP-Gruppe Leipzig

P. S. 50 DM „Futter“ für den „RotFuchs“ von Genossen unserer Gruppe.

Eine Bemerkung zum Brief von Heinz Stehr. Ich frage: Was soll man im „RotFuchs“ zum 15. Parteitag sagen, wenn die Mitglieder die wichtigsten Dokumente des Parteitags - Tätigkeitsbericht des PV, Rede des Parteivorsitzenden, überarbeitetes Dokument „DKP-Partei der Arbeiterklasse“ - nicht in der UZ lesen konnten? Die Öffentlichkeit wird ganz und gar im Unklaren über die Politik der DKP gehalten. (...) Mein

Meine Meinung zum Artikel von Bernhard Majorow: Nordost und „RotFuchs“ müssen sich mehr in die Partei „einmischen“, nicht von „außen“, sondern von „innen“. Die Potenzen des „RotFuchs“ müssen stärker in die Diskussion innerhalb der Partei eingebracht werden. Man sollte die UZ und die Marxistischen Blätter mit Artikeln „bombardieren“! Majorows Beitrag gibt viele wichtige Hinweise für unsere Arbeit, für unseren Standpunkt zur Politik des PV. Unsere stärksten Positionen habt Ihr in Nordost. Die Parteigruppe Teterow/Neubrandenburg steht fest an Eurer Seite.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Als ich den Brief von Heinz Stehr gelesen hatte, dachte ich: Das kann doch nicht wahr sein! Der „RotFuchs“ soll den Zugang möglicher Sympathisanten zur Politik der DKP erschweren? Mir ging es genau umgekehrt. Ich erfahre von einem Freund, dem alten Kommunisten Kurt Riemer, vom „RotFuchs“, bat um eine Ausgabe, wurde zum ständigen Leser und auf diesem Wege inzwischen zum Besucher der Versammlungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost. Vorher wußte ich nicht einmal, daß es die DKP in Berlin gibt! Heute sage ich: Wäre die ganze DKP so wie diese Gruppe und der „RotFuchs“, dann wäre ich längst aus der PDS, deren Mitglied ich noch bin, aus- und in die DKP eingetreten. Mich beeindruckt, daß hier die einfachen historischen Wahrheiten gelten: 1989/90 haben wir weder eine „Wende“ noch dann eine „Wiedervereinigung“ erlebt, sondern eine handfeste Konterrevolution mit anschließender Annexion der DDR durch die BRD. SED und DDR waren die bislang größten Errungenschaften in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zwar trotz negativer Seiten und begangener Fehler.

Wäre doch die ganze DKP von diesem Zuschnitt! Aber gibt es nicht bis in den Parteivorstand hinein Auffassungen, die die Allgemeingültigkeit des Leninismus in Frage stellen? Und eine recht „unterkühlte“ Bewertung der Errungenschaften der DDR? Das erinnert mich sehr an Positionen führender PDS-Vertreter.

Was wir brauchen - und da stimme ich mit Genossen Majorow (RF Nr. 31) voll überein - ist eine große, einheitliche Partei in Deutschland, die fest auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus steht. Und deshalb: Höchste Verwunderung über den Brief von Heinz Stehr! Höchstes Lob für den „RotFuchs“, der aktiv und wirksam dazu beiträgt, daß wir diese Partei - auch wenn der Weg dahin sicher noch weit ist - einmal haben werden! Auch viele ehrliche Genossen der PDS werden dabei sein.

Ernst Heinz, Berlin

Die August-Nummer war wieder einsame Spitze! Der einzige Wermuthstropfen ist der Brief von Heinz Stehr. Obwohl ich ihn mehrmals gelesen habe, fällt es mir schwer, die dort niedergelegten Gedanken zu begreifen. Sie sind in sich widersprüchlich.

Ich begrüße die Stellungnahme der Gruppe Nordost und stehe voll hinter ihr. Gleichwohl habe ich, angeregt durch eben diesen Brief, den „Anti-Dühring“ herbeigeht. Ich empfehle die Vorbemerkung zu lesen. Am 13. 6. 1874 schrieb W. Liebknecht an Engels bezüglich eines Artikels von Bebel über Dühring: „Dummheiten sind nicht zu vermeiden, werden aber stets, sobald erkannt, nach Möglichkeit rektifiziert.“

Wenn eine Zeitung einen beträchtlichen Beitrag zur Einheit der DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage leistet, dann ist es der „RotFuchs“. Und wenn Berlin günstige Chancen bietet, die DKP zu entwickeln, wie Heinz Stehr schreibt, - ja, wobei denn da der PV? Ersitzt nach wie vor in Essen und murmelt von dort aus: Macht mal!

Wie beweiskräftig ist der Brief der Genossin Petra Köhler aus der Niederlausitz, deren Gruppe mit dem „RotFuchs“ arbeitet. Es geht doch nicht darum, Raabes „Sperlingsgasse“ nachzunehmen, sondern revolutionäres Feuer zu entfachen.

Gretel Neumann, Dresden

(...) Der „RotFuchs“ ist für mich kein irgendwie gearteter Wurmfortsatz eines Zentralorgans. Er muß keine Beschlüsse von Parteigremien ausführlich dokumentieren und wiedergeben. In der Bandbreite seiner viele Themen behandelnden Artikel spiegelt sich ohnehin das Engagement für Ziele und Aufgaben der DKP wider. Daß er dabei nicht der SED-üblichen Art des Nachbetens seiner Partei-oberen folgt, ist nur zu begrüßen. (...) Der Untertitel des „RotFuchs“ lautet: Zeitung der Gruppe Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei. Im Klartext: Ein vielschichtiges Autorenkollektiv, dessen Mitglieder mehrheitlich der DKP angehören, bringt diese interessante und aufschlußreiche Periodika heraus. Nichts anderes. Das sollte gelehrt werden? Der „RotFuchs“ soll dokumentieren, daß er irgendwo im linken Nirvana schwebt und keine von der DKP herausgegebene Zeitung mehr ist? Eine merkwürdige, als Bitte verkleidete „Empfehlung“, die in mir böse Erinnerungen weckt. Der „RotFuchs“ sollte bleiben, was er ist, und auf „Empfehlungen“ nicht mit „Einsichten“ reagieren.

Wo ein DKP-Genosse ist, da ist seine Partei. Und nicht: seine Leitung!

Schade, ich bin der DKP und dem Engagement von Genossen, die ich persönlich kennenlernen konnte, mehr als verbunden. Deshalb auch so oft wie möglich meine bescheidenen Spenden. Aber Mitglied? Nicht in einer „Empfehlungspartei“. Den beiliegenden Obolus selbstverständlich für den „RotFuchs“.

Joachim Loeb, Berlin

Ich möchte hier über eine Diskussion im Koordinierungsrat der DKP Mecklenburg-Vorpommern berichten, die noch vor dem 15. Parteitag stattfand und an der Heinz Stehr als Gast teilnahm. U. a. wurde dort auch über den „RotFuchs“ gesprochen. Bis auf den neuen Vorsitzenden von Schwerin stellten sich alle anwesenden Gruppenvertreter geschlossen hinter die Zeitung und verteidigten sie. Als sich der Schweriner Genosse negativ äußerte, wurde er von den anderen gefragt, was er an welchen Artikeln auszusetzen hätte. Er wußte daraufhin keine Antwort. Der Rostocker Vertreter sagte ihm auf den Kopf zu: „Wir haben den Eindruck - Du liest den „RotFuchs“ gar nicht, Du kennst ihn überhaupt nicht“. Der Schweriner Genosse mußte das kleinlaut bestätigen. Warum hält Heinz Stehr diesen Ablauf des Gesprächs in Teterow nicht für erwähnenswert, wenn er die angeblich ablehnende Reaktion auf den „RotFuchs“ am Schweriner Beispiel ins Feld führt?

Wolfgang Nicolas, DKP-Gruppe Greifswald-Stralsund

Mit seinem Brief an den Vorstand der DKP-Gruppe Berlin Nordost zeigt Heinz Stehr nur, wie sehr er sich darüber im Unklaren ist, daß viele Genossen im Osten Deutschlands eine andere Meinung zum „RotFuchs“ haben als er. Genossen der Brandenburger DKP haben auf einer Beratung zur Vorbereitung des 15. Parteitags im Beisein des Genossen Heinz Stehr unterstrichen, daß die DKP-Zeitung „RotFuchs“ bei ihnen hohe Anerkennung findet.

Das aber wird vom Parteivorsitzenden nach wie vor ignoriert. (...) Wenn sich Autoren im „RotFuchs“ zu Wort melden und kritisch die Politik der DKP bewerten, so dient das nach meinem Demokratieverständnis der Stärkung der Partei.

Macht weiter so, liebe Genossen der Redaktion des „RotFuchs“!

Hans Kopistecki, Frankfurt-Oder

Der Essener Brief trifft mich nach den bisherigen massiven Angriffen auf den „RotFuchs“ und die DKP-Gruppe Nordost nicht unerwartet. Überraschend ist nur, daß Genosse H. Stehr negative Äußerungen zweier Erfolgsleute Helmut Holters über den „RotFuchs“ als „repräsentative öffentliche Meinung“ wertet und sie den in unzähligen Leserbriefen zum Ausdruck gebrachten positiven Aussagen entgegenstellt. (...)

Die Stärke einer kommunistischen Partei besteht in ihrer ideologischen Einheit, in der Einheit ihrer marxistisch-leninistischen (kommunistischen) Weltanschauung sowie in ihrer organisatorischen Einheit. Diesen Aspekt scheint der PV als minderrangig zu bewerten, sieht er doch die „Stärkung der Partei“ nur in der erhöhten Mitgliederzahl. Wer sich der DKP anschließt, muß aber die Gewißheit haben, einer kommunistischen Partei beizutreten, die sich in ihrer Zielsetzung und ihren politisch-ideologischen Positionen grundsätzlich von der revisionistischen PDS unterscheidet. (...)

Die Stärke einer kommunistischen Partei liegt nicht vorrangig in der Anzahl ihrer Mitglieder. Die SED hatte über zwei Millionen. Und heute müssen wir rückschauend feststellen, wieviele Karrieristen, Revisionisten, Mitläufer usw. sich in ihr gesammelt hatten und wie viele unsere Partei in ihrer schwersten Zeit verlassen haben, übergelaufen, in der Ausbeutergesellschaft „angekommen“ und sogar zu Klassegegnern geworden sind.

Dr. sc. Sigmar Eßbach, Berlin

Lieber Genosse Heinz Stehr, ich melde mich bei Dir wegen einer Zeitung. Es geht um Deinen Brief zum „RotFuchs“. Ich will hiernicht auf Wertungen eingehen, sondern erneut dazu auffordern, den schädlichen Streit zwischen Essen und Berlin Nordost konstruktiv zu beenden.

Die Kommunisten in der DDR sind froh, daß es dieses Blättchen gibt. Deshalb ist schon Dein Gedanke einer „Privatisierung“ nicht zu akzeptieren. So etwas würde unweigerlich zur Spaltung innerhalb der Partei und vor allem zur Abspaltung der Mitglieder im Osten führen. Das will keiner, weil das auch keiner vor der kommunistischen Bewegung, die nun gerade nicht besonders stark ist, verantworten kann. (...)

Dr. Gerhard Niebling, Groß Dölln

Ich hatte schon viel Gutes über den „RotFuchs“ gehört. Jetzt bekam ich ihn in Gestalt der Ausgaben vom Juni und Juli 2000 erstmals zu lesen. Die Lektüre hat meine Erwartungen noch übertroffen. Ich möchte künftig regelmäßig den „RotFuchs“ beziehen und füge erst einmal einen Scheck über 200 DM bei.

RA Wilhelm Rettler, Lutherstadt Wittenberg

Feindbilder sind nach wie vor aktuell. Deshalb muß man Klaus Steiniger (RF 31) unbedingt zustimmen. In der Klassenauseinandersetzung ist das Feindbild unentbehrlich. Es kennzeichnet die strategische Hauptstoßrichtung. Allerdings, so meine ich, bedarf diese einer genaueren Bestimmung, als das in dem Artikel geschehen ist. M. E. ist nicht das Kapital schlechthin der Feind, sondern eine Fraktion von ihm; nämlich das Finanz- und Monopolkapital, und zwar der reaktionärste, am meisten chauvinistische, am meisten imperialistische Teil. Von dort her wird die Öffentlichkeit auch mit faschistischer Ideologie in all ihren Facetten belegt, werden die politischen Aktivitäten gesteuert. (...)

Bekanntlich ist der Kampf gegen diese imperialistische Fraktion eine uralte kommunistische Strategie-Orientierung; er ist zugleich eine wesentliche Forderung des Potsdamer Abkommens von 1945. Mit der antifaschistischen, antiimperialistischen Revolution in SBZ und DDR wurde sie erfüllt - eine historische einmalige Leistung im Nachkriegsdeutschland.

Das zu bedenken täte auch Heinz Stehr gut. Dann können

ten erhebliche Fehler in der strategischen Orientierung der DKP überwunden werden. Nebenbei, wenn es Leute gibt, die sich von der DKP wegen des „RotFuchs“ fernhalten, ist nichts verloren. Eher schon, wenn wegen des Opportunismus in Teilen der Politik der DKP-Vorstandes Kommunisten vom Eintritt in die Partei abgehalten werden.

Dr. Hans Schröter, Kelbra

Die Themen, die im „RotFuchs“ behandelt werden, entsprechen den Wünschen vieler Genossen in Ost und West. Sehr froh war ich auch über den Abdruck des Briefes von Erich Honecker. Hier erfuhr man seinen Standpunkt nach der Kontenrevolution vor fast elf Jahren und seine Gedanken zur Zukunft, auch wenn er selbst nicht mehr lebt. Es ist ein klares Vermächtnis. (...)

Über die Einschätzung des „RotFuchs“ durch Genossen Heinz Stehr, den ich bei der Veranstaltung in Zwickau persönlich erlebt habe, bin ich enttäuscht. Denn neben der UZ trägt der „RotFuchs“ dazu bei, daß immer mehr Menschen - nicht zuletzt Mitglieder der PDS - die Politik der DKP begreifen. Zugleich hilft er uns in der PDS, viele Probleme zu klären. Also macht weiter so, Genossen vom „RotFuchs“! Und, Lieber Heinz Stehr, sei ein wenig stolz auf Deine DKP-Genossen aus Nordost! Sie leisten nämlich einen guten Beitrag für die Zusammenarbeit aller Kommunisten aus DKP und PDS. Anbei ein kleiner Obolus.

Günter Bauch, Fraureuth

(...) Die monatliche Lektüre des „RotFuchs“ ist bisher immer ein Gewinn für mich gewesen. Auch wenn ich bei einzelnen Beiträgen die Ansichten der jeweiligen Autoren nicht uneingeschränkt teilen konnte, so half mir der „RotFuchs“ jedoch immer, meinen Blick zu schärfen und über den sprichwörtlichen Tellerrand zu heben. Sehr oft hab ich mich mit Euren Artikeln angeregt, Ereignisse, Prozesse und Personen kritisch zu hinterfragen und mich bei unseren Klassikern wieder neu zu belesen.

Manche in unserem Land (und offensichtlich auch in unserer DKP) scheinen mit dem „RotFuchs“ nicht viel im Sinn zu haben. Ja, sie meiden und verteufeln ihn gar wie seinen Namensvetter aus dem Tierreich, wohl weil sie fürchten, sich mit Tollwut oder gar Schlimmerem zu infizieren ... (?)

Mal im Ernst: Jawohl, der „RotFuchs“ ist etwas Besonderes unter den Zeitungen der DKP und im Spektrum der linken Presse generell. Und das ist gut so! Eine solche Zeitung wird gebraucht und steht der DKP m. E. auch in Zukunft bestens zu Gesicht. Man kann zu einzelnen Veröffentlichungen stehen, wie man will - keinesfalls muß sich die Partei eines solchen Blattes schämen. Anbei eine Kleinigkeit für Reinickes Futternapf.

Michael Forbrig, Strausberg

(...) Die Nazis marschieren. Und was geschieht bei uns? Heinz Stehr hat nichts Wichtigeres zu tun, als Krieg gegen den „RotFuchs“ zu führen! Dieser vertrete nicht die Standpunkte der DKP, weiß er ihm vorzuwerfen. Von seiner hohen Warte hat er aus dem fernen Essen mit Späherblick entdeckt, daß der „RotFuchs“ nicht auf die Interessen der Berliner Bürger eingeht, die danach lechzen, allein über die Beschlüsse des 15. Parteitag der DKP in Kenntnis gesetzt zu werden. (...) Heinz Stehr sollte sich mit der Tatsache abfinden, daß eine Zeitung zuerst die Interessen ihrer Leser wahrzunehmen hat, vorallem dann, wenn sie nicht nur von deren Spenden, sondern auch von deren Zuschriften und Artikeln lebt. Und wies da und den „RotFuchs“ bestellt ist, läßt sich leicht an einem Vergleich mit der UZ ablesen. Es wäre wirklich verdienstvoll, wenn man endlich von solchen albernem Angriffen ab- und den „RotFuchs“ in Ruhe lassen würde. Es gibt andere Prioritäten. Bei uns marschieren nämlich wieder die Nazis. Und es gab einmal Zeiten in diesem Landesteil, da wäre das undenkbar gewesen. (...)

Rolf Bullerjahn, Berlin

Endlich habe ich Euch im Internet gefunden. Ich möchte den „RotFuchs“ bestellen.

Roland Skarupke, Wassenberg/Birgelen

E-Mail vom 9. August 2000: Hi! Habe den „RotFuchs“ online angesehen. Besonders die Auseinandersetzung mit dem Fülberth-Auftritt im ND war Klasse! Deshalb möchte ich ihn (den „RotFuchs“ - nicht den Fülberth) gern abonnieren.

E-Mail vom 19. August 2000: Hallo! Heute habe ich den „RotFuchs“ Nr. 31 erhalten. Voll coole Zeitung. Mein online-Eindruck hat mich also nicht getäuscht. Alle Achtung! Und schickt mir doch bitte die CD-ROM mit allen Ausgaben.

Iris Rudolph, Berlin

Wir - mein Mann und ich - haben den „RotFuchs“ im Ferienheim Heidcruh gelesen und möchten ihn gerne bestellen. Anbei 50 DM. Übrigens: Im Juli-RF fand ich die Kritik an Prof. Georg Fülberth nicht gut. Man sollte vor allem die Parteien nicht durcheinanderbringen, was N. Paulig leider getan hat. Prof. G. Fülberth ist doch in der PDS! Wir sollten uns die Köpfe nicht gegenseitig einschlagen, wenn wir das gleiche meinen. (...)

Marianne Schreiber, Chemnitz

(...) In dieser Phase neue Orientierung zu gewinnen - dazu ist Euer Beitrag innerhalb der Partei unverzichtbar. Bringt Euch ein und versucht, Mehrheiten dafür zu finden. Jedoch gilt auch der Widerspruch zu Eurer Position, der ebenso legitim ist. Damit ist nicht der Beliebigkeit das Wort geredet. Der Diskurs bleibt, wie H. H. Holz sagt, an der Wahrheit orientiert.

Ihr kritisiert Fülberth. Auch ich fand einige Positionen von ihm so dahingsagt. Finde es aber gut, wenn er sich diese Freiheit nimmt. Die persönliche Freiheit, insbesondere auch die Freiheit, seine Meinung zu äußern, bleibt ein unverzichtbares Individualrecht. Wir sind da anders geprägt, wenn Ihr es so nennen wollt, bürgerlich. Wie sollte das auch anders sein? Wir sind bequem geworden, genießen in kritischer Distanz unseren Wohlstand, sind kaum noch bereit, für unsere Überzeugung, „leiden“ zu wollen. All dies müßt Ihr in Eurer Kritik mit berücksichtigen. Denn selbst wenn Ihr recht haben solltet, nutzt Euch dies nichts, wenn Ihr Euch isoliert. Wir müssen in unserer Partei dahin kommen, daß die Solidarität, von der wir reden, erlebbar ist. (...) Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“ vom Juli 2000. Auf unserem Gruppenabend habe ich die Zeitung rumgehen lassen. Folgende drei Genossen bitten ebenfalls darum, sie ihnen regelmäßig zuzusenden ...

Anbei einen Unkostenbeitrag von 50 DM.

Reiner Engels, Wermelskirchen

Für mich als ständigen Leser und einige Mit-Leser ist der „RotFuchs“ immer eine Ermutigung und Hoffnung, daß sich einst unsere Anstrengungen für eine bessere Welt nicht als vergebens erweisen. (...)

Heute wollte ich auffallendes aufmerksam machen: In der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 stand der bezeichnende Satz: „... hat das Deutsche Volk ... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz ... beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.“ Die darin enthaltene Alleinvertretungsannahme wurde seit dem Staatsprogramm und bestimmten das Handeln der aufeinanderfolgenden BRD-Regierungen. Da es unlogisch gewesen wäre, diesen Prozeß dem Zufall zu überlassen, wurden mit dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, einem sogenannten Forschungsbeirat und einem Kabinettsausschuß für „innerdeutsche Beziehungen“ - neben den Geheimdiensten - Organe geschaffen, die frühzeitig theoretische Grundlagen für eine Einverleibung der DDR lieferten. Das 1990 dann „Einigungsvertrag“ genannte Paket hat also bereits weitestgehend vorgelegen, als die Herren Schäuble und Krause mit ihren „Verhandlungen“ begannen. So waren die Parlamentarier der letzten Volkskammer der DDR durch das vorgelegte Tempo überfordert. (...)

Insofern ist Dr. Norbert Paulig („Heiße Luft und kaltes Kalkül“/August-„RotFuchs“) recht zu geben, daß der Ablauf der Kontenrevolution geradezu lehrbuchhaft war. Allerdings möchte ich dem Autor in einer Frage widersprechen: Der erste Schritt bestand darin, die bewaffneten Organe Stück für Stück (Entwaffnung der Kampfgruppen, Auflösung des MfS usw.) zu schwächen und zu beseitigen. Das geschah lange bevor die DM kam.

Mir scheint, als hätte „man“ Lenin aufmerksamer studiert als so mancher Professor an der ehemaligen Hochschule für Ökonomie der DDR.

Alfred Kutschke, Berlin

Klaus Steinigers Leitartikel im August-RF hat ins Schwarze getroffen. Das ist die klare, deutliche Sprache, die so aber leider nur der „RotFuchs“ spricht. Was begründet denn

seine Popularität? Er nennt die Dinge beim Namen, er erreicht die Köpfe und Herzen vor allem derer, die in der DDR gelebt und gekämpft, die sie verteidigt haben. Die Leserspielen: Hier werden die Lehren der Klassikerschöpfung umgesetzt. (...)

Völlige Übereinstimmung auch mit Bernhard Majorows Beitrag „Kommunisten gehören zusammen“. Sein Zitat aus den Mannheimer Thesen zur Programmatik der Orientierung bringt die Dinge auf den Punkt: „... Unser Ziel ist, daß sich alle Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland in einer kommunistischen Partei zusammenfinden.“

Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

Ich frage mich nach den eigentlichen Gründen der „breitgefächerten“ (ist sie das wirklich?) Kampagne gegen rechts, die so plötzlich „einlöst“, was wir seit endlosen Zeiten fordern (wirklich einlöst?).

Die offizielle Antirechtskampagne hat wenig mit den Geschundenen und Bedrohten zu tun, denn deren Verfolgung läuft ja seit über langer Zeit. Nein, das steht eher mit dem sich zaghaft durchsetzenden Realitätsinn in der Welt im Zusammenhang. Da der „Ruf“ in Gefahr ist, muß Reklame für den Standort Deutschland gemacht werden. Das Gesicht zeigen, heißt auf einmal die Parole. Billiges Kassengeklapper!

Was uns betrifft: Ich habe mein Gesicht schon immer gezeigt, ohne damit Reklamazeile zu verfolgen.

Ursula Siegmayer, Pforzheim

Nun scheint sie aufzugehen, die Drachensaat der allseitigen Delegitimierung der DDR. Da war von verordnetem Antifaschismus statt von staatlich gestütztem Antifaschismus die Rede. Hat denn niemand wahrhaben wollen, daß damit der Antinazismus delegitimiert wurde? Da wird mit Recht auf Repressionen gegen Unschuldige in den Speziallagern (die übrigens in Kreuznach und anderen westdeutschen Städten ebenso existierten) der Sowjetunion nach 1945 in Ostdeutschland verwiesen. Aber waren da nicht auch sehr viele Schuldige eingesperrt? Hat sich da nicht mancher Altnazi, besonders im Osten, nach der „Wende“ als Stalinismusopfer zu präsentieren versucht? Wen wundert es, daß die Opportunisten in Ostdeutschland stärker rechtsradikale Umräume tolerieren? Hat die Eliminierung der ostdeutschen Elite nicht auch manch ehrlich erworbene Autorität des linken Spektrums ins Abseits gedrängt?

Da verbreitet ein Hallenser Historiker Werner Maser (ein Westimport), von den Medien voluminös zitiert, die schwachsinnige These vom Präventivkrieg Deutschlands 1941 gegen die Sowjetunion. Man kann jedoch schon bei Erich von Manstein („Verlorene Siege“, Athenäum-Verlag Bonn 1955, S. 179) nachlesen: „Andererseits sprach am 22. Juni die Gliederung der sowjetischen Kräfte nicht für unmittelbare Angriffsabsichten.“ „Selbst ein so verbesserter deutscher Militär kann um diesen Fakt nicht herumkommen. Aber unsere ostdeutschen Historiker-Experten (man verzeihe mir als Naturwissenschaftler, wenn ich sie nicht alle nennen kann), z. B. Finker, Pätzold oder Weißbecker, werden lediglich noch vom ND wahrgenommen. Mit Recht vermerkt Zwerenz, daß die Dummschwätzer in den Talkshows gar nicht mal von Antifaschismus sprechen. Ein Ruck soll durchs Land gehen. Dann muß dieser Ruck allerdings bei den etablierten Parteien in glaubwürdiger Form zuallererst erkennbar werden. Und es muß deutlich mehr sein als kerzentragende Betroffenheit oder wortreiche Ausführungen. Man kommt nicht um die Tatsache herum, den antifaschistischen Charakter der DDR als Bestandteil der nationalen Geschichte zu akzeptieren.“

Dr. rer. nat. sc. E.-J. Langrock, Hoyerswerda

Der Artikel „Nüchterne Vergleiche“ von Rolf Vellay (Nr. 30) trifft den Nagel auf den Kopf. Die Frage des Wohin ist bei uns in Meck-Pom durch die PDS-Versöhler in der Landesregierung bereits entschieden worden. Dabei blieb vom Programm der mecklenburgischen PDS-Führung nicht viel übrig. Welche linken Aktivitäten zeichnen denn die mit der SPD verbundene hiesige PDS-Spitze aus? Die Enttäuschung unter den Bürgern ist groß. Der Anteil der PDS-Wähler dürfte wohl erheblich sinken. Jetzt müßten die Kommunisten in der PDS doch endlich dahinterkommen, Farbe bekennen und sich zur Wehr setzen. Ihr weiteres Verbleiben in der Partei macht sie in den Augen vieler Menschen unglaubwürdig. Denn eine Veränderung der

Politik der PDS-Zentrale ist nicht zu erwarten.

Anbei 50 DM Futter und 10 DM von drei weiteren Genossen, die um Zusendung des „RotFuchs“ bitten ...

Gerhard Griese, Rostock

Beim Sturz des „Honecker-Regimes“, auf den Gysi und Co. noch heute stolz sind, kam bekanntlich kein „demokratischer Sozialismus“, sondern Kapitalismus pur heraus. Noch dazu kolonialen Typs. Also sind die „Nüchternen Vergleiche“ Rolf Vellays im Juli-„RotFuchs“ bewiesen. Hier zitiert er den DKP-Funktionär Max Schäfer: „Der sogenannte demokratische Sozialismus ist nicht etwa eine Variante der sozialistischen Ideologie und steht auch nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Er ist vielmehr Bestandteil imperialistischer Ideologie und Politik.“ Das sollten wir uns aufgrund der historischen Realitäten gut merken.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

In der Nr. 30/Juli 2000/S. 11 ist unter der Überschrift „Nüchterne Vergleiche“ eingekürzter Leserbrief von Rolf Vellay aus der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) Nr. 255/56 vom Frühjahr 1994 abgedruckt, der - wie in der redaktionellen Einleitung ausdrücklich bemerkt wird - eine Antwort auf einen Leserbrief („Warum wir die PDS nicht bekämpfen sollten“) von Erika Wehling-Pangerl in der KAZ war. Leider bekommt der „RotFuchs“-Leser weder meine Stellungnahme vom März 1994 noch den Teil des Leserbriefs von Rolf Vellay zur Kenntnis, in dem er tatsächlich auf meine Argumente eingeht. So muß der Eindruck entstehen, daß ich damals Sympathien für kautskyanische und sonstige reformistische Positionen zum Ausdruck gebracht hätte. Das ist nicht der Fall. Ich habe mich in diesem Brief fast gar nicht zu inhaltlichen Positionen geäußert, z. B. nicht zum Begriff „demokratischer Sozialismus“. Ich möchte den „RotFuchs“-Lesern Gelegenheit geben, sich davon zu überzeugen, daß meine Position aus der Sicht eines westdeutschen Kommunisten ihre Berechtigung hat: die PDS nicht zu bekämpfen und zwar aus ganz anderen Gründen als wegen ihrer politischen Aussagen. Wer meine damalige Stellungnahme und die vollständige Antwort des von mir übrigens hochgeschätzten Rolf Vellay lesen möchte, kann diese Artikel von mir anfordern; ich vermag sie spätestens Ende September, Anfang Oktober jedem Interessierten zuzuschicken, Tel. 0 30 7 06 75 62, Fax 0 30 70 20 69 12.

Erika Wehling-Pangerl, Berlin

Von allen Artikeln der August-Ausgabe war ich aufs Neue gefesselt und habe den „RotFuchs“ - andere Zeitungen blieben nach der Rückkehr aus dem Urlaub zunächst ungelesen - in einem Zug durchgearbeitet. Ich danke Euch - auch im Namen meiner Frau - dafür, daß Ihr weitermacht und besonders auch für die Veröffentlichungen der Standpunkte des PV und von Nordost. Ich teile die Auffassung der Gruppe und sende - wie andere vor mir es längst formuliert haben - wieder etwas Futter fürs Füchlein.

Günter Buschow, Schwerin

Durch die UZ erfuh ich von Eurer Existenz. Da ich keine Redaktionsanschrift kannte und auch um zu sehen, ob die Anforderung überhaupt weitergeleitet würde, bestellte ich den „RotFuchs“ beim Parteivorstand der DKP in Essen. Dabei kann eine falsche Adresse heraus. Meine Anschrift lautet ... Ich bitte um Berichtigung, denn ich möchte den „RotFuchs“ gern weiterbekommen. Ihn zu lesen, bereitet mir große Freude. Die eindeutige Sprache, das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und dessen Anwendung in Einschätzungen und Standpunkten, die vorbehaltlose Verurteilung des Imperialismus und die Verteidigung von Sozialismus und DDR - wie wohlthuend nach den vielen Verwässerungen, Verfälschungen, Verunglimpfungen! An Euren Unkosten möchte ich mich mit 50 DM beteiligen.

Erika Weber, Buchholz

Wenn schon im griechischen und römischen Altertum, noch mehr im Mittelalter, der Fuchs als Urbild größter Schlaueit angesehen wurde, so macht der „RotFuchs“ in der Gegenwart durch seine kritischen, analytischen und interessanten Beiträge dieser Charakterisierung alle Ehre. Darüber hinaus vermittelt er mir Mut und Zuversicht. Er ist Rüstzeug für die Festigung der marxistisch-leninistischen Positionen. Deshalb allen Autoren und Organisatoren einen großen Dank für ihre Arbeit und Mühen. Anbei einige Briefmarken.

Eberhard Post, Berlin

Auch in meinem Umkreis gibt es neue Leser, die monatlich mit Ungeduld als Mitleser die „RotFuchs“-Lektüre erwarten. Es ist eben unbestritten, daß viele ungenannte Leser den „RotFuchs“ als echte Alternative zu anderen Presseerzeugnissen sehen und verstehen. (...) Wir überweisen Euch einen Geldbetrag - anteilmäßig auch von einem Mitleser.

Sepp Trupp, Havelberg

Macht weiter so wie bisher. Der Weg ist richtig. Der „RotFuchs“ gibt uns Kraft und macht Mut.

Dr. Ulryk Gruschka, Luckenwalde

Der „RotFuchs“ muß uns in dieser total manipulierten Welt unbedingt erhalten bleiben. Ich hoffe, Ihr schafft das trotz aller Widrigkeiten - gemeinsam mit Euren Lesern und Sympathisanten. Anbei die Spende eines Teil-Strafrentners.

Dr. Wilhelm Schartau, Berlin

Es tut so gut, den „RotFuchs“ zu lesen. Endlich habe ich etwas in Händen, was meiner innersten Überzeugung entspricht. Vielen Dank dafür und bitte weiter so. Durch eine Veranstaltung mit Genossen Schnitzler am 7. 12. 1999 in Leipzig endete meine Suche nach einer politischen Heimat. Am 1. Mai 2000 konnte ich den Kontakt zur DKP-Gruppe Leipzig herstellen und wurde deren Mitglied. Es ist wohlthuend, sich unter Gleichgesinnten zu befinden.

PS. Ich bin kein Redner, aber wenn eine Hand gebraucht wird, so laßt es mich wissen. Anbei eine Kleinigkeit. Wenn ich mich vom Urlaub erholt habe, kommt etwas mehr.

Günther Schulze, Leipzig

Seit kurzer Zeit bekomme ich den „RotFuchs“ und finde Eure Beiträge sehr gut. Ich verfolge aufmerksam, was auf der Welt geschieht. Ihr helft mir beim Verständnis. In der August-Ausgabe hat mir besonders der Beitrag „Schluß mit der politischen Strafverfolgung von Antifaschisten“ gefallen.

Anbei einige Briefmarken.

Birgit Schumann, Berlin

(...) Fritz Teppich hat die Dinge in seiner Rede am 16. April 2000 in der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals auf den Punkt gebracht: „Jene unverwundlichen Filibrierer, Oberländer, Globke, Dregger usw., dazu zehntausende Hitlergeneräle, Blutrichter und andere Nazibeamten haben die Bundesrepublik entscheidend mitgestaltet ...“. Seit der Annexion der DDR arbeitet man den faschistischen Kräften noch mehr in die Hände. Dazu gehörten die Verfolgung und Verurteilung aller politisch Verantwortlichen der DDR sowie die gerichtliche Bestrafung unzähliger weiterer Bürger, die den Antifaschismus dieses Staates vertraten; die Umgestaltung aller antifaschistischen Gedenkstätten in vielen ehemaligen Konzentrationslagern im Sinne eines gefährlichen Geschichtsrevisionismus (Gleichsetzung von „Stalinismus“ und „Nationalsozialismus“); die Einrichtung sogenannter Speziallager auf dem Boden der früheren KZs als Wallfahrtsorte für alte und neue Nazis; die Absetzung der Wehrmachtsausstellung; die ununterbrochene Ausstrahlung von Fernsehserien, in denen Nazifunktionäre auftreten und ihre Untaten rechtfertigen dürfen. Man denke nur an „Hitlers Kinder“ oder die Folge über den „Rußlandfeldzug“ der Wehrmacht.

Klaus Steiniger sagt in seinem Artikel „Feindbilder“ im August-„RotFuchs“ ganz klar: „Man muß das Feindbild immer wieder schärfen, die Dinge beim Namen nennen und deutlich machen, daß wir unsere Verbündeten bei der Abwehr der faschistischen Drohung auch in jenen sehen, mit denen wir in anderen Fragen keinen gemeinsamen Nenner finden. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein.“ (...) Begriffe wie Faschismus und Antifaschismus dürfen nicht länger tabu bleiben. Zu lange sind in der BRD Nazivokabeln wie „Nationalsozialismus“, „Drittes Reich“, „Reichskristallnacht“ usw. unreflektiert gebraucht worden.

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

„Die Zeit drängt zu Kampf und Widerstand“, schreibt Klaus Steiniger im August-„RotFuchs“. Euer Blatt ist ein wichtiges Kampfinstrument. Deshalb von uns einen kleinen Beitrag zur Unterstützung dieser wirklich guten Zeitung.

Horst und Hertha Franz, Eichwalde

Verbunden mit meiner monatlichen Spende begrüße ich im

beitrages von Bernhard Majorow „Kommunisten gehören zusammen“, in dem er zielgerichtet auf die Schaffung einer gemeinsamen Partei - zunächst ein Koordinationsbündnis vorschlägt. Ein Initiativkreis, der sich konkret darauf verständigt, die potentiellen Bündnispartner zu einer ersten Beratung einzuladen, sollte sich doch in absehbarer Zeit zusammenfinden können, wenn aus Worten Taten werden sollen. Volle Zustimmung sollte auch die von B. M. für die zweite Etappe vorgesehene Verständigung über die ideologischen und theoretischen Prinzipien einer gemeinsamen Partei und deren historische Verwurzelung als Grundlage bei allen Kommunisten finden, denen es wirklich und aufrichtig um unsere gemeinsame Sache geht. Nur so können die jetzt noch verschiedenen Wege aufeinander zuführen.

Willi Belz, Kassel

Der Artikel „Kommunisten gehören zusammen“ von Majorow ist sehr unterstützenswert. Allerdings sollten wir uns nicht nur auf Kommunisten in der PDS konzentrieren. Wir sind z. Z. die größte kommunistische Partei in der BRD und die 1993 beschlossenen „Thesen zur Programmatischen Orientierung“ benennen als unser Ziel, daß sich alle Kommunisten Deutschlands in einer Partei zusammenfinden. Aber eigentlich meint man nicht in einer Partei, sondern in unserer Partei! Denn wie erklärt es sich sonst, daß der PV noch immer nicht auf ein Gesprächsangebot der KPD-Ost eingegangen ist; auch der SDAJ-Bundesvorstand hat sich zu dem Vorschlag der KPD-Jugend, einen gemeinsamen Jugendverband zu schaffen, noch nicht geäußert. (...) Ich würde es ja noch verstehen, handelte es sich um trotzkistische oder maoistische Organisationen. Aber wenn wir nicht lernen, als Kommunisten zusammenzustehen und gemeinsam zu kämpfen, werden wir aus dem politischen Ghetto niemals herauskommen.

Manuel Soler, Osnabrück

In unseren Augen war die „friedliche Revolution“ von 1989/90 eine Konterrevolution. Die Entwicklung hat es bestätigt. (...) Der sogenannte Antistalinismus erwies sich dabei für den Klassenfeind als die beste Methode zur Spaltung und Niederhaltung der kommunistischen Bewegung. (...) Der Weg zu ihrer Einheit sollte u. E. in der Schaffung einer neuen kommunistischen Partei, die alle Marxisten-Leninisten umfaßt, gipfeln. Selbstverständlich müßte diese Partei die durch innere und äußere Feinde und Faktoren zerstörte DDR als die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung anerkennen. (...) Die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung kann nur mit Genossen überwunden werden, welche bereit sind, sich mit allen Schattierungen des Revisionismus und Opportunismus auseinanderzusetzen.

Karlheinz und Marianne Fernholz, Koblenz

Liebe RotFuchs*, da Ihr mich trotz „Minderbemittlung“ regelmäßig an Euren Veröffentlichungen teilhaben laßt, möchte ich hiermit den mir möglichen Beitrag leisten. Briefmarken (30 x 1 DM und 20 x 0,50 DM) in der Anlage. Weiterhin gutes Gelingen.

Peter Henniger, Berlin

Mit großem Interesse habe ich die Nachricht von der geplanten gemeinsamen Veranstaltung („RotFuchs“ und „offensiv“) im Oktober vernommen. Ich halte dieses Vorhaben für sehr wichtig und möchte gern daran teilnehmen. Die klare Analyse der heutigen imperialistischen Gesellschaft ist die Voraussetzung für einen zielgerichteten Kampf. Sie ist übrigens leider in sehr wenigen Dokumenten meiner Partei - der PDS - vorhanden, wäre aber z. B. für eine linke Programmdiskussion unbedingt notwendig. Ausdrücklich begrüße ich das Vorhaben, zu der Konferenz ausländische Gäste einzuladen. (...) Ich hoffe, daß der „RotFuchs“ auch in Zukunft seine klare und eindeutige Sprache behält - er wird gebraucht. Eure Berichte vom DKP-Parteitag haben viel zu meinem Verständnis beigetragen.

Andreas Krämer, Gersdorf

Bemerkung der Redaktion:

Aufgrund der außerordentlich hohen Zahl von Leserzuschriften - wir waren bereits gezwungen, die Rubrik „Reporterskizzen“ wegfällen zu lassen - sahen wir uns diesmal leider außerstande, alle eingegangenen Postsendungen zu berücksichtigen. Wir bitten um Verständnis.

Heinrich Heine und der Kommunismus

Aus für Lilien und Nachtigallen?

Unter dem Datum des 30. März 1855 veröffentlichte Heinrich Heine in Paris seine Schrift „Lutetia“, Untertitel: „Berichte über Politik, Kunst und Volksleben“, mit einer Vorrede, aus der wir im folgenden zitieren:

Dieses Buch enthält eine Reihe von Briefen, die ich in den Jahren 1840 bis 1843 für die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ geschrieben habe. Da diese Briefe ... anonym erschienen waren und nicht, ohne beachtliche Streichungen und Abänderungen erlitten zu haben, mußte ich befürchten, daß man sie nach meinem Tode in dieser defekten Form herausgeben oder gar mit Berichten verquicken könnte, die meiner Feder gänzlich fremd waren. Um ein solches postumes Mißgeschick zu vermeiden, habe ich es vorgezogen, selbst eine authentische Ausgabe dieser Briefe zu besorgen. (...)

Wer sich nur an Worte hält, wird, wenn er es nur ernstlich darauf anlegt, in diesen Berichten leicht eine ganze Menge von Widersprüchen und Flüchtigkeiten finden, ja sogar einen scheinbaren Mangel an aufrichtiger Überzeugung. Wer jedoch den Geist meiner Worte erfährt, wird überall die strengste Einheitlichkeit des Denkens und eine unabänderliche Anhänglichkeit gegenüber der Sache der Menschlichkeit finden, gegenüber den demokratischen Ideen der Revolution. (...)

Die Republikaner, die sich über Mangel an gutem Willen bei mir beklagen, haben nicht beachtet, daß ich sie zwanzig Jahre lang in allen meinen Berichten im Notfall sehr ernsthaft verteidigt und in meinem Buch Lutetia ihre moralische Überlegenheit klar hervorgehoben habe, insofern, als ich fortgesetzt die gemeine und lächerliche Überheblichkeit und die vollkommene Nichtigkeit der herrschenden Bourgeoisie bloßstellte. (...)

Wenn schon die Republikaner dem Korrespondenten der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ einen recht heiklen Stoff boten, so war das in noch weit höherem Grade bei den Sozialisten der Fall oder, um das Ungeheuer bei seinem rechten Namen zu nennen, bei den Kommunisten. Und doch ist es mir gelungen, dieses Thema in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ zu erörtern. Viele Briefe wurden von der Redaktion unterdrückt, die sich des alten Sprichworts erinnerte: „man soll den Teufel nicht an die Wand malen“, aber sie konnte nicht alle meine Mitteilungen ersticken und, wie gesagt, ich fand das Mittel, um in ihren vorsichtigen Spalten einen Gegenstand zu behandeln, dessen erschreckende Wichtigkeit in jener Zeit völlig unbekannt war. Ich „malte den Teufel an die Wand“ meiner Zeitung, oder vielmehr, wie sich eine höchst geistreiche Person ausdrückte, ich machte eine gute Reklame für ihn. Die Kommunisten, isoliert in allen Ländern ausgebreitet und eines klaren Bewußtseins ihrer gemeinsamen Bestrebungen beraubt, erfuhren durch die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, daß sie wirklich existierten, sie lernten bei dieser Gelegenheit ihren wahren Namen kennen, der mehr als einem jener armen Findelkinder der Gesellschaft völlig unbekannt war. Durch die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ erhielten die zerstreute Gemeinden der Kommunisten authentische Nachrichten über die unablässigen Fortschritte ihrer Sache; sie erfuhren zu ihrem großen Erstaunen, daß sie, weit entfernt, eine schwache, kleine Gemeinde zu sein, vielmehr die stärkste aller Parteien bildeten: das ihr Tag allerdings noch nicht gekommen war, daß aber für Menschen, denen die Zukunft gehört, ein ruhiges Abwarten kein Zeitverlust ist.

Dieses Bekenntnis, daß die Zukunft den Kommuni-



Heines Grab auf dem Pariser Friedhof Montmartre
Foto: Wolfgang Wallenwein

sten gehöre, machte ich im Ton der Besorgnis und äußersten Furcht, und - ach! das war keineswegs Verstellung. Wahrhaftig, nur mit Schauer und Schrecken denke ich an die Zeit, da diese finsternen Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden; mit ihren schwieligen Händen werden sie erbarmungslos alle Marmorstatuen der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden alle jene Spielereien und phantastischen Nichtigkeiten der Kunst zerschmettern, die der Dichter so liebte; sie werden meine Lorbeerhaine zerstören und dort Kartoffeln pflanzen; die Lilien, die weder spannen noch arbeiten und doch ebenso herrlich gekleidet waren wie der König Salomo in aller seiner Pracht, sie werden ausgerissen werden aus dem Boden der Gesellschaft, es sei denn, sie nehmen die Spindel zur Hand; die Rosen, jene müßigen Bräute der Nachtigallen, wird das gleiche Geschick treffen; die Nachtigallen, diese unnützen Sänger, werden vertrieben werden, und - ach! mein „Buch der Lieder“ wird dem Kolonialwarenhändler dazu dienen, Tüten zu drehen, in die er den alten Frauen der Zukunft Kaffee und Schnupftabak schütten wird. Ach! ich sehe all dies voraus und bin von einer unaussprechlichen Traurigkeit ergriffen, wenn ich an den Ruin denke, mit dem das siegreiche Proletariat meine Verse bedroht, die mit der ganzen alten romantischen Welt zugrunde gehen werden. Und dennoch, ich bekenne es mit Freimut, übt dieser Kommunismus auf meine Seele einen Reiz aus, dem ich mich nicht entziehen kann. (...) Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen, möge sie in Stücke gehen, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch von Menschen ausgebeutet wurde! Mögen sie von Grund aus zerstört werden, diese übertünchten Grabstätten, in denen die Lüge und die Verderbnis herrschten, und gesegnet sei der Kolonialwarenhändler, der einst aus meinen Gedichten Tüten drehen wird, um Kaffee oder Tabak für die armen, guten, alten Weiber hineinzuschütten, die sich vielleicht in unserer jetzigen Welt der Ungerechtigkeit eine solche Annehmlichkeit hätten versagen müssen! (...) Heult nur zu! Der Tag wird kommen, wo der fatale Fußtritt euch zerquetschen wird. In dieser Überzeugung kann ich ohne Unruhe diese Welt verlassen. Und jetzt, lieber Leser, habe ich dich so weit wie möglich instand gesetzt, die Einheitlichkeit meines Denkens und den wahren Geist dieses Buches zu beurteilen, das ich vertrauensvoll in die Hände aller Menschen lege, die guten Glaubens sind.



Geburtstagskinder stehen bei uns in hohem Ansehen! Diesmal gilt der herzliche Glückwunsch von Redaktion und Gruppenvorstand unserer treuen Sympathisantin **Prof. Dr. med. habil. Ilse Eisen-Hagemann** und unseren bewährten Genossinnen **Gabi** und **Monika** - den Jubilarinnen dieser „Legislaturperiode“.

Der „RotFuchs“ und die DKP-Gruppe Berlin Nordost senden der Genossin **Irma Gabel-Thälmann** einen herzlichen und solidarischen Gruß. Ihre Gesundheit ist angegriffen. Es geht ihr nicht gut. Sie soll wissen, daß wir uns fest mit ihr verbunden fühlen

Herzliche kommunistische Grüße übermittelt die „RotFuchs“-Redaktion der Genossin Erika Beltz und den anderen Mitarbeitern des „Gießener Echo“ zum **30. Jahrestag** des Erscheinens dieser interessanten und prinzipienfesten Zeitung der DKP.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 8. September 2000. Die nächste Ausgabe schließt am 8. Oktober 2000.

Der „RotFuchs“ spricht der DKP-Gruppe Dessau zum Ableben ihres früheren Vorsitzenden, des langjährigen 1. Sekretärs der SED Kreisleitung Dessau,

Karl Hertel,

sein herzliches Beileid aus. Genosse Hertel hat sich aufopferungsvoll für die Verbreitung und Unterstützung unserer Zeitung eingesetzt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden alle Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der Gruppe Nordost zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung über das

Thema „Mit dem Teufel den Belzebub austreiben? - Zum Rechtsradikalismus in der BRD“ ein.

Das Einstiegsreferat hält der bekannte Faschismusforscher **Dr. sc. Kurt Gossweiler**, ehemals Akademie der Wissenschaften der DDR.
Ort: Franz-Mehring-Platz 1, Blauer Salon,
Tag: **24. Oktober 2000, 19.00 Uhr**

Der Marx-Engels-Club der Berliner DKP veranstaltet am **3. Oktober 2000** um 19.00 Uhr eine Podiumsdiskussion unter Leitung von **Erich Selbmann**, Mitarbeiter der Zeitung „antifa“, zu dem Thema:
„1990-2000. Es gibt nichts zu feiern.“

Warnung vor Wilddieben!

Etliche August-Rotfuchse endeten in den Schlingen von Wilderern. Bitte die Redaktion verständigen, wenn die Ausgabe nicht eingetroffen ist.

Grafik: SHAHAR



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (V.i.S.d.P.):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andra,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Ernst Heinz

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.